Dienstag, 5. März 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 54 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Besuch aus Moskau: Eine Delegation des Obersten Sowjet, an der Spitze Michael W. Simjanin, Sekretär des Zentralkomitees, besucht vom 10. bis 17. März auf Einladung des Bundestages die Bundesrepublik. Vorgesehen sind Gespräche mit Bundestagspräsident Jenninger und den Vorsitzenden der Fraktionen.

Nein der FDP: Nach der uneingeschränkten Arbeitsplatzgarantie beim Erziehungsjahr lehnte die FDP auch den von Familienminister Geißler vorgeschlagenen Kompromiß ab, Betriebe mit bis zu fünf Mitarbeitern von der Regelung auszunehmen. (S. 8)

Hungerhilfe: Die zwei in den Hungergebieten Äthiopiens eingesetzten Transportmaschinen der Luftwaffe werden nach einer Absprache mit Addis Abeba Lalibela vorerst nicht mehr anfliegen, teilte das Verteidigungsministerium mit. Hilfsgüter würden aber weiter von der Hafenstadt Assab in das Gebiet um Makele geflogen.

„Leihmutter": Als schwere Versündigung am Kind kritisierte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, das sogenannte „Leihmutter-Verfahren". Nach christlichem Verständnis von Mensch und Ehe sei es „moralisch verwerflich".

Nahost: Israels Minister Ezer Weizman und der außenpolitische Berater Mubaraks, Osama el Baz, sprachen sich für ein Treffen zwischen Ministerpräsident Shimon Peres und Staatspräsident Hosni Mubarak aus. (S. 8)

Polen: Im Rahmen eines mehrstufigen Programms sind in Polen die Preise für Grundnahrungsmittel um durchschnittlich 35 Prozent erhöht worden.

Afrika-Reise: Die Hilfelieferungen im Kampf gegen den Hunger stehen im Mittelpunkt einer fünftägigen Reise des US-Vizepräsidenten Bush nach Sudan, Mali und Niger. In US-Kreisen hieß es, Bush werde betonen, daß Washington und nicht Moskau auf die Hilferufe reagiert habe. (S. 5)

Anzus: Der Streit im Anzus-Pakt (Australien, Neuseeland, USA) hat sich mit der Mitteilung von Australiens Ministerpräsident Hawke, die für Juli vorgesehenen Gespräche seien verschoben worden, verschärft.

Entlassen: Mit der Entlassung seines Außenministers Arturo Tolentino hat sich der Staatschef der Philippinen, Marcos, eines Kritikers entledigt. Wiederholt hatte sich Tolentino gegen die Machtbefugnisse von Marcos gewandt.

ZITAT DES TAGES



„Der real existierende Pluralismus erweist sich als Totengräber persönlicher Orientierungsbereitschaft"

Der frühere Bischof der Nordelbischen Kirche, Hans Otto Wörner, auf einer Tagung der bekenntnistreuen Christen in Berlin (S. 4) FOTO: JOCHEN KÖRNER

WIRTSCHAFT

Dornier: Das Landgericht Ravensburg lehnte drei Anträge auf einstweilige Verfügung gegen den Aufsichtsratsbeschluß des Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier ab, mit denen die Entlassungen des früheren Vorstandsvorsitzenden Fischer und des Vorstandsmitgliedes Schäfer rückgängig gemacht werden sollten. (S. 9)

Stahlfusion: Das Bundeskartellamt genehmigte die geplante Stahlfusion zwischen Krupp und Klöckner unter Beteiligung des australischen Rohstoffkonzerns CRA. (S. 10)

Personalzusatzkosten: Mit 23 800 DM erreichten die Personalzusatzkosten im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand (1983: 22 900). (S. 9)

Börse: An den Aktienmärkten setzte sich der Aufwärtstrend fort. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 175,2 (173,5) einen Höchststand. Am Rentenmarkt gab es nur geringe Kursschwankungen. BHF-Rentenindex 100.552 (100.586). Performance-Index 98,985 (98,990). Dollar-Mittelkurs 3,3730 (3,3635) Mark. Goldpreis je Feinunze 288,65 (288,10) Dollar.

KULTUR

Schenkung: Eine der umfangreichsten Schenkungen dieses Jahrhunderts erhielt das Düsseldorfer Kunstmuseum. Titus Felixmüller, Sohn des sächsischen Malers Conrad Felixmüller, vermachte dem Museum das sogenannte Familienarchiv mit 586 grafischen Arbeiten und vier Gemälden aus den wichtigsten Schaffensperioden seines Vaters. (S. 15)

Deutsche Schule: Die Amani-Oberrealschule in Kabul, Symbol deutscher Kulturpräsenz in Afghanistan und seit 1924 Ausbildungsstätte der Elite des Landes, wurde ein Opfer der Sowjetisierung. Das Regime teilte dem Geschäftsträger mit, die neun deutschen Lehrer seien mit Beginn des neuen Schuljahres im März nicht mehr erwünscht. (S. 15)

SPORT

Eiskunstlauf: Mit einem enttäuschenden achten Rang nach der Pflicht begann für den deutschen Meister Heiko Fischer die Weltmeisterschaft in Tokio. Richard Zander (Wiehl) wurde Elfter. (S. 7)

Fußball: Die Übertragung des morgigen Europapokalspiels Bayern München–AS Rom im ZDF ist noch nicht gesichert. München will erst beim Verkauf von 60 000 Karten zustimmen. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Erdbeben: Bei einem starken Erdbeben in Chile sind mehr als 100 Menschen getötet und Tausende verletzt worden. Nach Polizeiberichten starben allein in Santiago mehr als 50 Menschen. Hunderte von alten Häusern stürzten ein. Die erste Welle des vierminütigen Bebens, dessen Zentrum rund 40 Kilometer vor der Küste lag, erschütterte vor allem Santiago und die Hafenstadt Valparaiso. (S. 16)

Rudnik-Prozeß: Vergeblich warteten Richter und Zuhörer im Kriminalgericht Berlin-Moabit auf ein Zeichen des Bedauerns des Angeklagten Fredi Rudnik, der sich seit gestern wegen Mordes zweier Schülerinnen aus Norwegen und einer Berlinerin verantworten muß. (S. 16)

Wetter: Stark bewölkt mit Regen. 7 bis 11 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher zu Gromyko: Wir sind nicht nur Zuschauer

Was meint der Bundesaußenminister mit „vorbeugender Rüstungskontrolle"?

DW. Moskau/Bonn

Die Bundesregierung hat die Moskauer Gespräche zwischen Außenminister Genscher und dessen sowjetischem Amtskollegen Gromyko von Bonn aus mit dem Hinweis begleitet, die Bundesrepublik Deutschland habe „nicht nur wegen der bevorstehenden Genfer Verhandlungen, sondern wegen der Gesamtheit der Ost-West-Beziehungen" Interesse an einem Dialog mit der Sowjetunion.

Genscher sprach nach seiner Begegnung mit Gromyko, von der selbst die deutsche Botschaft in Moskau erst am Ankunftstag des Ministers in Kenntnis gesetzt wurde, von Bemühungen, ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen aufzuschlagen. Er wiederholte seine These von der Eigenständigkeit Europas in diesem Dialog. Bei der Unterredung mit Gromyko kamen die Einwände der Sowjetunion gegen den amerikanischen Plan einer „Strategischen Verteidigungsinitiative im Weltraum" (SDI) zur Sprache. Gromyko nannte die US-Politik als Hauptursache der gegenwärtigen Spannungen in der Welt. Die USA strebten danach, den Weltraum in eine Kampfarena zu verwandeln. Die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die amerikanischen Forschungsarbeiten für eine weltraumgestützte Raketenabwehr würde Bonn faktisch zu einem Komplizen bei der Verletzung des Vertrages über Raketenabwehrsysteme machen, zitierte die sowjetische Nachrichtenagentur Tass den Chef der Kreml-Diplomatie.

Der Bundesaußenminister sicherte in seiner Replik seinem Gastgeber zu,

SEITE 8:
Was die Sowjets wollen

daß man sich für eine vorbeugende Rüstungskontrolle auf diesem Gebiet einsetzen werde. Die Formulierung „vorbeugende Rüstungskontrolle" wurde von einem Sprecher des Auswärtigen Amtes auf Anfrage der WELT als unglücklich gewertet, ja es wurde sogar zum Ausdruck gebracht, daß es sich um einen von Moskau geprägten Begriff handle. Tatsächlich hat aber Genscher bereits 1984 eine entsprechende Formulierung verwendet, und der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rühe, erklärte erst am 21. Februar: „In den Verhandlungen der Weltraum-Arbeitsgruppe wird es vor allem darum gehen, die Möglichkeiten einer vorbeugenden Rüstungskontrolle zu nutzen."

Im Bundeskanzleramt konnte man gestern den Begriff nicht erklären, er sei auch nicht bekannt. Vorbeugen heiße, etwas zu verhindern. Dies könne sich mit Sicherheit nicht auf die Forschungsphase beziehen, sondern auf die Stationierungsphase, wurde argumentiert.

Daß Genscher jetzt nach Moskau flog, wurde im Kanzleramt begrüßt. Die Visite zu diesem Zeitpunkt gebe Bonn die Möglichkeit, deutlich zu machen, daß seine Position im Zusammenhang mit dem SDI-Projekt „keine isolierte ist", wurde als entscheidender Satz hinzugefügt. Das wäre auch das Wichtigste der Genscher-Mission. Frau Thatcher habe in Washington sich analog verhalten, und der Italiener Craxi habe in Bonn der deutschen Position zugestimmt. Eine deutliche Übereinstimmung ha-

● **Fortsetzung Seite 8**

„Saisonwende" auf dem Arbeitsmarkt

Das Winter-Tief ist endgültig überwunden / Blüm: Aufschwung bestätigt sich

PETER JENTSCH, Bonn

Der Anfang Februar befürchtete Trend weiter steigender Arbeitslosigkeit insbesondere aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse hat sich nicht bestätigt. Entgegen der negativen Einschätzung ist die Zahl der Arbeitslosen im Februar – bei gleichbleibend schlechten Witterungsbedingungen – um 8139 auf 2 611 270 zurückgegangen. Damit sank die Arbeitslosenquote von 10,6 auf 10,5 Prozent. Auch saisonbereinigt nahm die Arbeitslosigkeit geringfügig ab, und zwar um rund 2000 auf 2 290 000. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, erklärte, damit habe sich eine „Saisonwende angebahnt; der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit ist überschritten".

Nach Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Bangemann stützen die Arbeitsmarktzahlen sowie die für Januar vorliegenden Konjunkturdaten die positive Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage. „Mit dem Auslaufen der witterungsbedingten Belastungen im Frühjahr werde sich die positive Entwicklung auch am Arbeitsmarkt spürbar durchsetzen.

Franke warnte zwar angesichts der weiterhin hohen Arbeitslosenquote vor Euphorie. „Die Zahl der Arbeitslosen liegt immer noch ein Stück über der Quote des Vorjahres (10,2 Prozent)." Die Analyse der Zahlen läßt aber nach Auffassung von Bundesarbeitsminister Blüm erkennen, daß „der wirtschaftliche Auftrieb Oberhand gewonnen" hat.

So nahm die Zahl der offenen Stellen gegenüber Januar um 19,2 Prozent (114 000) zu, gegenüber Februar 1984 um 6,6 Prozent. Die Zahl der offenen Stellen (101 000) ist die höchste seit Juli 1982. Seit 1980 wurden auch nicht mehr so viele Arbeitslose vermittelt wie in den vergangenen vier Wochen, nämlich immerhin 132 000 Personen. Das sind 15,4 Prozent mehr als im Januar und noch 8,8 Prozent mehr als im Februar 1984. Auch die Zahl der Kurzarbeiter erreichte den niedrigsten Stand seit 1981 und nahm um 33 500 auf 432 333 ab. Sie lag damit um 7,2 Prozent unter dem Vormonat und um 32,8 Prozent unter den Februarzahlen des Vorjahres. Schließlich ging auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen zurück. Mit knapp 169 000 lag sie um 0,2 Prozent unter dem Januarergebnis.

Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken, und zwar um 2000 auf 767 190. Das entspricht zwar einer Quote von unverändert 11,6 Prozent, das Landesarbeitsamt machte aber geltend, daß die „Krise am Bau" nicht mehr „mit Kurzarbeit und Schlechtwettergeld zu meistern" gewesen sei, sondern direkt zu Entlassungen geführt habe. Andererseits wurden auch im größten Bundesland 37 000 neue Beschäftigungsverhältnisse von den Arbeitsämtern vermittelt, zwölf Prozent mehr als vier Wochen zuvor. Schließlich sank auch in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Kurzarbeiter um 66 000 (42 Prozent) auf 93 000.

Franke forderte die Kommunen auf, ihr Investitionspotential, insbesondere in den Bereichen Stadtsanierung und Krankenhausrationalisierung, zur Stützung der Bauwirtschaft zu nutzen. Blüm sieht in den Arbeitsmarktzahlen die „Zuversicht des Aufschwungs bestätigt".

Seit Jahresbeginn 2700 Übersiedler

Bonn erleichtert über „DDR"-Genehmigungspraxis / Auch Prager „Botschaftsflüchtlinge" darunter

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung hat mit einer gewissen Erleichterung registriert, daß die „DDR"-Behörden auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres ihre Genehmigungspraxis für Übersiedler fortgesetzt haben, nachdem es im Zusammenhang mit der Flucht von „DDR"-Bewohnern in diplomatische Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland hierüber Besorgnisse gegeben hatte. Nach zuverlässigen Informationen sind im Januar und Februar rund 2700 Übersiedler aus der „DDR" in den Westen gekommen. Die Zahl der in diesen beiden Monaten tatsächlich erteilten Genehmigungen durch die Behörden in der „DDR" liege erheblich darüber, hieß es, so daß auch weiterhin mit zahlreichen Übersiedlern gerechnet werden könne.

Bestätigt wurde in Bonn, daß unter den im Februar in die Bundesrepublik Deutschland gekommenen „DDR"-Bewohnern auch Personen waren, die im vergangenen Jahr durch die Flucht in Bonner Botschaften – zum Beispiel in Prag – versucht hatten, eine Ausreisegenehmigung zu erreichen. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, sprach in diesem Zusammenhang von „Problemfällen". Es handele sich um eine kranke und außerdem um eine schwangere Frau, die auch ihre Familie in den Westen mitbringen konnte. In der Botschaft in Prag hatten zeitweise 160 „DDR"-Bewohner Zuflucht gefunden. Die „DDR" hatte sich geweigert, sofortige Ausreisegenehmigungen zu erteilen. Stattdessen hatte der Ost-Berliner Rechtsanwalt Vogel in direkten Gesprächen mit den Flüchtlingen zugesichert, bei Rückkehr in die „DDR" werde ihnen Straffreiheit und die Bearbeitung ihrer Ausreiseanliegen garantiert. Daraufhin hatten die letzten Flüchtlinge im Januar das Botschaftsgebäude verlassen.

In Regierungskreisen in Bonn hieß es gestern, von einer bevorzugten Behandlung derjenigen, die durch ihre Flucht in diplomatische Vertretungen auf ihr Schicksal aufmerksam gemacht hätten, könne bislang keine Rede sein. Ost-Berlin werde schon aus eigenem Interesse heraus diesen Eindruck auch nicht entstehen lassen. Im günstigsten Falle müsse der genannte Personenkreis mit den auch für andere geltenden „Bearbeitungszeitraum" für die Ausreiseanträge rechnen. Nach den vorliegenden Informationen habe Ost-Berlin die gegenüber den Flüchtlingen in Prag gegebenen Zusagen bisher eingehalten, einschließlich der Zusicherung, daß ihre Ausreiseanträge nicht mehr abgelehnt, sondern von den örtlichen Behörden entgegengenommen und bearbeitet werden.

Der Bundesregierung ist nicht daran gelegen, daß in diesem Zusammenhang Einzelheiten bekanntwerden, weil sie unterstellt, dies könne „DDR"-Bewohner zu weiteren Fluchtaktionen in Botschaften der Bundesrepublik Deutschland ermutigen. Sie verweist deshalb auf die Erklärungen Ost-Berlins, in denen es geheißen habe, daß es in künftigen Fällen keine Zusicherungen mehr geben werde.

Scargill will sich nicht geschlagen geben

WILHELM FURLER, London

Der Führer der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, bemüht sich, den Kampf gegen die Schließung unwirtschaftlicher Zechen weiter zu schüren. Trotz der Entscheidung seiner Gewerkschaft, den beinahe ein Jahr lang andauernden Kohlestreik heute „geschlossen und geordnet" zu beenden, betonte Scargill wiederholt, es werde zu einem „Guerrillakrieg" gegen die Nationale Kohlebehörde kommen, wo immer Zechen stillgelegt werden sollten. Gleichzeitig haben die Kohlendistrikte Schottland und Kent beschlossen, vorerst weiterzustreiken.

Die Änderung der Taktik zu einem „Grabenkrieg" Zeche für Zeche war schon vor einigen Wochen von der militantesten Kohlesektion – Südwales – gefordert worden. Angesichts der Rückkehrwelle zu den Arbeitsplätzen blieb den Gewerkschaftsdelegierten am Sonntag kaum eine andere Wahl, als den Streik zumindest offiziell zu beenden. Regierung und Kohlebehörde sind sich der Schwierigkeiten für die nächsten Monaten bewußt. Viele Bergleute sind verbittert, und die Grubenanlagen der bestreikten Zechen befinden sich in katastrophalem Zustand. An eine umgehende

SEITE 2:
Teurer als Falkland
SEITE 3
Die Niederlage

de Aufnahme der Produktion ist nicht zu denken. Nach Schätzungen der Kohlebehörde wird es im Schnitt zwischen zwölf und 15 Wochen dauern, bis die Schäden behoben sind.

Ein weiteres Problem stellt sich mit der Forderung der Bergleutegewerkschaft, alle 709 Bergleute, die während des vergangenen Jahres wegen zum Teil erheblicher Vergehen entlassen wurden, wieder einzustellen. Dies wird von den Revieren Schottland und Kent noch immer zur Bedingung für eine geschlossene Rückkehr an die Arbeitsplätze gemacht. Energieminister Walker wie auch die Kohlebehörde haben inzwischen betont, daß an eine Generalamnestie auf keinen Fall zu denken ist. Lediglich bei geringfügigen Vergehen (wie Diebstahl von Kohle für den Eigengebrauch) sei an eine Wiedereinstellung zu denken.

Nach ersten Schätzungen dürfte der Streik die Staatskasse zwischen zehn und zwölf Milliarden Mark gekostet haben, wahrscheinlich mehr. Die Vermutung, daß mit dem offiziellen Streikende der Arbeitsfriede nicht sofort zurückkehren würde, hat sich gestern in Yorkshire bestätigt, wo in etlichen Zechen erheblicher Schade angerichtet wurde.

DER KOMMENTAR

Signale

PETER GILLIES

Der kräftige Anstieg der Arbeitslosigkeit im Januar war sowenig ein Katastrophensignal wie jetzt die leichte Entspannung im Februar Anlaß zur Euphorie bietet. Aus allen Monatsergebnissen mit ihrem frostigen Klima ist nur eines deutlich abzulesen: Die Erwerbslosigkeit bleibt zäh und hoch; sie fordert die Phantasie aller heraus, die der Arbeitsbesitzer wie die der Arbeitslosen, nicht zuletzt die der Politiker.

Wer die Zahl von 2,5 oder 2,6 Millionen Arbeitslosen jeden Monat vernimmt, ist in Versuchung, sie als ehernen Sockel zu betrachten, der lediglich mit den Jahreszeiten wächst oder schmilzt. Tatsächlich stellt sie jedoch einen Saldo dar, hinter dem sich emsige Vermittlungen und vielerlei Umschichtungen verbergen. In jedem Jahr werden mehrere Millionen Menschen in neue Jobs vermittelt. Seit 1980 hat es in einem Februar beispielsweise noch nie so viele Vermittlungen gegeben wie 1985.

Es gibt andere positive Signale, so die verringerte Kurzarbeit, die Zahl der offenen Stellen oder die unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit. Vielleicht darf man darauf schließen, daß die Winterarbeitslosigkeit ihren Höhepunkt überschritten hat.

Aber vieles steht nicht in der Statistik. Sie erfaßt beispielsweise jene nicht, die sich wegen vermuteter Chancenlosigkeit gar nicht erst um eine Stelle bemühen. Andererseits taucht der noch immer blühende Markt der Schwarzarbeit nirgendwo auf, obgleich manche Experten das Sozialprodukt der „Schattenwirtschaft" etwa für so bedeutsam einschätzen wie den Wachstumsverlust durch Arbeitslosigkeit. Jede Erhöhung von Sozialabgaben und Steuern fördert „schwarze" und gefährdet „weiße" Arbeitsplätze. Zur Wirklichkeit gehört übrigens auch, daß viele Vermittlungen eben nicht via Arbeitsamt geschehen, und daß viele Firmen händeringend Facharbeiter suchen – trotz 2,6 Millionen registrierter Erwerbsloser.

Manche „Zauberformeln" stehen derzeit im Angebot: Einstellung Zehntausender von Sozialarbeitern, Friedhofsgärtnern oder Umweltbeamten. Diese und ähnliche Beschäftigungsprogramme stellen Scheinlösungen dar, sehr teure zumal. Ein Schlüsselwort für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist die Flexibilität. Ein Arbeitssuchender muß beweglich bleiben bei Beruf, Fortbildung, Lohn, Arbeitszeit und -ort. Politiker, die ihm einreden, die Arbeit käme zu ihm, sind schlechte Ratgeber.

Unstimmigkeit im Warschauer Pakt wird deutlich

DW. Berlin

Die SED-Parteizeitung „Neues Deutschland" hat gestern Äußerungen des stellvertretenden ungarischen Außenministers Istvan Roska zu Meinungsverschiedenheiten über die anstehende Verlängerung des Warschauer Pakts veröffentlicht. Westliche Diplomaten sagten dazu, die „DDR"-Führung billige damit offenbar Roskas Äußerungen. In dem nachgedruckten Interview der ungarischen Gewerkschaftszeitung „Nepszava" hatte Roska erklärt, es gebe Meinungsunterschiede zwischen den Staaten des Warschauer Pakts über die künftige Form des Bündnisvertrages. Unterschiede in der politischen Praxis und den Methoden des sozialistischen Aufbaus sollten berücksichtigt werden.

Der Bündnisvertrag läuft im Mai aus. Er war 1955 geschlossen und 1970 um 15 Jahre verlängert worden. Dem Warschauer Pakt gehören neben der Sowjetunion die „DDR", die Tschecholowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien an. Ungarn und Rumänien dringen nach Ansicht westlicher Diplomaten darauf, daß ihre Eigenständigkeit stärker respektiert wird. Differenzen gibt es auch über die Laufzeit des neuen Vertrags.

Nach Angaben aus osteuropäischen Kreisen waren Verhandlungen über eine Verlängerung des Paktes bereits im vergangenen September in Warschau ergebnislos geblieben. Es hieß, Rumänien habe eine Verlängerung um fünf Jahre befürwortet, Moskau jedoch den Vertrag um weitere zehn bis 15 Jahre verlängern wollen.

Seite 2: Dispute im Osten

Abwehrschild sichert Mekka und Ölfelder

PETER M. RANKE, Athen

Mit einem integrierten Luftverteidigungssystem will Saudi-Arabien seine Ölfelder am Golf, die Hauptstadt Riad, die Operationsbasen wie Tabuk und die heilige Stadt Mekka gegen Luftangriffe schützen. Das Projekt, für das 8,5 Milliarden Dollar vorgesehen sind, trägt den Namen „Friedensschild" und soll im Laufe von sechs Jahren fertiggestellt werden.

Amerikanische Experten, die bereits an dem System arbeiten, bezeichnen es als „äußerst modern und wirkungsvoll", wie es noch nicht einmal die NATO besitze. Milliarden-Aufträge gingen bereits an Unternehmen wie Boeing, General Electric und Raytheon. Die äußerste Abwehrstufe des Systems wird durch fünf Awacs-Maschinen gebildet. Ihr elektronisches, am Boden stationiertes Führungs- und Kontrollsystem kann in Sekundenschnelle die gesamte saudische Luftabwehr alarmieren.

Die ersten Awacs-Maschinen sollen im nächsten Jahr geliefert werden. Derzeit sind noch auf Leihbasis vier amerikanische Awacs-Maschinen zur Aufklärung eingesetzt. Zum Abwehr eines Luftangriffs dienen neben den Awacs 62 amerikanische F-15-Kampfflugzeuge, die jetzt geliefert werden. Für diese Jagdmaschinen bauen US-Firmen eine Wartungsstation. Auf die Luftabwehr soll eine dichte Raketenabwehr von französischen „Schahine" und amerikanischen „Hawk"-Batterien folgen. Den vierten Verteidigungsring bilden radargesteuerte schweizerische „Oerlikon"- und amerikanische „Stinger"-Luftabwehr-Raketen.

Warum wurde Kardinal Stepinac verurteilt?

Kroatische KP streitet über Titos „Glaubenskrieg" mit Vatikan

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Wollte Tito nach dem Zweiten Weltkrieg die katholische Kirche Kroatiens von Rom abspalten und eine unabhängige „Kroatische Nationalkirche" gründen? Diese Frage hat zu heftigen Diskussionen innerhalb der Kommunistischen Partei der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien geführt.

Jakow Blazewic, seinerzeit Staatsanwalt im Prozeß gegen Erzbischof Kardinal Aloizije Stepinac, erklärte in einem Interview der Zagreber Zeitschrift „Polet", der Konflikt zwischen der kommunistischen Führung und dem kroatischen Kardinal sei hauptsächlich wegen der Forderung nach einer vom Vatikan unabhängigen Nationalkirche ausgebrochen. Die kommunistische Seite, so Blazewic, hätte gerne auf den Prozeß und die Verurteilung des Kardinals – dessen 25. Todestag in der Verbannung sich vor wenigen Tagen jährte – verzichtet, wenn Stepinac nur Entgegenkommen gezeigt hätte. Die Kommunisten hätten damals ein Arrangement mit Stepinac gewollt. Der Prozeß und die Verurteilung seien ihnen von Stepinac selber aufgezwungen worden. Blazewic, der heute Mitglied des ZK ist, läßt keinen Zweifel, daß er die Trennung der kroatischen katholischen Kirche vom Vatikan nach dem Kriege auch heute noch für richtig hält, da Rom damals eine „antijugoslawische Politik" betrieben habe.

Der im kroatischen ZK zuständige Funktionär für Kirchenfragen, Nenad Ivankowic, hat den Altkommunisten und Ex-Staatsanwalt inzwischen wegen dieser Äußerungen scharf kritisiert. Die Gründung einer von Rom unabhängigen Nationalkirche sei nicht der Kern des Konflikts mit Stepinac gewesen. Der Kardinal sei vielmehr wegen jener Delikte verurteilt worden – also wegen „Kollaboration" mit dem Ustascha-Regime –, derentwegen er damals angeklagt worden sei. Daß der damalige Ankläger offenbar selber nicht unbedingt an die Anklage glaubte, macht das Problem für die heutige kroatische Parteiführung nicht einfacher.


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dispute im Osten

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß es unter den Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts seit einiger Zeit hoch hergeht, dafür gab es bisher meist indirekte Anzeichen: etwa, daß von sowjetischer Seite immer wieder die „Einheit" des östlichen Militärbündnisses beschworen wurde. Der Pakt läuft in wenigen Monaten, am 14. Mai 1985, aus. Er wird, wie inzwischen auch der widerborstige Rumäne Ceausescu mitteilte, verlängert werden. Daran besteht kein Zweifel.

Zweifel und Widersprüche gibt es unter den Paktmitgliedern aber über die Dauer. Die Sowjets wollen zwanzig Jahre. Die Rumänen meinen, fünf Jahre seien genug. Inzwischen zeigt sich, daß auch die Ungarn in der Frage der Prolongierung ihre eigenen Vorstellungen haben und daß Budapest seine Bedenken und Wünsche auf eine erstaunlich freimütige Weise artikuliert. Immerhin halten sich ja mehrere sowjetische Divisionen im Lande auf.

Der stellvertretende Außenminister der Budapester Regierung, Istvan Rozska, spricht in einem Interview der ungarischen Gewerkschaftszeitung „Nepszava" davon, daß die Vorbereitungen zur Verlängerung des östlichen Militärbündnisses „Dispute" unter den Mitgliedsstaaten nicht ausschlössen. Vereinbarungen könnten „nur bei angemessener Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen" erreicht werden. Roszka sprach von „Differenzen" unter den sozialistischen Ländern – sowohl hinsichtlich der politischen Praxis als auch der „Methoden des sozialistischen Aufbaus". Diese Unterschiede sollten nicht als „Abweichung" begriffen werden.

Selten zuvor ist so deutlich von Interessenpolitik innerhalb des östlichen Bündnisses gesprochen worden. Noch vor wenigen Jahren galt der Gedanke an unterschiedliche Interessen im Verband der kommunistischen Staaten als Häresie. Heute wird das bereits von einem hohen Regierungsvertreter eines Paktmitgliedes bekundet. Das ändert gewiß nichts an der sowjetischen Vorherrschaft. Wohl aber zeigt es langfristige Veränderungen an. Und daß Honeckers „Neues Deutschland", das schon einige Male ketzerische Ungarnmelodien nachspielte, die Roszka-Aussage abdruckte, zeigt ebenfalls etwas an.

Im Gemeindehaus

Von Detlev Ahlers

Teile der Volkskirchen wandeln sich zur Volksfront-Kirche. Am Wochenende tagten im Gemeindehaus der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) Münster die Autonomen, also jene, die gewalttätig beim Bush-Besuch in Krefeld, bei den Brokdorf-Auseinandersetzungen, bei der Springer-Blockade in Hamburg auftraten. Sie nahmen diese Ausschreitungen als Beispiele dafür, was sie taktisch beim Weltwirtschafts-Gipfel am 4. Mai in Bonn „besser" machen wollen.

Auf den Büchertischen im Gemeindehaus lagen die neuesten Aufrufe der Rote Armee Fraktion (1,30 Mark), die Deklaration der (maoistischen und stalinistischen) „Revolutionären Internationalistischen Bewegung" (3 Mark) und Anleitungen zur Sabotage an Bundesbahn-Zügen (1,50 Mark). Die Autonomen beschlossen im Gemeindehaus „viele gemischte Aktionen" anläßlich des Gipfels in Bonn und verteilten Listen mit Gebäuden, die als Ziele des „antiimperialistischen Kampfes" in Frage kommen: „Die Polizei kann nicht überall sein!"

Wie kommt so eine Tagung ins Gemeindehaus? Ein Sprecher des katholischen Bistums klagte immerhin, „daß dort dauernd solche Sachen stattfinden". Der evangelische Bischof für Hamburg, Krusche, sieht in seiner Evangelischen Studentengemeinde dagegen „kein Problemkind".

Dafür sitzt ein Vertreter der Evangelischen Studentengemeinden sogar im dutzendköpfigen Planungsausschuß für die Kundgebungen und Krawalle zum Gipfel, der am Samstag in Bonn zusammengestellt wurde. Die Bonner Tagung fand zwar „unabhängig" vom Münsteraner Treffen statt. Aber in Bonn wurde beschlossen, den Autonomen einen Sitz im Planungsausschuß einzuräumen. Die Bonner Zusammenkunft beschloß ferner: „Wir demonstrieren auch bei Demo-Verbot" und „Wir beschlagnahmen Bonn" (am 4. Mai); man erklärte sich damit einverstanden, wenn „Aktionen" der Autonomen „laufen".

Das geht so öffentlich im Rechtsstaat, mit kirchlichem Segen. Und sie haben recht: die Polizei ist nicht überall. Doch gab einer in Münster einen lehrreichen Hinweis: „Wenn hundert Bullen vor der Bannmeile stehen, gehe ich durch. Wenn tausend Bullen dastehen, gehe ich nicht durch."

Wer vom Anstand redet

Von Enno v. Loewenstern

Man muß Zeloten nicht für intelligent halten; in der Tat, man wird selten in die Versuchung kommen. Aber man könnte sie als ehrliche Menschen respektieren, wenn sie sich wenigstens als konsequent erwiesen. Studieren wir als Beispiel den Fall eines gewissen Albrecht Müller.

Dieser hat im „Spiegel" einen Wutausbruch dagegen veröffentlicht, daß die ARD am 23. Februar die Verleihung der Goldenen Kamera übertrug. Daß Richard von Weizsäcker daran teilnahm, wird zu Beginn folgendermaßen behandelt: „So weit, so gut; warum soll der Bundespräsident nicht mit Springers feiern?". Am Ende aber wird ihm wegen seiner Teilnahme der „demokratische Anstand" abgesprochen.

Das Wandern ist Herrn Müllers Lust, so zwischen den Argumenten. Überfordern wir ihn nicht. Ihm paßt nämlich die ganze Richtung nicht: daß die ARD „aus der Preisverleihung eines Verlages eine zweieinhalbstündige Werbesendung für 'Hörzu'" gemacht habe. „Zweieinhalb Stunden fast kostenlose Werbung"; „die privaten Verleger (brauchen) eigentlich gar keinen privaten Rundfunk mehr"; „heillose Vermischung" – allmählich erkennt man auch durch den Schaum, um was es dem Kritiker geht. So weit, so wirr; doch sei's drum.

Aber wo war er eigentlich, als das ZDF eine Riesenwerbung für den „Stern" (dessen Verlag mit dem „Spiegel" verbunden ist) und dessen Hitler-Tagebücher machte und dafür sogar noch hunderttausend öffentlich-rechtliche Mark bezahlte? Wann hat er die heillose Vermischung beklagt, daß das Staatsfernsehen genehmen Verlagsfirmen wie „Stern-TV" – aber nur solchen! – für viel Geld Sendungen abkauft?

Die Verleihung der Goldenen Kamera war eine wichtige Veranstaltung, die Berlin als Medienplatz in den Mittelpunkt rückte. Der Bundespräsident nahm aus selbstverständlicher Berlin-Verbundenheit teil. Dafür sollten ihm eigentlich alle Bürger jenseits aller Parteineigungen dankbar sein, soweit sie demokratischen Anstand besitzen. Albrecht Müller spricht nicht für eine Partei, aber leider für den linken Flügel einer Partei. Kein Wunder, daß Schmidt scheiterte. Dieser Müller wirkte nämlich als Planungschef in seinem Kanzleramt.



Schneller geht's nicht KLAUS BÖHLE

Teurer als Falkland

Von Heinz Barth

Margaret Thatcher hat einen Arbeitskrieg gewonnen, der teurer war als der Falkland-Krieg. Wenn der längst entschiedene britische Bergarbeiter-Streik fast auf den Tag genau nach einem Jahr endgültig zusammenbricht, hat er England weit mehr als die über zwölf Milliarden Mark gekostet, auf die der volkswirtschaftliche Schaden dieses sinnlosen Aufstandes gegen sämtliche Gesetze sozio-ökonomischer Vernunft geschätzt wird. Das ist etwa das Dreifache des Preises, den die Premierministerin für ihren Triumph im Südatlantik bezahlte.

Ihr schwer errungener Sieg über die Bergarbeiter-Gewerkschaft, die sich früher als eine der traditionsreichsten Institutionen des britischen Gesellschaftssystems verstand, aber dieses Ansehen unter dem marxistischen Chef Arthur Scargill verspielte, hat ihren Ruf unbeugsamer Willenskraft, nicht aber ihre Popularität gestärkt. Dazu war der Machtkampf zu erbittert und die Härte, mit der sie die soziale Kapitulation der Streikenden erzwang, zu schonungslos. Trotzdem ist dieser Sieg der Eisernen Dame bedeutsamer als der Falkland-Sieg, bei dem sie weniger riskiert und die Spitze der Fahnenstange nationaler Beliebtheit erreicht hatte.

Sie hat damit eines der schwersten Hindernisse auf dem Weg zur industriellen Modernisierung Englands beiseite geräumt. Der „Scargillismus", der sich darauf versteifte, die Schließung längst veralteter und unrentabel gewordener Kohlenzechen zu blockieren, erlebte ein Debakel, von dem er sich so bald nicht erholen wird. Margaret Thatcher hielt noch nie viel davon, dem geschlagenen Feind goldene Brücken zu bauen. Mit gutem Grund widersetzt sie sich der Amnestie für die mehr als siebenhundert gewalttätigen Bergleute, die ihre arbeitswilligen Kollegen zusammenschlugen und die Häuser der Streikbrecher anzündeten. In einem Land, in dem das verbrecherische Beispiel des irischen Terrorismus die soziale Auseinandersetzung vergiftet und das Streik-Klima kriminalisiert hat, wäre jede Kompromißbereitschaft unangebracht. Ohnehin steht schon jetzt fest, daß der Zusammenbruch des Streiks nicht den sozialen Frieden sichert. Es war der längste Streik der englischen Geschichte und der schwerste industrielle Konflikt seit mehr als einem halben Jahrhundert. Die Streikenden, die zuletzt noch bereit waren, den Kampf fortzusetzen, sind in der Minderheit, eine Gruppe von Extremisten, aus denen Scargill, wie er ankündigte, eine „Guerrilla" formieren will. Das kann bei einem Gewerkschaftsführer, den der libysche Chef-Terrorist Khadhafi mit den irischen Bombenlegern gleichzuschalten versucht, nicht verwundern. Aber wirtschaftlich hat dies nichts mehr zu bedeuten. Am Ende waren nur noch weniger als die Hälfte der 186 000 englischen Bergarbeiter im Ausstand. Da sie praktisch keine finanzielle Unterstützung von der Gewerkschaftskasse erhielten, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Regierung sie in die Knie zwang.

Arthur Scargill hatte von vornherein den epochalen Fehler begangen, den Streik ohne Zustimmung der Basis auszurufen. Ein Teil der Kohlen-Distrikte folgte ihm nur widerstrebend. Von Anfang an wies die Streikfront klaffende Lücken auf. Da im eigenen Lager die Meinungen geteilt waren, konnte er nicht hoffen, daß sich die übrigen Gewerkschaften mit seinem Vorgehen, über das er sie nicht im voraus informiert hatte, solidarisch erklären würden. Der Verzicht der Bergarbeiter-Gewerkschaft auf die Amnestie für die entlassenen Kumpel kommt einer bedingungslosen Kapitulation gleich.



Gesiegt, wo Heath unterlag: Margaret Thatcher FOTO: STECHE/VISUM

Margaret Thatcher hat dem gefährlichsten Gegner, der ihr seit ihrem Regierungsantritt erwachsen war, die Flügel gestutzt. Es wird lange dauern, bis Scargill oder andere Gewerkschaftsführer es wieder wagen werden, einen Streik von solcher Tragweite zu organisieren. Seit dem Sieg über Premierminister Heath, den konservativen Vorgänger von Frau Thatcher, hatten sich die britischen Gewerkschaften zu einem unkontrollierbaren Machtfaktor entwickelt, der die Frage berechtigt erscheinen ließ, wer in England eigentlich regiere. Diese Frage scheint jetzt für absehbare Zeit beantwortet zu sein. In einem der kältesten Winter seit vielen Jahren sind in England die Lichter nicht ausgegangen. Es ist abzusehen, daß das Nordsee-Öl und andere Energieträger die Bedeutung der Kohle für das britische Wirtschaftsleben fortlaufend vermindern werden.

Der Zeitpunkt, den sich Scargill für den Streik aussuchte, den er zu einem Klassenkampf hochspielte, war denkbar unglücklich gewählt. Dahinter steckte mehr als eine Herausforderung der konservativen Regierung, nämlich eine kaum noch verhüllte Attacke auf das parlamentarische System. Es hat die Prüfung bestanden. Ob die britischen Gewerkschaften, die ihre Kräfte in diesem einjährigen Kampf verbraucht haben, die Probe unbeschädigt überstehen können, muß sich schon in naher Zukunft zeigen. Der Streikverlauf ließ die tiefe Spaltung an der Basis der Bergarbeitergewerkschaft erkennen. Es kann kaum ausbleiben, daß sich dies auch in ihrer Führung widerspiegelt. Sie bedarf eines besonneneren Vorsitzenden als Arthur Scargill.

IM GESPRÄCH Alister McIntyre

Der Neue aus Grenada

Von Manfred Neuber

An der Spitze der Unctad, der UNO-Körperschaft für Handel und Entwicklung, steht seit Jahresbeginn der 52 Jahre alte Ökonom Alister McIntyre aus Grenada. Zunächst interimistisch zum Nachfolger von Gamani Corea (Sri Lanka) berufen, rechnet man am Unctad-Sitz in Genf fest damit, daß McIntyre als neuer Generalsekretär bestätigt werden wird.



Tanzen kann er auch: Neuer Unctad-Chef McIntyre FOTO: AP

Das Revirement ist ein geschickter Schachzug von UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, um Kritik des Westens an der Unctad zu dämpfen. Coreas zehnjährige Amtszeit hatte vor allem die USA verärgert. Von McIntyre, dem großes diplomatisches Geschick nachgesagt wird, verspricht man sich eine Führung ohne ideologische Scheuklappen.

Mit der Berufung des Grenaders, der seit 1977 zur Unctad kam und die Pläne für ein integriertes Rohstoff-Programm der Welthandelskonferenz entwarf, rückt ein verbindlicher Vertreter der Dritten Welt auf. Die bisherige Nummer zwei, der Holländer Pronck, hatte weniger aus geographischen, sondern mehr aus politischen Gründen keine Chance. Er gilt als „idealistischer Eiferer".

Für McIntyre hat sich das Ausharren in Genf gelohnt; im November 1983, nach dem US-Eingreifen auf Grenada, schlug er das Angebot aus, als provisorischer Regierungschef auf die karibische Insel heimzukehren. Er ist politisch unabhängig, sucht gern nach unkonventionellen Lösungen und steht dabei im Rufe, das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern realistisch zu sehen.

Aus der Oberschicht der früheren englischen Inselkolonie stammend, absolvierte McIntyre die London School of Economics und das Nuffield College in Oxford. Er ist verheiratet und hat vier Kinder. Auffallend an seiner schlanken Erscheinung sind die graumelierten Haare und seine maßgeschneiderten Anzüge. Zunächst schlug McIntyre eine wissenschaftliche Karriere an der Westindischen Universität (auf Trinidad und Jamaica) ein. Bereits mit 31 Jahren leitete er die Sozialwissenschaftliche Abteilung, später das Institut für Sozial- und Wirtschaftsforschung. Im Jahre 1974 wurde er zum Generalsekretär der Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft (Caricom) berufen.

Nach dem Wechsel zur Unctad 1977 arbeitete er anfangs als Direktor im Genfer Sekretariat, von 1980 an – zunächst provisorisch – auf den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs. Der Mann mit dem karamelfarbenen Teint soll nicht nur auf diplomatischen, sondern auch auf dem Tanzparkett eine gute Figur abgeben, weiß man in seiner Umgebung.

Nach dem Argentinier Raúl Prebisch, dem Venezolaner Manuel Pérez Guerrero und Gamani Corea aus Sri Lanka ist McIntyre der vierte Chef der 1964 gegründeten Organisation, die alle vier Jahre zu Welthandelskonferenzen für einen Ausgleich zwischen Nord und Süd sorgen soll.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung geht auf das „Auschwitz-Lügen-Gesetz" ein:

Geschichtliche Verifizierungen, mögen sie noch so stichhaltig sein, haben keine Gesetzeskraft. Sie können und dürfen sie in einer freien Gesellschaft nicht haben. Denn Gesetze orientieren sich an Werten, nicht an Wahrheiten. Etwas anderes ist es, wenn mit der Leugnung bestimmter Tatbestände eine Schädigung Dritter verbunden ist. Die Wahrheit als solche ist nicht justitiabel, wohl aber die Ehrverletzung, die Kränkung von Personen und Institutionen, die in der Wahrheitsleugnung stecken kann.

Rhein-Zeitung

Die Koblenzer Zeitung kommentiert den solidarischen Weyer:

Lange genug hatte sich Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes, bedeckt gehalten, was den DFB und dessen Entscheidung in Sachen Fußball-EM 1988 angeht. Zugegeben: Eine unangenehme Situation für „WW", der einerseits als FDP-Mann politische Grundansichten seiner Partei zu vertreten hat, andererseits seinem Freund und Steigbügelhalter Hermann Neuberger verpflichtet zu sein scheint. Was der Sportbund-Präsident zur EM 1988 den Fernsehmikrofonen anvertraute, war verquast und zweideutig: Bekenntnis zu Berlin mit „Geht-nicht-anders-Miene". Solidarität mit Neuberger und Vorwürfe an die Politiker, dem armen Hermann bzw. dem DFB zu nahe getreten zu sein. Wie denn? Was denn? Nicht einmal Unmut dürfen unsere Politiker äußern?

TAGESANZEIGER

Die Zürcher Zeitung meint zu den bevorstehenden Berliner Wahlen:

Als Diepgen vor gut einem Jahr die Nachfolge des heutigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Berliner Spitzenamt antrat, brauchte er für den Spott nicht zu sorgen. Inzwischen hat sich das Urteil über den 42jährigen völlig verändert. Der Regierungschef im Westteil der Mauer-Stadt ist aus dem Schatten seines hochkarätigen Vorgängers herausgetreten und hat jenen Mix von konservativ-liberaler Politik gefunden, der derzeit der CDU in den Ländern Erfolg bringt. Einen Spezialbonus hat Diepgen kraft Geburt, denn der Bürgermeister ist im Gegensatz zu von Weizsäcker (und dessen Vorgänger Hans-Jochen Vogel) „einer von uns" (Wahlwerbung), weil geborener Berliner ... Vor allem aber hebt Diepgens „einer von uns" den Bürgermeister von seinem sozialdemokratischen Herausforderer ab, dem Hanseaten und gewesenen Verteidigungsminister Hans Apel. Der 53jährige wollte sich – für den Fall einer verlorenen Wahl – nicht auf Berlin als Wirkungskreis festlegen, er sieht sich in der Rolle eines „Parteisoldaten" und hat in dieser Eigenschaft eine Menge mehr oder weniger banale Fehlschritte begangen, die weidlich ausgeschlachtet wurden.

Noch plant China keinen zweiten Vorstoß nach Süden

Aber Hanoi ist an Spannungen zwischen Moskau und Peking interessiert / Von Christel Pilz

Hanoi behauptet, daß Peking die Flammen zu einem „Aggressionskrieg" schürt; China wolle den drei Indochinaländern, Vietnam, Laos und Kambodscha, „die Früchte ihrer Revolution nicht gönnen". China, so kann man täglich in der vietnamesischen Staatspresse lesen, betreibe eine „langfristige Strategie der vielgesichtigen Sabotage", die darauf abziele, eines Tages interne Rebellion mit militärischen Attacken zu verbinden, um die Regierung in Hanoi zu stürzen.

Der Feind, schrieb die Armeezeitung „Quan Doi Nhan Dan", habe 44 geheime Basen im Grenzgebiet angelegt, um „reaktionäre Banditen" zu Kommandoaktionen gegen Vietnam zu trainieren. Das ganze Volk müsse dem Feind die Möglichkeit zur Sabotage verwehren und zusammen mit Laos und Kambodscha einen gemeinsamen Verteidigungsplan aufbauen. Im Rahmen dieser „strategischen Offensive" haben vietnamesische Truppen Schlüsselpositionen in den Bergen an der schlecht definierten 1200 Kilometer langen Grenze besetzt oder zu besetzen versucht, vor allem in den Provinzen Lang Son und Ha Tuyen.

Für Peking ist dies eine „Invasion"; die von Vietnam besetzten Berge seien chinesisches Territorium. Chinas Grenztruppen seien gezwungen, die Eindringlinge zurückzuschlagen. Peking sagte, Hanoi solle dem Prinzip chinesischer Grenzpolitik folgen: „Laß mich in Ruhe, dann laß ich dich in Ruhe".

Wer wen nicht in Ruhe läßt, wissen nur die Beteiligten selbst, denn die Gebiete sind militärisches Sperrgebiet. Fest steht nur, daß das Kampfgeschehen in den Gebieten von Lang Son und Ha Tuyen in den letzten Wochen blutiger und der Krieg der Worte ernster wurde. „Eine halbe Million Truppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee stehen kampfbereit", sagte am Abend vor dem chinesischen Neujahrsbeginn (am Mittwoch) der chinesische Präsident Li Xiannian, weil Hanoi sich weigere, Vernunft anzunehmen. Eine Drohung, keine Kriegserklärung. Wenige Tage zuvor hatte Parteichef Hu Yaobang während einer Grenzinspektion die vietnamesische Führung aufgefordert, zur traditionellen Freundschaft zurückzukehren. Das wäre möglich, wenn sie ihre Truppen aus Kambodscha abzögen und ihre hegemonistischen Ambitionen aufgäben. Eben dies hat Hanoi aber ganz und gar nicht vor.

Hegemonismus ist das Schlüsselmotiv, das die Vietnamrevolutionäre 1978 zum Schisma mit Peking trieb, drei Jahre nach dem Ende des Vietnamkrieges. Vorbei waren die Zeiten, da Hanoi chinesische Waffen und Soldaten brauchte, um die Franzosen zu schlagen (1954) und zwei Jahrzehnte später den von Amerika unterstützten Süden zur Kapitulation zu zwingen. Hanois Revolutionäre predigten es nun als ihre „edle internationale Pflicht", ein sozialistisches Großindochina zu schaffen. Sie wußten, daß dies Konflikt mit Peking hieß.

Hanoi war entschlossen, ihn zu riskieren. Er wurde sichtbar, als Hanoi mehrere hunderttausend Vietnamesen chinesischer Abstammung über die Grenze und zur Flucht als „boat people" trieb. Die gemeinsame Grenze, die eine Grenze der Freundschaft war, veränderte sich zu einer Grenze der Krise. Die Krise vertiefte sich, als Hanoi im November 1978 einen Pakt mit Moskau schloß, der für die nächsten 25 Jahre Freundschaft, Kooperation und gegenseitige Verteidigung versprich.

Einen Monat später marschierte Vietnam in Kambodscha ein. Zwei Monate später, am 17. Februar 1979, veranstaltete Peking seine lange angekündigte „Strafaktion". In einer vierwöchigen Operation zerschlugen chinesische Truppen die sechs Nordprovinzen der Vietnamesen. Danach zog Peking seine Truppen zurück.

Honois Soldaten aber setzten sich in Kambodscha fest, seit sechs Jahren nun. Hinter Vietnam, das Peking den „kleinen Hegemonisten" nennt, steht der „große Hegemonist" Moskau. Die Sowjets haben die in Vietnam liegenden Flotten- und Luftwaffenbasen Cam Ranh Bay und Da Nang erhalten und sich eine politische und militärische Plattform in Laos und Kambodscha geschaffen. Das vietnamesische Volk aber wird unruhig, es hat die ständigen Appelle satt, „alles für die Verteidigung des Sozialismus" zu geben.

Kleinere Rebellionen in Vietnam erscheinen nicht mehr ausgeschlossen. Käme da ein zweiter Grenzkrieg mit den Chinesen nicht gelegen, zum erneuten Beweis, daß China der „Erzfeind auf alle Zeiten" ist, wie es die vietnameische Führung in die Verfassung von 1980 schrieb?

Auch würde ein solcher Waffengang die Normalisierungsbemühungen zwischen Peking und Moskau blockieren. Eine Annäherung zwischen diesen beiden Großmächten ist zum Alptraum für Hanoi geworden. Eine spürbare Reduzierung der sowjetischen Militär- und Wirtschaftshilfe würde Hanoi vor große Schwierigkeiten stellen. Warum also sollte Peking die Provokationen Hanois mit einem Feldzug erwidern? Das, so meinen Beobachter, würden die Chinesen nur dann tun, wenn Gründe vorlägen, die Außenstehenden nicht erkennbar sind: zum Beispiel ein Aufbau direkter sowjetischer Bedrohung im Grenzgebiet.



Auch in der Niederlage bleibt Scargill ein Kämpfer

Ein Jahr dauerte der Streik der britischen Bergleute. Es war vor allem ein Kampf ihres Führers Arthur Scargill.

Von WILHELM FURLER

Auch in der Stunde der größten Niederlage dachte Arthur Scargill nicht im entferntesten daran aufzugeben. Mit markigen Sprüchen wie „Die Bergarbeiter werden einen Guerrillakrieg gegen die Nationale Kohlebehörde führen" oder „Ich weigere mich, eine Niederlage einzugestehen, und erkläre allen, daß die Kampagne der Bergleutegewerkschaft gegen Zechenstillegungen und Arbeitsplatzverlust weitergehen wird" machte der militante Präsident der ebenso militanten Bergarbeitergewerkschaft NUM seinem Ruf alle Ehre. Unbeirrt will er mit dem Häuflein der Getreuen den Kampf gegen die Regierung Thatcher, gegen die Kohlebehörde, gegen die „insgesamt korrupte Presse", ja sogar die eigenen Brüder in der gesamten britischen Gewerkschaftsbewegung fortführen.

Zwölf Monate hat der bislang längste Streik in der britischen Geschichte gedauert, und nur wenig hatte daran gefehlt, und das Häuflein von Systemveränderern wäre unter den pausenlos einpeitschenden Hetzparolen des Trotzkisten Scargill zu einer gefährlichen, großen Meute angeschwollen. Der Führer der Bergleute besitzt ohne Zweifel die Gabe der Demagogie, und er handhabt sie so geschickt und so fanatisch wie kaum ein anderer in Großbritannien.

Doch so sehr Scargill auch versuchte, die Masse der Streikenden zu erreichen, die häßlichen und gewalttätigen Szenen, die sich im vergangenen Sommer und Herbst an den Streikpostenlinien abspielten und Hunderte von Verletzten und vier Todesopfer kosteten, blieben im wesentlichen das Werk einer radikalisierten Minderheit.

Daß es eine Frage weniger Monate sein würde, bis der Kohlestreik zusammenbrechen würde, war auch Arthur Scargill spätestens zu Weihnachten klar. Zu jener Zeit hatte der Rückzug der Bergleute an ihre Arbeitsplätze verstärkt eingesetzt. Teils resignierten die Kumpel, weil keine greifbaren Ergebnisse erzielt worden waren, teils drängte sie die nackte Existenzangst und das großzügige Angebot von Bonuszahlungen zu Weihnachten zurück.

Doch darüber hinaus war den Streikenden bewußt geworden, daß sie sich auch zu etwas hatten mißbrauchen lassen, was nicht in ihrem eigenen Interesse und schon gar nicht im Interesse der ganzen Nation liegen konnte. Die britischen Bergleute waren in den Ausstand getreten, weil sie glaubten, damit Zechen vor der Schließung bewahren und ganze Kohlegemeinden vor der Verödung retten zu können. Dies hatte Scargill ihnen versprochen. Warum es nicht wenigstens versuchen, mag so mancher Kumpel gedacht haben.

Doch daß die Fiktion einer Kohleindustrie, die, koste es was es wolle, auf der Erhaltung völlig unrentabler Zechen basiert, in einer modernen Gesellschaftsordnung keinen Platz haben kann, ist ihnen nicht nur von der beachtlichen Zahl weiterarbeitender Kollegen, sondern vor allem von der britischen Bevölkerung Tag für Tag klargemacht worden.

Wie wird es nach dem offiziellen Streikende weitergehen? Werden die desillusionierten und häufig genug finanziell ausgebrannten Bergleute den Kopf ihres Führers fordern? Wohl kaum. Zum einen ist Arthur Scargill ein auf Lebzeiten gewählter Präsident der Bergleute-Gewerkschaft. Nur sein selbstgewählter Rücktritt würde ihn dieses Amtes entheben. Und daran ist, kennt man Scargill und seine politischen Ambitionen, im Augenblick nicht zu denken.

Im Gegenteil: Seine Parolen, etwa die, daß der Streik zwar beendet sei, der Kampf aber weitergehen werde, zeigen, daß der linksradikale NUM-Präsident sein zersprengtes, doch nicht minder kampfbesessenes Häuflein Getreuer zum langen Guerrilla-Krieg neu ordnen wird. Die Taktik ist klar: Zeche um Zeche wird der Widerstand gegen geplante Schließungen mobilisiert und der Arbeitgeber damit an der Durchführung seiner langfristigen Unternehmenspolitik gehindert. Zum anderen darf nicht verkannt werden, daß Scargill bei einer nicht zu unterschätzenden Zahl von Bergleuten ein unverändert hohes Ansehen genießt.

Zweifellos aber befindet sich die traditionsreiche, rund eineinhalb Jahrhunderte alte Bergarbeitergewerkschaft in ihrer schwersten Krise seit den schwarzen Tagen eines ähnlich langen und ebenso erfolglosen Streiks im Jahre 1926. Nie zuvor standen in einem Arbeitskampf Kumpel gegen Kumpel, Bruder gegen Bruder und Vater gegen Sohn. Der Bruch, der durch die Gewerkschaft geht, läßt sich vorerst kaum überbrücken.

Die Entscheidung der NUM-Sektion Nottinghamshire, der Gewerkschaftsführung das letzte Entscheidungsrecht abzusprechen, kann zu einer Spaltung der NUM führen, falls aus den Ereignissen der letzten zwölf Monate keine personellen und gewerkschaftspolitischen Konsequenzen gezogen werden. Ein Teil der alten radikalen Garde in der Landesführug der NUM, darunter der Chef der Sektion Schottland, der Kommunist Mick McGahey, wird in Kürze aus Altersgründen abdanken. Erhebliche Auswirkungen auf die künftige NUM-Struktur wird auch das neue britische Gewerkschaftsrecht haben.

Vom 1. Oktober dieses Jahres an sind, so das Gewerkschaftsgesetz von 1984, alle fünf Jahre geheime Urabstimmungen zur Wiederwahl von Gewerkschaftsführern vorgeschrieben.



Arthur Scargill: Blick in eine dunkle Zukunft.
FOTO: SVEN SIMON

Für Scargill kommt dieser Tag im Dezember 1986.

Zwar weigert sich die Bergleute-Gewerkschaft bislang, ihre bisherigen Regeln (Wahl auf Lebzeiten) zu ändern und dem neuen Gesetz anzupassen. Aber gegen diese Weigerung wird mit Sicherheit von gemäßigten NUM-Mitgliedern gerichtlich angegangen werden. Bis dahin bleiben Scargill und seinen Anhängern noch fast zwei Jahre, um das Heft nicht aus der Hand zu geben und zumindest zu versuchen, aus einer erschöpften und zerrissenen NUM wieder eine starke und militante Bewegung werden zu lassen.

Schon heute, am Tag seiner Niederlage, arbeitet der von den einen als gefährlicher Verführer verhaßte und von den anderen als tragischer Held gefeierte Scargill auf dieses Ziel hin: Er fühle sich hervorragend; seine Mitglieder hätten trotz enormer Schwierigkeiten ein Jahr lang ausgehalten und hätten erreicht, daß die Kohlebehörde ohne die von ihr angestrebte vertragliche Übereinkunft über die Schließung unrentabler Zechen dastehe. Darüber hinaus sei der Plan von Kohlechef MacGregor, im Geschäftsjahr 1984/85 die Kapazitäten für vier Millionen Jahrestonnen zu teurer Kohle stillzulegen, gescheitert. Dieser Scargill, das steht fest, wird so schnell nicht aufgeben.

„Wir nehmen, was die öffentlichen Hände verstreuen"

Die Subventionen des Staates, direkte Zuschüsse und Steuererleichterungen, verschlingen mehr als 100 Milliarden Mark pro Jahr. Die Kritik daran wächst, zumal die jetzige Regierung einen Abbau der Subventionen versprochen hatte. Ein Fallbeispiel.

Von KAREN SÖHLER

Bund, Länder und Gemeinden versuchen durch zahlreiche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen die Investitions- und Forschungsfreudigkeit der Unternehmen zu fördern. Nur: Rund 80 Prozent, errechnet die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, richten ihre Entscheidungen in keiner Weise nach dem Subventionsangebot des Staates. „Aber wir nehmen freilich mit, was die öffentlichen Hände freizügig verstreuen", meint Eberhard Schwarz, geschäftsführender Gesellschafter der Firma Zschimmer & Schwarz in Oberlahnstein.

Sein Unternehmen hat 1984 einen Gewinn von fünf Millionen Mark vor Steuern erwirtschaftet, setzt im Jahr 160 Millionen Mark um und beschäftigt über 400 Mitarbeiter. Die Eigenkapitalquote liegt etwa bei 40 Prozent. Also alles in allem eine gesunde Firma. Dennoch kassierte sie in den vergangenen sechs Jahren 1,6 Millionen Mark Finanzhilfen und erhielt außerdem noch Steuervergünstigungen.

Schwarz blickt aus seinem Arbeitszimmer auf die zahlreichen blauen Plastikfässer, die auf dem Hof stehen. Er ist Händler und Produzent von Fetten, Ölen und chemischen Vorprodukten für die Kosmetik-, Seifen- und Waschmittelbranche, für die Textil-, die Papier-, die Leder- und die Keramikindustrie. Schwarz deutet auf ein dickes silbernes Rohr, das hinter einem Fabrikschuppen hervorragt: ein Gaswäscher, der vor eineinhalb Jahren eingebaut wurde, um durch Emissionsreinigung die Umweltbelastung erheblich zu verringern.

Diese Investition zum Beispiel, sagt er, ist subventioniert worden. Aufgrund besonderer Paragraphen im Einkommenssteuergesetz brauchten nur 40 Prozent des Gesamtwertes (Anschaffungskosten) von rund 200 000 Mark in die Bilanz aufgenommen zu werden. Der Rest wurde gleich als Aufwand ausgewiesen. Diese Sonderabschreibung wirkt für das Unternehmen wie eine Steuerstundung; der Staat muß Zinsverluste hinnehmen.

Die gleichen Paragraphen halfen eine Abwässerkläranlage für etwa 3,8 Millionen Mark zu finanzieren. Auch hier durften sofort 60 Prozent der Anschaffungskosten abgeschrieben werden; in den vier folgenden Jahren waren es dann jeweils zehn Prozent. Außerdem erhielt das Unternehmen für den Bau dieser ebenfalls umweltfreundlichen Einrichtung 2,6 Millionen Mark zinsbegünstigte Mittel über die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau. Statt des Marktzinses zahlt das Unternehmen nur um die fünf Prozent „Ausleihungsgebühr".

Auch beim Umbau des alten Fabrikgebäudes halfen staatliche Zuschüsse. Früher, erinnert sich Schwarz, lagen die Büroräume im ersten und zweiten Stock des alten Gemäuers, das die sächsischen Firmengründer vor dem Zweiten Weltkrieg nebenbei einmal erworben hatten. Nach dem Krieg kam die Familie dann aus dem sächsischen Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) an die Lahn und versuchte, dort das an den Osten verlorene Unternehmen wiederaufzubauen.

Jetzt beherbergt die „Keimzelle" des Unternehmens im ersten und zweiten Stockwerk ein Labor, das stetig ausgeweitet wird. Auch bei dieser Investition half der Bund. Aufgrund des Investitionszulage-Gesetzes flossen rund 840 000 Mark (zwischen 1979 und 1984) in die Unternehmenskasse. Damit waren rund 17 Prozent der Gesamtkosten abgedeckt.

„Natürlich", meint Schwarz, „haben wir uns dieses Angebot nicht entgehen lassen. Aber ehrlich gesagt: Forschen und Entwickeln ist ohnehin lebensnotwendig in diesem Metier. Sonst kann man mit den über sechzig deutschen und internationalen Wettbewerbern nicht mithalten."

Der Unternehmer hat aber noch mehr Staatshilfen bekommen: Von den Gehaltszahlungen an die 95 Laborangestellten übernahm der Bund in den Jahren 1979 und 1980 über 600 000 Mark. Hier zehrte der Betrieb von einem Programm des Wirtschaftsministeriums, mit dem Forschung und Entwicklung in Unternehmen gefördert werden sollen. Arbeiten Angestellte mehr als 400 Stunden pro Jahr wissenschaftlich, erstattet der Bund 40 Prozent der Gehaltszahlungen (ohne Lohnnebenkosten). Allerdings werden seit 1981 nur noch Unternehmen mit weniger als 50 Millionen Mark Umsatz mit diesen Mitteln bedacht.

Auch das Bundesland Rheinland-Pfalz unterstützte das Unternehmen. Im Zuge der regionalen Wirtschaftsförderung, erzählt Schwarz, erhielt es vor sechs Jahren 94 000 Mark als Zuschuß für den Bau des neuen Verwaltungsgebäudes und für neu angeschaffte Pumpen und Kessel. Und 10 000 Mark zahlte das Land an Zschimmer & Schwarz, um dessen Präsenz 1982 und 1984 auf der Messe in der chinesischen Hafenstadt Kanton zu fördern. Die Zuwendungen hätten die Entscheidung, an der Messe in Kanton teilzunehmen, natürlich nicht beeinflußt, betont Schwarz.

Und das gelte auch für alle anderen Steuervergünstigungen und Finanzhilfen, die das Unternehmen bezogen hat. Es gehöre im Sinne des Wortes zum Unternehmen, kontinuierlich zu investieren, um dem Wettbewerb standhalten zu können. Die Gelder, die aus Bonn oder Mainz angeboten werden, nehme er natürlich mit – aber eine Unternehmensentscheidung mache er davon nicht abhängig. Schwarz erinnert sich dabei an einen Vortrag des Alt-Bundeskanzlers Helmut Schmidt vor der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer: Investiert wird, wenn die Investition einen nachhaltigen Gewinn verspricht.

WIE WAR DAS?

Als die Lebensmittelmarken verschwanden

Von EBERHARD NITSCHKE

Krampfhaft hielten sich Tausende von Rationierern, die dieses Handwerk seit dem 28. August 1939 betrieben, noch Ende Februar 1950 an ihren Schreibtischen in den „Ernährungsämtern" fest. Vor genau 35 Jahren aber, mit den ersten Märztagen 1950, endete mit der Freigabe des letzten bewirtschafteten Lebensmittels, des Zuckers, die Zeit von zehn Jahren und sechs Monaten, in der die Deutschen fast alles Eßbare nur auf Karte bekommen konnten. Nur in der „russischen Zone" und in Berlin ging die Lebensmittelrationierung noch weiter.

Wie lang die Bremsspur ist, wenn eine Behörde durch die Dauer ihrer Betätigung einmal richtig in Fahrt kam, das zeigte sich bei der Aufhebung des Kartenwesens in großer Deutlichkeit. Obwohl nach der Währungsreform vom Juni 1948 sehr bald, dem Gesetz der Marktwirtschaft folgend, nicht nur Grundnahrung, sondern auch alle Delikatessen wieder verfügbar waren, wurde von Amts wegen weiter „verteilt". Der Bundesernährungsminister des ersten Kabinetts Adenauer, Wilhelm Niklas, verfügte im Januar 1950 ausdrücklich an alle Landes-Ernährungsämter, daß Rationierung und Preiskontrolle in vollem Umfang aufrechterhalten würden, Verkäufe ohne Marken seien verboten. Das freute zumindest die rund 20 000 Bewirtschafter, die in den drei westlichen Besatzungszonen auf dem Höhepunkt der Mangel-Verwaltung tätig waren.

In der schlimmsten Phase der Bewirtschaftung hat es immerhin 67 verschiedene Lebensmittelkarten allein in der aus dem britischen und amerikanischen Besatzungsgebiet gebildeten „Bi-Zone" gegeben. Es gab zum Beispiel 21 Karten für Verbraucher aller Kategorien und 22 Sorten von Zulagekarten, 14 verschiedene Arten von „Berechtigungsscheinen", zwei Mehlkarten, zwei Milchkarten, zwei Bezugsnachweise für Kartoffeln und eine Eierkarte.

Das Kartenchaos war aus dem unterschiedlichen Verteilungsprinzip im Gegensatz zu dem im Ersten Weltkrieg 1914–18 hervorgegangen. Damals erhielt jeder „Berechtigte" die gleichen Mengen, so daß der Ausgleich in der Familiengemeinschaft erfolgen mußte. Jetzt aber wurde nach Alter und Geschlecht unterschieden, nach Gesundheitszustand und Arbeitsweise. Kein Wunder, daß die „Zuteilungsperioden", die in Bayern auch „Versorgungsperioden" hießen, einfach weiterliefen, obwohl die letzten Lebensmittelkarten, die für den Zeitraum März–April 1950 gedruckt wurden, ohne praktische Bedeutung waren und gar nicht mehr abgeholt wurden.

Für jede Warenart war im Lauf der Zeit eine Papierfarbe festgelegt worden. Kellner in Gaststätten ohne eine vom Gürtel herabbaumelnde Schere waren bald nicht mehr vorstellbar, und in jedem Lebensmittelgeschäft war sie noch vor dem Messer das wichtigste Werkzeug. „Reichsbrotkarten" waren rot, „Reichsfleischkarten" blau, „Reichsfettkarten" gelb. Schwierig wurde es bei Grün: Maigrün war die Eierkarte, für Eier, die es meist nicht gab, grüngrau die „Bezugskarte für Trockengemüse" und einfach grün die „Zusatzlebensmittelkarte für Hochzeiten".

Mit jeder Verschlechterung der Versorgungslage hatte sich das Kartenwesen schon dadurch kompliziert, daß immer neue Gruppen von Bezugsberechtigten gebildet wurden. Nach 1945 war das Bedrucken der Rückseite der Karten, auf die der NS-Staat Durchhalteparolen drucken ließ, schon deshalb unerwünscht, weil dann die vielen Kartenfälschungen nicht mehr erkannt werden konnten.

Als das Bonner Kabinett den Beschluß faßte, die Lebensmittelrationierung aufzuheben, erzeugte das nicht nur Jubel. Während in deutschen Einzelhandels-Schaufenstern Scherzplakate erschienen, die „Fettmarken-Konfetti zum Fasching billigst abzugeben" anboten, erwartete man den Einspruch der „Hohen Kommissare" der West-Alliierten aus dem Petersberg-Hotel, ihrem Amtssitz.

Aber es erfolgte keine Intervention, vielleicht weil die Deutschen die Erklärung nachschoben, eine „Aufhebung der Rationierung sei nicht gleichbedeutend mit der Aufhebung der Bewirtschaftung". Die oberste Behörde der Marschallplanländer, zu denen auch die neue Bundesrepublik Deutschland gehörte, erinnerte jedoch an den Umstand, daß Westdeutschland zur guten Hälfte von Lebensmittelimporten abhängig sei und daß eine einzige Mißernte die reumütige Rückkehr zur Karte bedeuten würde. Aber es gab keine Mißernte.

„Evangelische Sammlung‘ will keine Gegen-Kirche

Bischof Wölber kritisiert inneren Zustand der Gesellschaft

hrk. **Berlin**

Das Überleben der Kirche in einer Welt, die von der Unverbindlichkeit beherrscht wird, hängt davon ab, ob es der Kirche gelingt, „die Sache mit Gott im allgemeinen Fühlen und Denken wieder lebendig werden zu lassen". Die Chance dazu sei da: „Es gibt einen Hunger im Lande." Diese Einschätzung gab der frühere Bischof Hans Wölber, Hamburg, auf der Tagung der bekenntnistreuen Christen in der „Evangelischen Sammlung", die am Wochenende in Berlin zusammentraf.

„Die Zukunft der Kirche hängt davon ab, daß sie sich wieder als geistig notwendig erweist. Das kann sie nur, wenn es ihr gelingt, intelligent und überzeugend an die Spitze einer kritischen Generation gegenüber dem herrschenden wissenschaftlichen technokratischen Wahrheitsbewußtsein zu treten." Diese Chance der Kirche sei vorhanden, denn nach einer Periode „weltlicher Interpretation melden sich die alten Fragen nach der Tiefe, nach den Gründen der menschlichen Destruktivität, ob es einen freien Willen gibt und wie es mit unserer Bestimmung steht und was wir vom Weltlauf überhaupt zu halten haben".

Wölber kritisierte den inneren Zustand der Gesellschaft in der Bundesrepublik: „Im Namen der Freiheit versteht sie sich als pluralistisch. Der real existierende Pluralismus aber erweist sich als Totengräber persönlicher Orientierungsbereitschaft ... In dieser Gesellschaft weiß man nichts voneinander, nichts von den Dingen, die uns im Innersten bewegen, von unseren wahren Sorgen und wirklichen Hoffnungen. Vielmehr bewirkt diese Art Liberalismus eine Absenkung des Niveaus. Ersatzweise rühmt man dann die Kommunikation. An die Stelle verbindlicher Inhalte tritt eine verbindende Technik."

Innerhalb der Kirche neigten „nicht wenige" Pfarrer dazu, „mit sogenannten Gesprächstherapien und Kommunikationstechniken ihren Auftrag zu erstatten. Man therapiert mit Dialogen, genauer gesagt: de facto mit möglichst viel Schwebezustand in der Sache."

Wölber hielt der Kirche vor, sich selbst in vielen öffentlichen Äußerungen ihre Botschaft „immer mehr auf ein politisch-soziales Wertgefüge, also gleichsam auf eine Menschenrechtsbewegung, auf den Kampf um den Frieden" und ähnliches zu reduzieren. Viele Kirchenleute seien „zu einer Art Trittbrettfahrer von ‚Bewegungen'" geworden. Man begrüße sie zwar als hilfreich, aber im Grunde empfinde man sie als überflüssig. Als Möglichkeit, die Kirche wieder zu einer beachtenswerten Größe werden zu lassen, formulierte Wölber: „Wir müssen für den anonymen und isolierten Zeitgenossen eine Art christlich spezielle Nachbarschaft entwickeln, also so etwas wie christliches Gemeinwohl und christlichen Gemeinsinn."

Für die „Evangelische Sammlung" betonte Professor Klaus Motschmann, Berlin, am Ende der Tagung, diese Gruppierung betreibe keine Kirchenspaltung: „Nein, nein und nochmals nein!" Allerdings mehrten sich die Symptome, daß in der heutigen Amtskirche, wie sie sich darbiete, eine „Strategie vorhanden sein könnte, uns auszugrenzen". Die Frage einer Gegen-Kirche stelle sich erst dann, wenn sich der jetzige Kurs der Kirche nicht ändern sollte und dem Anliegen eines Großteils der Christen auch weiterhin nicht nachgekommen werden sollte.

CDU feilt schon an Regierungserklärung

Gelassenheit beim „Diepgen-Team" / FDP hofft auf Zweitstimmen / Irritationen bei der SPD

Von F. DIEDERICHS

Ein selbstsicherer Eberhard Diepgen mit dem Bonus eines nahezu fehlerlos agierenden Regierungschefs, ein zweifelnder Hans Apel ohne strahlende Zuversicht und ein hoffender FDP-Landesvorsitzender Walter Rasch, der im letzten Abschnitt eines Wahlkampfes ohne Höhepunkte gegen die „geheimen Sehnsüchte der CDU nach absoluten Mehrheiten", so ein FDP-Sprecher, zu Felde ziehen will. So lassen sich kurz vor der Berliner Wahl am Wochenende die Gemütsverfassungen der drei Spitzenkandidaten beschreiben.

Da auch die Alternative Liste (AL), die nach Umfragen ihre 7,2 Prozent von 1981 verdoppeln könnte, auf einen Wahlkampf mit Paukenschlägen verzichtete, mangelte es bisher an einem typischen Berliner Thema, das alle Parteien zu kontroversen Diskussionen hätte veranlassen können. Immer wieder beschäftigt dagegen Politiker und Bürger die offene Frage, mit welchen Konstellationen es nach dem 10. März weitergehen wird.

Am gelassensten kann die Berliner Union den Tag der Entscheidung von 1,5 Millionen Wahlberechtigten angehen. Sie setzt weiterhin ohne Rücksicht auf den Partner FDP darauf, mit einer ansehnlichen Erfolgsbilanz beider Partner sämtliche bürgerliche Stimmen an sich ziehen zu können. Angesichts des trüben Bildes der Demoskopen für die FDP – keine Umfrage sah sie bisher über der Fünf-Prozent-Hürde – versuchte Diepgen in den vergangenen Tagen sogar, Mitglieder einer Wählerinitiative für die FDP, die es bis jetzt auf 5000 Mitglieder brachte, von ihrer unionsschädigenden Zweitstimmen-Kampagne abzubringen.

Selbst wenn der Wähler schließlich keine absolute Mehrheit ermöglicht, wird der Diepgen-Senat nach dem 10. März weiter die Geschäfte besorgen: entweder mit der FDP oder letztlich auch ohne sie. Für den letzteren Fall könnte – durch die Aufteilung aller an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten Parteien – bei einem Wahlergebnis um 47 Prozent dennoch eine Mehrheit der Sitze für die Union entstehen.

Doch auch ein „Minderheitssenat" wäre vorstellbar – dieser marschierte dann allerdings nach Ansicht von SPD-Politikern „auf der Rasierklinge", da Hans Apel nicht nur jede Koalition mit CDU und AL ablehnt, sondern auch keinen CDU-Minderheitssenat tolerieren will. Dessen ungeachtet arbeitet das „Diepgen-Team", so

Vor der Wahl in Berlin

die Senatsmannschaft im Wahlslogan, schon an den Beiträgen zur Regierungserklärung, die Diepgen am 25. April im Schöneberger Rathaus abgeben will.

Sein vermeintlich größter Widersacher im sozialdemokratischen Lager gab erst kürzlich Insidern zu verstehen, wieviel von seinem Optimismus geblieben ist, den er vor einem Jahr von der Elbe mit an die Spree brachte. Zwar setzte Apel im Wahlkampf voll auf die Rentendebatte und die Kürzung von Sozialausgaben, um gerade bei der nicht zu unterschätzenden Schicht von 350 000 Rentnern in Berlin Aufwind zu bekommen. „In diesem Wahlkampf fällt man von einer Irritation in die andere", vertraute Apel jedoch Berliner Genossen an und reagierte damit auf Äußerungen des Bonner Oppositionschefs Hans-Jochen Vogel, der eine Suche der Berliner SPD nach Mehrheiten in Sachfragen gemeinsam mit den Alternativen für möglich hält. Trotz einer späteren gemeinsamen abwiegelnden Erklärung von Apel und Vogel trauern bereits Berliner Sozialdemokraten, dies habe „fünf Prozent gekostet".

Daß Meinungsforscher bei den Berlinern die vorherrschende Auffassung feststellten, die CDU führe den besten Wahlkampf, verwundert deshalb nicht mehr. Mit einer mehrere Millionen Mark teuren und damit so kostspieligen Sympathiewerbung wie nie zuvor („Berlin ist wieder da") rückte sich die Union so überzeugend und frühzeitig ins Straßenbild, daß SPD-Wahlkampfmanager zu der ernüchternden Feststellung kamen: „Unsere Werbespots sehen aus, als seien sie von einer Videogruppe der Volkshochschule gefertigt." Auch die Resonanz bei den einzelnen Wahlkampfauftritten – die Union stellte auch hier mit ständiger bundespolitischer Prominenz alle anderen Parteien in den Schatten – ergab Pluspunkte für die CDU.

Die Freien Demokraten, die sich im Werbefernsehen dank einer Zeichentrickfigur als „liberaler David" verstehen, verzichteten als einzige der im Parlament vertretenen Parteien auf kostspielige Stelltafeln. Sie setzen nicht nur auf die starke Initiative „Bürger für Berlin", sondern auch auf das Bewußtsein zahlreicher CDU-Wähler, mit einem „Stimmensplitting" der FDP zum Wiedereinzug ins Parlament zu verhelfen und so den Fortbestand der christlich-liberalen Koalition zu sichern.

Denn als einziges Bundesland bietet Berlin die Möglichkeit, bei Landtagswahlen insgesamt drei Stimmen abzugeben: die Erststimme für einen Direktkandidaten, die Zweitstimme für die Partei – sie entscheidet letztlich über die Mehrheitsverhältnisse – und eine dritte Stimme für die Besetzung der zwölf Bezirksparlamente, die dann die Bezirks-Bürgermeister küren müssen.

Während die CDU schon an der Regierungserklärung schreibt, geben die Liberalen offen zu, „noch kein Konzept für die Zeit nach der Wahl" in der Tasche zu haben. Erst einmal den Wahltag überstehen, um dann auf einem Parteitag am 20. März die Bedingungen an den Partner neu formulieren zu können, denn: „Wir hängen ja am seidenen Wähler-Faden." Ein Martin Bangemann, gemeinsam mit Genscher schon einen Tag nach seiner Wahl zum Parteichef in der Stadt, dokumentierte damit die Bedeutung der Berlin-Wahl für die Liberalen.

Einen Parteitag acht Tage nach der Wahl haben auch die Sozialdemokraten auf dem Plan. Schon heute verspricht man sich gegenseitig, dort „keine Sündenböcke zu suchen". Vielmehr will die SPD dort den Grundstein „für einen soliden Neuanfang" setzen, so ein SPD-Politiker. Unter dem bis 1986 gewählten Landeschef Peter Ulrich will man dort, wenn Hans Apel nicht in Berlin bleiben sollte, die „eigentliche Zäsur nach dem Sturz des Stobbe-Senats im Januar 1981" vollziehen. Ein Neuanfang, „aber ohne Zampanos von außen", geben die Sozialdemokraten die Marschrichtung an – offensichtlich enttäuscht von ihren „Importen" aus dem Bundesgebiet.

Vor der geplanten Aufarbeitung des Wahlergebnisses geht es den Parteien jedoch in den letzten Tagen vor der Wahl noch darum, den Bürgern die Hand zum richtigen Kreuze zu führen. „Das Kreuz auf den grünen Stimmzettel", weist jetzt die CDU in Zeitungsanzeigen auf die Bedeutung des Stimmzettels für die entscheidende Zweitstimme. Denn allein 1981 gab es 62 000 Berliner – fünf Prozent aller Wähler –, die das Wahlsystem nicht verstanden und letztlich ungültige Zettel in die Urnen warfen.

Atomkraft: Hessens SPD folgt Grünen

dpa, **Wiesbaden**

In der Auseinandersetzung zwischen der hessischen SPD und den Grünen über den geplanten Ausbau der Kernenergie wollen die südhessischen Sozialdemokraten der Umweltpartei entgegenkommen. Parteisprecher Adolf Salzer teilte mit, der Bezirksvorstand werde dem Bezirksparteitag am 23. März einen Leitantrag vorlegen, in dem sich die südhessische SPD gegen die Erweiterung der Hanauer Nuklearbetriebe Nukem und Alkem ausspricht.

Die beiden Blöcke des Atomkraftwerks Biblis dürften nach einer Stillegung nicht ersetzt werden. Den Bau eines dritten Reaktors in Biblis lehne der SPD-Bezirksvorstand ebenfalls ab.

Lufthansa nach Berlin? Bonn ist skeptisch.

Co./cvb, **Bonn/Brüssel**

Die Bundesregierung hat auf den Wunsch der Lufthansa, auch wieder Berlin anzufliegen, ebenso distanziert reagiert, wie alliierte Kreise in Brüssel. Der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa Ruhnau habe seine in diese Richtung zielende Äußerung nicht mit der Bundesregierung abgesprochen, erklärte Regierungssprecher Boenisch gestern. Der Wunsch nach Landerechten in Berlin sei bisher am Widerstand der Sowjetunion gescheitert. Andererseits dürfe der Zugang nach Berlin auf der Basis des originären Rechts der vier Mächte nicht beeinträchtigt werden. Vielmehr müsse der sehr sensible Bereich der alliierten Luftkorridore beachtet werden, sagte Boenisch.

„DDR"-Soldat schoß auf drei Männer

epd, **Schwerin**

In der mecklenburgischen Kreisstadt Güstrow sind Ende letzten Jahres drei junge Männer von einem Wachhabenden an einem Objekt des Ministeriums für Staatssicherheit angeschossen und lebensgefährlich verletzt worden. Zwei von ihnen starben kurze Zeit darauf. Dies wurde bei einem Treffen kirchlicher Friedensgruppen in Schwerin bekannt.

Nach Angaben des Präsidenten des Oberkirchenrats in Schwerin Müller wurde im Zusammenhang mit diesem Vorfall dem ehemaligen Güstrower Pastor Lietz, der den Hinterbliebenen seelsorgerischen Beistand geleistet habe, vorgeworfen, die Ermittlungen zu behindern. Demgegenüber sagte Lietz, er selbst habe „für eine bestimmte Zeit unter einem gewissen Druck" der Behörden gestanden.

CDU wirft Rau Fahrlässigkeit vor

dpa, **Düsseldorf**

Die CDU-Mitglieder im Zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Großklinikum Aachen fordern den nordrhein-westfälischen Landtag auf, Ministerpräsident Rau (SPD) sowie ehemalige und derzeitige SPD-Minister vor dem Landesverfassungsgericht wegen „grob fahrlässiger" Verletzung ihres Amtseides und der Verfassung anzuklagen. Rau habe trotz der erkennbaren Probleme beim Bau des Milliardenprojekts „pflichtwidrig" gehandelt.

Mit der Mehrheit von einer Stimme setzte die SPD eine andere Bewertung durch. Danach trägt der ehemalige Baubetreuer „Neue Heimat Städtebau" die Alleinschuld für Verzögerungen und Kostensteigerungen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Wie man so 'n Gipfel so radikal wie möglich stört"

Die Grünen finanzieren Aktionen gegen Weltwirtschafts-Treffen

DETLEV AHLERS, **Münster**

Auf zwei Tagungen in Bonn und in Münster haben verschiedene linke Gruppierungen beraten, mit welchen Aktionen der Weltwirtschafts-Gipfel am 4. Mai begleitet werden soll. Fazit: Ein mögliches Demonstrationsverbot soll nicht beachtet werden, Straftaten werden als eine „Widerstandsform" akzeptiert.

In Bonn trafen sich am Samstag etwa 60 Vertreter des Bundes unabhängiger Friedensgruppen, der Grünen, der Evangelischen Studentengemeinden, der Gesellschaft internationaler Marxisten, der Demokratischen Sozialisten, der Initiative „Kirche von unten" und einiger Mittelamerika-Komitees. Zuvor war vergeblich versucht worden, die SPD einzubeziehen, doch für die Jungsozialisten sagte der nordrhein-westfälische Vorsitzende Hahn-Cremer „ganz offen", daß bei ihrer Absage „die Wahlen (in NRW am 12. Mai) eine Rolle spielen". Die DKP-nahe Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde, vermutlich auf Bestreben der Grünen, ausgegrenzt.

„Während des Gipfels soll dem Protest und dem Widerstand in Bonn Ausdruck verliehen werden", und zwar durch „Aktionen behindernden, störenden und informierenden Charakters", beschlossen die Gruppen in Bonn. Eine Demonstration auf der Bundesstraße 9 am (vermutlichen) Tagungsort Bundeskanzleramt vorbei wird angemeldet, Mahnwachen und „Aktionen zivilen Ungehorsams" (Blockaden) sind geplant. Es soll „die Kriegs-, Verelendungs-, Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der westlichen Industrienationen angeprangert werden". Für das Gipfelwochenende haben die Grünen die Godesberger Stadthalle gemietet; dort ist ein Tribunal mit Vertretern von „Befreiungsorganisationen" aus der Dritten Welt geplant.

Die Gruppen beschlossen, auf Kosten der Grünen sechs Halbtagskräfte zur Vorbereitung der Aktionen einzustellen und einen etwa zwölfköpfigen Planungsausschuß zu bilden, in dem auch die Autonomen Sitz und Stimme haben, die am Sonntag in der Katholischen Hochschulgemeinde in Münster tagten. Etwa 120 Leute aus der ehemaligen Berliner Hausbesetzerszene, aus dem militanten Anti-Atomkraft-Spektrum, aus den Startbahn-West-Kampfgruppen, der kommunistischen türkischen Jugend, der „Revolutionären Stimme der US-Soldaten in Europa" und anderer Gruppen wie den „Radikalen Autonomen Sozialhilfeempfängern" und den Punkern berieten, „wie man so'n Gipfel so radikal wie möglich stört".

Sie wollen „so nah an das Geschehen heran wie möglich", die Demonstration „garnieren mit dezentralen Aktionen" und sehen, „was man in einer Stadt machen kann, wenn man da ein bißchen vorbereitet hingeht". Der Bush-Besuch in Krefeld und die Belagerung des Bundestages während der Nachrüstungsdebatte seien „ganz gut gelaufen", wurde als Anhaltspunkt erwähnt. Die Autonomen hoffen, in die Bannmeile „einbrechen oder einsickern" zu können.

Zu einer längeren, nicht gelösten Diskussion kam es angesichts der Frage, ob man andere, friedliche Demonstranten („die von der Latsch-Demo") als Menge benutzen darf, in die man untertaucht. Einige hielten das für eine selbstverständliche Taktik, andere fanden dies „unsolidarisch". Ziel der Aktionen soll es sein, daß die, „die ein weiterentwickeltes Bewußtsein haben", den anderen Bürgern aufzeigen, „wie das Schweine-System funktioniert". Ein Punker sagte zur Frage, ob von vornherein militante Aktionen geplant sind: „Es wird an uns herangetragen, ob was geschieht." Von wem? „Vom Ablauf."



„Personell und programmatisch erneuert"

Horst Rehberger ist der vierte – stets von der FDP gestellte – Wirtschaftsminister des Saarlandes in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode. Der 46jährige war im Januar 1984 an die Saar geholt worden, nachdem zunächst 1982 Werner Klumpp, dann 1983 Edwin Hügel und nach nur zehn Wochen Amtszeit im Dezember 1983 Walter Henn zurückgetreten waren. Der Jurist Rehberger war vorher Bürgermeister in seiner Heimatstadt Karlsruhe. 1984 trat er auch die Nachfolge Klumpps als Landesvorsitzender der Freien Demokraten an und wurde Spitzenkandidat.

FOTO: F. HARTUNG

Eine rot-grüne Mehrheit als Ergebnis der Landtagswahl an der Saar am 10. März würde nach Ansicht des FDP-Spitzenkandidaten, Wirtschaftsminister Horst Rehberger, wegen der industriefeindlichen Politik beider Parteien Tausende von Arbeitsplätzen gefährden. Mit Rehberger sprach Günther Bading:

WELT: Sie werben an der Saar mit der „neuen" FDP. Was ist an Ihrer Partei neu; nur der Spitzenmann oder die Politik?

Rehberger: Wenn wir hier im Saarland mit der „neuen FDP" vor die Wähler treten, dann wollen wir damit verdeutlichen, daß sich der Landesverband Saar der FDP sowohl personell als auch programmatisch umfassend erneuert hat. Und, daß manche Panne, die in der Vergangenheit hier passiert ist, von der Partei selber aufgearbeitet worden ist, daß wir für den Wähler also wieder ein vollgültiger Partner sind.

WELT: Die Abgrenzung der FDP an der Saar gegenüber SPD und Grünen ist deutlich. Die Aussagen der Koalitionspartner CDU und FDP sind weitgehend deckungsgleich. Wie begründen Sie im Wahlkampf, warum man überhaupt noch FDP und nicht gleich CDU wählen soll?

Rehberger: Ich bin sehr dankbar, daß es in den letzten Jahren möglich war, die FDP-Auffassungen, vor allem in der Wirtschaftspolitik, durchzusetzen. Übereinstimmende Aussagen bedeuten nicht, daß die gleiche Politik gemacht würde, wenn die CDU die absolute Mehrheit hätte. Das gleiche gilt natürlich auch für die Politik im Bundesrat. Das Saarland ist, wie die anderen Bundesländer auch, über den Bundesrat letztlich an der gesamten Bundespolitik direkt oder indirekt beteiligt. Eines ist sicher richtig: angesichts der krassen Unterschiede zwischen unserer Position und der von SPD und Grünen sind die Unterschiede zur CDU geringer. Wer allerdings bei der Wahl am 10. März nicht dafür sorgt, daß die FDP erneut in den Landtag einzieht, der wird damit die Koalition insgesamt und die Regierung zu Fall bringen. Dann wird es eine rot-grüne Mehrheit geben. Also auch aus rein pragmatischen Aspekten heraus ist es gerade bei dieser Wahl sehr, sehr wichtig, die FDP zu stärken.

WELT: SPD und Grüne sagen Nein zu einer ganzen Reihe ihrer Wirtschaftsprojekte an der Saar. Was heißt das für den Arbeitsmarkt?

Rehberger: Hier droht für viele Arbeitsplätze Gefahr. SPD und Grüne

INTERVIEW

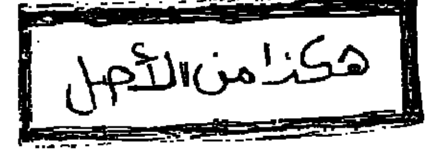
lehnen den Saar-Ausbau ab – die SPD jedenfalls über Dillingen hinaus, die Grünen überhaupt. Der Saar-Ausbau bedeutet allein für die Bauwirtschaft die Sicherung von 2000 Arbeitsplätzen jährlich für die nächsten Jahre. Die SPD und die Grünen lehnen eine Kohlehydrieranlage an der Saar ab. Das bedeutet, daß hier Arbeitsplätze in einer Größenordnung von annähernd 3000 nicht geschaffen werden können, wenn es eine rot-grüne Mehrheit gibt. SPD und Grüne betreiben in Sachen Arbed-Saarstahl eine Politik, die zu einem schweren Konflikt mit der Bundesregierung führen müßte. Die Folge wäre möglicherweise ein Konkurs von Arbed-Saarstahl. Ein Konkurs von Arbed-Saarstahl würde bedeuten, daß sich die Arbeitslosenquote verdoppeln würde, daß rund 50 000 weitere Arbeitslose zu den bereits vorhandenen hinzukämen. Mit anderen Worten: Wenn wir eine rot-grüne Mehrheit bekommen würden, wäre das für den Arbeitsmarkt eine Katastrophe.

WELT: Noch ist nicht sicher, daß die FDP die Fünf-Prozent-Hürde wieder überspringt. Besteht da nicht die Gefahr, daß eine Stimme für die FDP eine verlorene Stimme ist?

Rehberger: Wenn die FDP den Wiedereinzug in das Parlament nicht schaffen würde, dann wäre die Koalition und die jetzige Regierung am Ende. Deswegen ist es am riskantesten, wenn man – als Koalitionsanhänger – nicht FDP wählt und damit möglicherweise eine entscheidende Voraussetzung schafft, daß die Koaliton ihre konstruktive Arbeit in Zukunft nicht fortsetzen kann. Mit anderen Worten: Wer wirklich auf Nummer sicher gehen will, muß gerade bei dieser Wahl seine Stimme der FDP geben. Und alle Umfragen weisen aus, daß wir die allerbesten Chancen haben, die Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden.

WELT: Sie rechnen also mit Leihstimmen?

Rehberger: Die FDP wird es aus eigener Kraft schaffen. Eine Partei kann ohnehin nie Stimmen verleihen. Der Wähler ist bei jeder Wahl neu gefordert und wird unter den konkreten personellen und parteipolitischen Gegebenheiten seine Entscheidung treffen. Ich bin der Überzeugung, daß wir Stimmen bekommen werden, sowohl von Wählern, die bei zurückliegenden Wahlen CDU gewählt haben und die jetzt, unter den neuen Koalitionsaspekten in Bonn zur FDP zurückkehren. Ich rechne aber auch mit Stimmen aus dem Lager der SPD. Viele SPD-Anhänger, etwa aus dem mittelständischen Bereich, sind mit der Politik der Lafontaine-SPD überhaupt nicht einverstanden und werden deswegen uns ihre Stimme geben. Denn sie wissen, daß bei uns eine Politik betrieben wird, die die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland voranbringen wird und keine Politik, die diese Entwicklung torpediert.



„Eine neue Qualität der Kooperation“

MANFRED NEUBER, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, fordert eine „neue Qualität der Kooperation“ zwischen Europa und Lateinamerika. Vor dem Ibero-Club in Bonn sagte er, Europas „stärkste Hinwendung“ zu Lateinamerika sei überfällig.

„Lateinamerika ist zu oft als Hinterhof der USA oder als Juniorpartner Europas angesehen und so behandelt worden“, bedauerte Köhler. Heute gehe es nicht allein um Entwicklungshilfe und bessere Wirtschaftsbeziehungen, sondern vor allem um eine intensivere politische Zusammenarbeit.

Für die politischen Probleme Lateinamerikas müßten Lösungen jedoch „in der Regel selbst und ohne Einmischung von außen“ gefunden werden. Europa sei ein „unverdächtiger“ Partner, „weil wir weder Supermacht, noch unmittelbarer Nachbar“ der Lateinamerikaner sind.

„Der Konflikt in Mittelamerika ist kein Produkt des Weltkommunismus, sondern eine hausgemachte Folge sozialer Ungerechtigkeiten und ausgebliebener Reformen“, meinte der Staatssekretär. „Die sozialen Spannungen bieten erst den bequemen Einstieg für die Intervention Kubas und anderer kommunistischer Staaten.“

Selbst gemäßigte Reformen seien „meist nur gegen die traditionellen Eliten“ durchzusetzen. „Man wird den Führern mancher Länder ins Gebetbuch schreiben müssen, daß nicht jeder, der eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen fordert, Kommunist ist“, betonte Köhler. „Wer seinem Volk Gerechtigkeit und faire Startchancen vorenthält, wer Genossenschaften mit Subversion gleichsetzt, der sollte nicht nach Militär, nach ausländischer Militärhilfe schreien, um den Widerstand zu brechen.“

Köhler lobte die „Politik des Friedens und Ausgleichs“, die Präsident José Napoleón Duarte in El Salvador betreibe. Das Nachbarland Nicaragua werde erst dann auf neue Bonner Hilfe rechnen können, wenn die Sandinisten „freie und faire Wahlen“ ermöglichen und sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischten.

„Demokratische Regierungsformen sind auf dem Vormarsch, auch wenn sich in manchen Ländern undemokratische Machtdenker noch gegen den Willen des Volkes und die Zeichen der Zeit sträuben“, sagte der Staatssekretär, wobei er Chile und Paraguay als „Generalsdiktaturen“ apostrophierte. Sein Urteil: „Die uniformierten Herrscher in Lateinamerika haben versagt.“

Um den Ländern mit demokratischen Regierungen den Rücken zu stärken, seien eine verstärkte Entwicklungshilfe, eine liberale Handelspolitik sowie großzügige Umschuldungsbedingungen „das Gebot der Stunde“. Eindringlich warnte er die Schuldnerländer vor einem Kartell und vor Pressionen. Die Schuldenkrise könne nur in Zusammenarbeit mit den Industrienationen bewältigt werden. Gleichermaßen wandte sich Köhler gegen einen „künstlichen Schutz“ durch Protektionismus und Subventionen; vielmehr plädierte er für globale Arbeitsteilung.

Sudan steht vor einer weiteren Hungerkatastrophe

SAD, Khartum

In Sudan haben Massenwanderungen von Hunderttausenden von Menschen begonnen, die sich vor dem Hungertod retten wollen. Diese Migrationen beginnen zu einer ernsten Gefahr für das Land zu werden. Amerikanische Hilfsorganisationen befürchten, daß in Sudan bis zu sechs Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind.

Nach zuverlässigen Schätzungen fehlen dem Lande zwei Millionen Tonnen Getreide und Nahrungsmittel. Tausende strömen aus dem Norden und Westen des Landes auf die Hauptstadt Khartum zu. An den Zufahrtsstraßen zum Flughafen Khartum kann man inzwischen Schafe zum Preis von vier Mark kaufen; vor Jahresfrist lag der normale Marktpreis bei 200 Mark. Die Tiere werden von den verzweifelten Dorfbewohnern verkauft, die Wasser und Grundnahrungsmittel brauchen und die Tiere nicht mehr ernähren können.

An den Grenzen zum Tschad und zur Zentralafrikanischen Republik sind in den letzten Tagen wandernde Volksstämme beobachtet worden, die aus jeweils 4000 Menschen bestehen. Das britische Hilfswerk „Save the Children Fund“ ist den Wandernden mit Lkws entgegengefahren und hat ihnen Getreide gebracht. Nach Schätzung des britischen Geistlichen Eric Warton haben sich allein in der Provinz Darfur „600 000 bis zu einer Million Menschen auf den Weg auf die Suche nach Nahrung gemacht“. Die im Nordwesten des Landes gelegene Provinz befindet sich in demselben Hungergürtel der Sahel-Zone, in dem seit vier Jahren dauernde Dürre herrscht.

Serben und Slowenen für nationale Aussöhnung

Funktionäre warnen vor „geistiger Konterrevolution“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Führende Parteiideologen und Funktionäre in Jugoslawien haben vor der Gefahr einer „geistigen Konterrevolution“ gegen das kommunistische System gewarnt. Besonders heftig polemisieren sie gegen die in mehreren Teilrepubliken von prominenten, zum Teil kommunistischen Intellektuellen erhobene Forderung nach einer „nationalen Versöhnung“ zwischen Kommunisten und Gegnern des Kommunismus.

Diese Forderung war nicht nur in Slowenien erhoben worden, wo heftig darüber diskutiert wird, ob man den slowenischen „Weißgardisten“ und Heimwehrleuten, die im Zweiten Weltkrieg gegen die Kommunisten kämpften und 1945 massenhaft hingerichtet wurden, ein Denkmal setzen solle. Auf einer Tagung des Schriftstellerverbandes Serbien verlangte der prominente Lyriker Matija Beckovic auch eine „nationale Aussöhnung“ des serbischen Volkes. Er kritisierte, daß in einer Zeit der schweren Krise des Landes die Kommunistische Partei sich immer noch damit beschäftige, Kommissionen auf die Friedhöfe zu entsenden, die dort die Namen jener Personen von den Grabsteinen entfernten, welche im Zweiten Weltkrieg auf der antikommunistischen Seite kämpften und gefallen sind.

Lob für die Partisanen

Das Mitglied des serbischen KP-Präsidiums, Spiro Galovic, hat nun die serbischen Schriftsteller kritisiert, weil diese auf ihrem Kongreß der Forderung nach „nationaler Aussöhnung“ nicht entgegengetreten und mit den Vertretern dieser Linie „abgerechnet“ hätten. Im Zweiten Weltkrieg hätten nur die Partisanen eine „befreiende Rolle“ in Jugoslawien gespielt. Den Anhängern einer „nationalen Aussöhnung“ warf Galovic vor, sie wollten sich „über die Geschichte erheben“.

Noch schärfer wandte sich der aus Sarajevo stammende Partei-Philosoph Fuad Muhic gegen die „Versöhnler“, denen er in der Parteizeitung „Borba“ vorwarf, die Mitglieder des Bundes der Kommunisten einschüchtern zu wollen. Als einen der Schöpfer der Idee der „nationalen Versöhnung“ bezeichnete Muhic den prominenten Ex-Tito-Stellvertreter Milovan Djilas. Nach dessen Auffassung solle, so behauptet Muhic, die nationale Versöhnung in Kroatien sowohl „demokratische Kommunisten“ als auch christliche Demokraten und „Klerikal-Nationalisten“ umfassen. In Serbien solle das bürgerliche Mehrparteiensystem wieder entstehen, wie es bereits vor dem Ersten Weltkrieg vorhanden war.

Als weiteren Beweis für die „geistige Konterrevolution“ führt der Partei-Philosoph aus Sarajevo die These des in Serbien überaus populären Schriftstellers Dobrica Cosic an. Cosic, der seine Laufbahn als Kommunist und Partisan begann, dann aber aus dem ZK und der Partei austrat, habe erklärt, die serbischen Kommunisten hätten sich bei ihrem Kampf gegen den Stalinismus nicht von Karl Marx und dem Marxismus, sondern vom Mythos des Amselfeldes – also der großen historischen Schlacht gegen die Türken im Jahre 1389 – leiten lassen.

Das Ziel ist Spaltung

Als weiteren Träger der „geistigen Konterrevolution“ identifiziert Muhic den Belgrader Politologen Costa Cavoski, der in einem in Jugoslawien legal erschienenen Buch die Kommunisten beschuldigt habe, 1944 die Macht usurpiert zu haben. Cavoski habe in seinem Buch die „Wiederherstellung des Pluralismus“ verlangt.

Muhic warnt vor den Versuchen der, wie er es nennt, „geistigen Konterrevolution“, die jugoslawische KP zu spalten. Die Opposition – und zwar sowohl im Lande als auch die „demokratische Emigration“ im Ausland – versuche, die „liberale Fraktion“ im Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf ihre Seite zu ziehen. Den „kommunistischen Liberalen“ werde im Rahmen eines Programms der „nationalen Aussöhnung“ ein prominenterer politischer Platz zugesichert, als sie ihn jetzt innehätten.

Als Träger dieser oppositionellen Bewegung in Jugoslawien nennt Muhic „frustrierte Philosophen“ (er meint hier offenbar die neomarxistischen Praxis-Professoren) und eine „innere Emigration“, die in einer krisenhaften Lage der Unzufriedenheit überborden könnte.

Der Partei-Philosoph wendet sich schließlich offen gegen die Forderung gemäßigter KP-Funktionäre – wie etwa dem slowenischen Präsidiumsmitglied Mitja Ribicic – „auf ein Buch mit einem anderen Buch zu antworten“, das heißt eine geistige Auseinandersetzung mit den Kritikern zu führen. Die Thesen des Fuad Muhic können somit eigentlich nur als Aufforderung an die Parteiführung verstanden werden, sich mit der Opposition – sprich: „Konterrevolution“ – administrativ, und das heißt polizeilich, auseinanderzusetzen.

Entführt oder ermordet: Liste nennt 76 Polen

KNA, Rom

Eine Liste von 76 polnischen Katholiken, die nach Folterungen unter ähnlichen Umständen wie der Geistliche Jerzy Popieluszko gestorben oder bei Demonstrationen ermordet worden sein sollen, veröffentlicht die katholische italienische Wochenzeitschrift „Prospettive nel Mondo“ in ihrer nächsten Ausgabe. Die Liste ist auf geheimen Wegen aus Polen nach Italien gelangt.

Der Direktor der Zeitschrift, Gianpaolo Cresci, teilte am Wochenende mit, die in der Liste aufgeführten Personen seien „nach dem Regierungsantritt von General Jaruzelski im Jahre 1981“ entführt und ermordet worden oder „verschwunden“. 38 Bergbauarbeiter, Arbeiter und Studenten seien während Demonstrationen und Streiks in den Jahren 1981 bis 1983 ums Leben gekommen. 23 Personen sollen infolge von Mißhandlungen im Gefängnis oder bei Verhören gestorben, acht auf mysteriöse Weise verschwunden sein. Alle Aufgeführten hätten der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ nahegestanden.

Zwei besonders tragische Fälle: Agata Kobylinska, die, obwohl sie schwanger war, verhaftet und im Gefängnis so geschlagen worden sein soll, daß sie erst ihr Kind verlor und dann an den Mißhandlungen starb; der 17jährige Emil Barchanski, dessen Leiche man grauenhaft verstümmelt in der Weichsel gefunden haben soll.

Radio Freies Europa „feindliches Zentrum“

dpa, Warschau

Die polnische Generalstaatsanwaltschaft hat gestern in einem in allen Zeitungen veröffentlichten Kommuniqué die Bürger vor Zusammenarbeit mit „feindlichen Zentren“ gewarnt. Als Beispiele wurden vor allem der amerikanische Sender „Radio Freies Europa“ mit Sitz in München, die Emigrantenzeitschrift „Kultura“ und der Verlag „Kontakt“ in Paris sowie das Koordinierungsbüro der in Polen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ in Brüssel genannt. Die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen sei strafbar, hieß es, und zur Verteidigung der Interessen von Staat und polnischen Bürgern sollten Schuldige „konsequent und streng“ zur Rechenschaft gezogen werden. Die genannten Institutionen arbeiteten mit Geheimdiensten feindlicher Staaten zusammen und zielten auf eine Destabilisierung des polnischen Staates.

Den Deutschen verbunden

Von H. J. SCHILDE

Kaum ein Land wird international so mißverstanden wie Finnland. Dieser Stoßseufzer stammt von keinem geringeren als Präsident Mauno Koivisto, der heute Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu einem Staatsbesuch empfängt. Der Sozialdemokrat Koivisto löste 1982 Urho Kekkonen ab, der als Politiker der Bauernpartei das gemacht hatte, was sich kein anderer bürgerlicher Politiker in Skandinavien hätte erlauben können: eine enge Freundschaft mit der Sowjetunion zu etablieren.

Daher ist es kaum verwunderlich, wenn selbst 55 Prozent der Schweden, die es als Nachbarn wissen sollten, glauben, Finnland sei ein sozialistisches Land. Ein Irrtum. Denn die junge Republik ist konservativer und bürgerlicher als die übrigen skandinavischen Länder.

Nur bei zwei Reichstagswahlen konnten Sozialdemokraten mit *Sozialisten und Kommunisten* eine knappe parlamentarische Mehrheit erringen. Während 1958 der kommunistisch dirigierte Volksdemokratische Verband noch 23,2 Prozent der Stimmen bekam, war das Ergebnis der letzten Reichstagswahl von 1983 für die Kommunisten schockierend: Nur noch 13,5 Prozent stimmten für die linke Koalition. Dagegen verzeichneten die Bürgerlichen mit 22,1 ihren in der finnischen Geschichte größten Erfolg, nur noch übertroffen durch die 27 Prozent der Sozialdemokraten.

Bestimmend für Finnlands Nachkriegspolitik ist das Stichwort der Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinaus. Für Bürgerliche wie Sozialdemokraten gilt es, Finnland am Leben und Überleben zu erhalten. Doch dieser Kampf um das Überleben zeigt sich allerdings auch immer wieder im Stillhalten russischen Provokationen gegenüber. Finnland schwieg über die russische Invasion in Afghanistan und über den Abschuß des koreanischen Jumbo-Jets. Auch der Absturz des russischen Marschflugkörpers über Lappland rief keinen Protest hervor.

Norwegische Befürchtungen dagegen, die Finnen würden in Lappland die Russen bei einem eventuellen Angriff auf Norwegen nicht stoppen, führten zu fast hysterischen Reaktionen in Helsinki. Ein Zeichen dafür, daß Vorsicht und Angst vor dem mächtigen Nachbarn Finnlands Außenpolitik in hohem Maße mitbestimmen. Nicht umsonst spricht man vor allen Dingen in Schweden durchaus mit einem gewissen Neid davon, daß die Finnen die Japaner des Nordens seien.

Langsam, aber gründlich, mit der ihnen eigenen Zähigkeit sowie einer streng kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat sich Finnlands Industrie aus dem Bauernland der zweiten Republik unter Kekkonen entwickelt. 1984 zeigt der finnische Außenhandel einen Überschuß von

Mauno Koivisto ist seit drei Jahren Präsident FOTO: CAMERA PRESS

6,2 Milliarden Finnmark. Die wichtigsten Handelspartner sind die Sowjets, gefolgt von Engländern und Schweden. Doch bereits an vierter Stelle liegt die Bundesrepublik Deutschland. Den wirtschaftlichen wie außenpolitischen Beziehungen zu Bonn wird von seiten der Finnen Vorrang eingeräumt. In Skandinavien hat die Bundesrepublik nirgends so viele gute Freunde wie in Finnland. Obwohl die „DDR“ immer wieder versucht, durch eine große Anzahl diplomatischer Mitarbeiter den Eindruck zu erwecken, sie vertrete Deutschland in Helsinki.

Einrichtungen in Finnland, wie zum Beispiel die deutsche evangelische Gemeinde, sind von „DDR“-Bürgern unterwandert worden. Sehr beliebt ist die wichtigste Bonner Kultureinrichtung in Helsinki, die deutsche Schule. Aufgrund der eigenen demokratischen Tradition fühlt sich Finnland mit der Bundesrepublik und ihrem freiheitlichen System mehr verbunden als mit der „DDR“. Typisch für das Verhältnis zwischen Finnen und Deutschen mag die Aussage eines finnischen Diplomaten sein: „Die DDR versucht, uns glaubhaft zu machen, sie könne kulturell und wirtschaftlich dasselbe wie die Bundesrepublik leisten. Wir wissen, daß dies nur Worte sind. Aus der Bundesrepublik bekommen wir alles, was wir brauchen.“

Finnland ist für die Sowjetunion zum wichtigen wirtschaftlichen Mithelfer geworden. Zu Tausenden arbeiten Finnen in der UdSSR. Jetzt werden sie in Tallin (Reval) einen neuen Hafen bauen. Ihr wirtschaftliches Know-how, aber auch ihre avancierte Technologie haben den Sowjets bereits aus so manchem Engpaß herausgeholfen und für die finnische Wirtschaft Kontinuität über Jahre hinaus bedeutet. Doch dies hat alles mit dem international so gerne gebrauchten Wort von der Finnlandisierung nichts zu tun. Der Stoßseufzer von Präsident Koivisto ist verständlich. Denn während 1944 Finnland innen- wie außenpolitisch ganz und gar von Stalins Wohlwollen abhängig war, so ist das Land heute zwar neutral, aber politisch eigenständig.

Koivisto bestätigt den Grundsatz aller Finnen: Eigentum und Boden ist heilig. Deshalb sind nur 20 Prozent aller Firmen staatlich. Und die stärkste Achse der Macht ist die zwischen Arbeitgebervereinigung und dem zentralen Gewerkschaftsverband. Hier wird Finnlands Wirtschaftspolitik bestimmt. Sie ist pragmatisch ausgerichtet. Der kommunistische Gewerkschaftsführer Jarl Sund : Nur mit einer parlamentarischen Mehrheit von 75 Prozent könnten Erneuerungen des Grundgesetzes, das eben Privateigentum als heilig erklärt, durchgeführt werden. Finnland ist 50 Jahre nach Kriegsende eine Hochburg des Kapitalismus.“

Nach wie vor bestimmt der einzigartige Freundschaftsvertrag von 1948 mit der UdSSR Finnlands Neutralität. Daran änderte auch der abgestürzte Marschflugkörper der UdSSR über dem Enaresee nichts. Eher ist der Wohlstand der Finnen den Russen ein Dorn im Auge. Sie haben nun den Finnen für 1985 60 000 Passagierplätze der täglichen Fährverbindung nach Tallin gestrichen. Der Grund: Die Verbrüderungsszenen zwischen beiden Völkern, deren Sprache fast identisch ist, sowie ein blühender Schwarzmarkthandel mit Jeans und Radios gegen Wodka könnten nationalistische Tendenzen im Baltikum verstärken.

Als Jan Rem attackiert Jerzy Urban die Genossen

Von EDWARD KLIMCZAK

Als „Gipfel politischer Betrügereien“ bezeichnete vor kurzem die polnische Wochenzeitung „Rzeczywistość“ (Wirklichkeit) einen polemischen Artikel von Jan Rem, der gleichzeitig in vier regierungsnahen Blättern – „Tu i teraz“, „Zycie Warszawy“, „Zolnierz Wolności“ und „Rzeczpospolita“ — erschienen war.

Ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang in den regierungskontrollierten Medien Polens. Denn unter dem Namen Jan Rem läßt – wie allgemein bekannt ist – der amtierende Regierungssprecher Jerzy Urban gelegentlich seine Attacken publizieren: mal gegen die polnische Kirche, mal gegen die Kritiker, wenn nicht sogar Feinde, aus den „eigenen Reihen“, zu denen mit Sicherheit die dem stalinistisch-nationalistischen Flügel in der Partei zugerechnete „Rzeczywistość“ gehört.

Diese als Sprachrohr der „Patriotischen Bewegung Grunwald“, des mittleren Parteikaders und vor allem des Sicherheitsdienstes geltende Wochenzeitung sparte Mitte Januar nicht mit Kritik an den „habgierigen und mißratenen Entscheidungsträgern“, die „alle Vorteile und Ehren“ beibehalten sollen, wenn sie zurücktreten. Vielerlei „Mechanismen“ seien an den „falschen Handlungen“ schuld, erzeugen mitunter „Opportunismus, Passivität und Ratlosigkeit“. Es sei aber vorauszusehen, wer denn in die Wüste geschickt werde müsse. Das „feindliche Werk“ beruhe auch auf „Unwissen, Inkompetenz und vulgärem Eigennutz“.

Dies wertete Jan Rem alias Jerzy Urban als einen „frontalen politischen Angriff“ gegen die Regierung. Nur „demagogische Gegner des Sozialismus“ kämen auf die Idee, den Regierenden an Veruntreuungsaffären verschiedener Beamten und Mißständen in der Wirtschaft schuld zu geben und ihre Ablösung gegen Beibehaltung aller Privilegien zu fordern. Dies sei 1981 die These Stefan Bratkowskis (eines der bekanntesten Journalisten Polens) gewesen. Mit ihren böswilligen und argumentlosen Unterstellungen habe sich „Rzeczywistość“ in der Nähe der Untergrundzeitschriften der verbotenen Gewerkschaft Solidarität und der Pariser Exilzeitschrift „Kultura“ angesiedelt.

Solidarität habe der Staatsmacht permanente Unfähigkeit zu effektiven Handlungen vorgeworfen. „Verschonte Marodeure“ der Solidarität würden im amerikanischen Sender Freies Europa in München solche Vorwürfe wiederholen. „Rzeczywistość“ habe bewußt und überlegt einen böswilligen Angriff gegen die Regierung unternommen. Die „Betrügerei“ Rems, konterte „Rzeczywistosc“, bestehe unter anderem darin, daß er die Worte „habgierig und mißraten“ unterschlage. Er beweise seine Ignoranz, indem er außer acht lasse, daß ein „Entscheidungsträger“ genauso gut „Minister Urban oder auch Vorarbeiter Kowalski“ sein könne.

„Gibt es denn in der so verstandenen Gruppe keine „habgierigen und mißratenen Entscheidungsträger?“, fragt „Rzeczywistość und zeigt mit dem Finger auf Jerzy Urban, der als Regierungssprecher eigentlich die Funktion eines Ministers für Information innehat und in einem zentralistisch regierten totalitären Staat in der Lage sein müßte, solch giftigen Angriffen gegen sich selbst mühelos vorzubeugen.

Diese Angiftungen offenbaren einen harten Kampf zwischen dem auf Machterhaltung bedachten Flügel des Generals Jaruzelski und der ebenfalls kommunistischen Clique der Grunwald-Hartköpfe. Ihr geistiger Vater war der Partisanengeneral Moczar; ihr jetziger Mäzen dürfte Divisionsgeneral und Politbüro-Mitglied Milewski sein, der 1981 als Innenminister abgesetzt wurde.

Der nationalistische „Parteibeton“ will mit allen Mitteln gegen die Opposition und die polnische katholische Kirche vorgehen. Er scheint stark genug zu sein, um Jaruzelski Paroli zu bieten und nach den Rückschlägen im Thorner Prozeß um die Ermordung des Kaplans Popieluszko die Absetzung von Jaruzelski-Vertrauten zu fordern.

Die Flüsterpropaganda in Warschau will, daß zunächst die Köpfe der weniger „patriotischen“ – angeblich wegen ihrer jüdischen Abstammung – „Entscheidungsträger“, wie Urbans und des stellvertretenden Premierministers Rakowski, rollen sollen.

Um seinen Machtanspruch von Moskau bestätigt zu wissen, muß Jaruzelski die Opposition gezähmt halten, wenn nötig auch mit Hilfe der Kirche. Die auf Gewaltanwendung ausgerichteten „Beton-Köpfe“ können die Scheinnormalisierung nur stören und Polen wieder zum Unruheherd werden lassen.

Beim Durchfliegen von Zeitzonen hält sich die biologische Uhr des Menschen nicht an die Weltzeit. Wegen dieser Phasenverschiebung kommt es zu unangenehmen Begleiterscheinungen, dem „Jet Lag". Sorgt eine „Jet-Pille" jetzt für Abhilfe?

Großversuch soll zeigen, warum die innere Uhr nach dem Mond geht



Langstreckenflüge stellen für die Reisenden eine große Belastung dar. Mediziner versuchen, die Folgen der Zeitverschiebung in den Griff zu bekommen. FOTO: GEORG FISCHER/VISUM

Von ADALBERT BÄRWOLF

Jedes Lebewesen hat eine innere biologische Uhr. Es gibt Bohnen, die ihre Blätter im 24-Stunden-Rhythmus bewegen. Diese Bewegung ist normalerweise an den Tag-Nacht-Wechsel angepaßt. Wenn die Sonne scheint, stellt die Bohne ihre Blätter nach oben. Wird es dunkel, klappt die Bohne die Blätter zurück. Diese rhythmische Bewegung behält sie auch bei, wenn sie ständig in Dunkelheit lebt. Und kein Biologe weiß, wie diese innere Uhr funktioniert.

Ein intensives Forschungsobjekt auf diesem Gebiet ist der Einzeller Gonjaulax. Dieses einzellige Lebewesen zeigt im 24-Stunden-Ablauf eine ausgeprägte rhythmische Verhaltensweise. Doch nicht nur Pflanzen und sogenannte niedere Tiere sind den Tag-Nacht-Rhythmen unterworfen.

Auch der Mensch lebt natürlich nach dieser Uhr. Das wissen wir zwar seit mehr als hundert Jahren. Dem Zeitgenossen, der um die Erde jettet, macht dieser Biorhythmus aber erst heute am meisten zu schaffen. Das ist der „Jet Lag" im Sprachgebrauch des Laien, der psychophysiologische Effekt, der als „Circadianer Rhythmus" oder auch als „Desynchronosis" im Fachjargon der Luftfahrtmediziner bezeichnet wird.

„Jet Lag" ist keine Krankheit, lediglich eine zeitlich begrenzte Konditionsschwäche, ein unangenehmes Anhängsel an zehn Stunden gemütliches Fliegen im bequemen Sessel 10 000 Meter über der Erde durch die Zeitzonen der Welt. Der deutsche Luftfahrtpionier Hubertus Strughold hat „Jet Lag" mal so definiert: Es ist eine Phasenverschiebung zwischen den zeitlichen, physiologischen Erfordernissen des Körpers und der örtlichen Situation. Der durch Wechsel von Schlaf und Aktivität geprägte physiologische Rhythmus, der eng an den durch die Erdrotation hervorgerufenen Tag-Nacht-Zyklus gekoppelt ist, wird in kürzester Zeit beim Durchfliegen von einem halben Dutzend Zeitzonen gestört.

„Jet Lag" kann in puncto Sicherheit Konzentrationsschwäche oder Leistungsminderung bedeuten. Wie intensiv können diese Störungen sein? Wo liegen die Toleranzgrenzen, bei deren Überschreiten Gefahr droht?

Daten sind unter Verschluß

Wie stark sind Piloten von der „Desynchronosis" befallen, die ständig bei unregelmäßigen Dienstzeiten und Schlafrhythmen Hunderte von Menschen in ihren großen Jets über die Luftstraßen der Erde befördern? Hat ein Pilot nach einem Elfstundenflug von Ost nach West die gleiche Reaktionsfähigkeit wie nach einem gleichlangen Flug von West nach Ost? Kann er nach einem Flug von Los Angeles nach Frankfurt bei den minimalen Sichtverhältnissen der Kategorie drei genauso sicher in den automatischen Anflug eingreifen wie bei einer Nebellandung in Los Angeles elf Stunden nach dem Start?

Akkumulieren sich die Störungen bei ständigem Hin- und Herrasen durch die Zeitzonen der Erde? In einem internationalen Großversuch haben jetzt Ärzte instrumentierte Besatzungen auf transpazifischen und transatlantischen Flügen begleitet. Die Besatzungen wurden unmittelbar nach der Landung in vorbereitete Isolierstationen flugmedizinischer Institute befördert. Dort lebte die Crew bis zum nächsten Einsatz. Jeder Herzschlag, jeder Atemzug, jeder Traum wurde registriert.

Temperaturmessungen waren ebenso wichtig wie Bestimmung der Sympathikus-Aktivität des autonomen Nervensystems. In ganz bestimmten Intervallen wurde den fliegenden Besatzungen Speichel abgenommen. Die Produktion von zwei Hormonen sollte genau gemessen werden. Dann ging es wieder in die Gegenrichtung. Dort am Ziel die gleiche Prozedur.

Die Einzelheiten der Studie werden vorläufig nicht bekannt gegeben. Das gleiche gilt für die beteiligten Luftverkehrsgesellschaften und die betroffenen luftfahrtmedizinischen Institute. Die WELT, der Einzelheiten bekannt sind, wird ihre Informationen erst nach Freigabe der Daten veröffentlichen.

Beim „Jet Lag" geht unsere physiologische Uhr nach dem Mond. Unser Biorhythmus ist auf den Tag-Nacht-Zyklus am Abflugort eingestellt. Diese Uhr läuft mit der am Zielflughafen nicht synchron. So ist man nicht zur gewohnten Zeit hungrig oder schläfrig. Die Störungen können über mehrere Tage anhalten. Nach Ansicht der deutschen Flugmediziner Klein und Wegmann reagieren unterschiedliche Typen von Menschen unterschiedlich auf die Störungen des Biorhythmus.

„Morgenmenschen" reagieren anders als „Abendmenschen". Auch introvertierte und hoch neurotische Typen verhalten sich anders als extrovertierte. Älteren Personen scheint „Jet Lag" mehr Schwierigkeiten zu bereiten als jüngeren Menschen.

Hilfe von der Pharmazie

„Jet Lag" umfaßt eine breite Problemskala. Wer mit Fieber von Frankfurt nach Los Angeles fliegt, hat nicht am späten Nachmittag Höchsttemperatur, sondern morgens nach kalifornischer Zeit. Die biologische Uhr tickt zunächst weiter in dem alten Rhythmus.

Die Wissenschaft ist auf dem besten Weg, dem unangenehmen „Jet Lag" auf die Schliche zu kommen. Eine „Jet-Pille" ist wahrscheinlich die Lösung. Die Chemie wird dafür sorgen, daß unsere biologische Uhr schneller im Takt der Weltzeit tickt, zu der wir in Mißachtung der Tag-Nacht-Zyklen gejettet sind.

Wie werden unsere Wälder mit den extremen Smogbelastungen fertig?

Eine detaillierte Bewertung aus forstwirtschaftlicher Sicht ist erst im Sommer möglich

Von KARL F. WENTZEL

Am 17. Januar 1985 wurde Smog-Alarm Stufe II im Ruhrgebiet ausgelöst. Schwefeldioxid-Konzentrationen zwischen 600 und 900 Mikrogramm (Millionstel Gramm) je Kubikmeter Atemluft wurden tagelang anhaltend auch in Kassel, Düsseldorf und Köln und vorübergehend auch in Hamburg, Bremen, Hannover, Braunschweig und den Städten des Rhein-Main-Gebietes gemessen.

Aber noch höhere Schwefeldioxid-Belastungen als in den Städten wurden in den Wäldern des Harz, im Sauerland, auch in Nordhessen registriert. Spitzenwerte der Schwefeldioxid-Anreicherung in der Waldluft erreichten Stundenmittelwerte von 2000 Mikrogramm. Die Stickoxide aus den Autoabgasen spielten bei diesen Vorgängen nur eine untergeordnete Rolle.

Reduzierte Aufnahme von Schwefeldioxid im Winter

Über die Gesundheitsbelastung für die Menschen ist in jenen Tagen viel gesprochen und geschrieben worden. Inzwischen aber wird immer häufiger gefragt: Wie ist der extreme Smog den Wäldern bekommen? Für die Wälder gibt es kein Warnsystem – sie leiden still. Aber sie sind zehnfach empfindlicher gegen Schwefeldioxid als Mensch und Tier. Schon Tagesmittelwerte um 50 Mikrogramm je Kubikmeter Luft können sie schwer schädigen.

Die Betonung liegt auf „können", sie brauchen es nicht. Wieso das? Wäre die Smogperiode im Juni oder Juli gekommen, d. h. in der Jahreszeit, wo die Photosynthese der Pflanzen auf vollen Touren läuft, hätte sie vielen ohnehin geschädigten Wäldern den Rest gegeben. Aber der Smog kam im Winter. Zu dieser Zeit haben die Laubbäume ihre Blätter abgeworfen. Die Assimilation ruht. Allerdings finden in den Bäumen auch dann noch Stofftransporte in geringem Umfang statt. Auch die Immergrünen (das sind zum Beispiel Fichten, Kiefern, auch Wintergetreide, Grasarten) schränken im Winter ihre Stoffwechselaktivität erheblich ein. Insgesamt ist die Vegetation während der „Winterruhe" gegenüber Luftverunreinigung also weniger empfindlich als in der Vegetationszeit. Aber sie ist nicht völlig geschützt.

Bei Begasungsversuchen mit radioaktiv markiertem Schwefeldioxid wurde nachgewiesen, daß dieser Schadstoff auch im Winter in die Fichtennadeln eindringt. Die Anreicherung kann gemessen werden. Auch in die Buchenknospen gelangt im Winter Schwefel aus der Luft. Mit der winterlichen Schwefelaufnahme in die Fichtennadeln stieg bei den Begasungsversuchen die Peroxidase-Aktivität. Peroxidase ist ein Entgiftungs-Enzym der Pflanzen. Es wird bei Aufnahme von phytotoxischen Luftverunreinigungs-Substanzen auch während der Winterruhe vermehrt produziert und zeigt die Abwehrreaktion der Pflanze auf eindringendes Gift.

Zur Beurteilung nun, ob die Januar-Smogperiode die Wälder besonders geschädigt hat, muß vor allem die Temperatur herangezogen werden. Die Intensität des Stoffwechsels der Immergrünen sinkt mit den Minusgraden. Sie wird unterhalb von minus sieben Grad Celsius praktisch eingestellt.

Baumbestände in höheren Regionen sind gefährdet

Andererseits aber mindert eine Immissionsvorbelastung der Nadelbäume – wie sie leider für unsere Wälder angenommen werden muß – die Frosthärte der Nadeln. Frost und Luftverunreinigung kombinieren sich also hier in sehr unheilvoller Weise. Auch das ist ein Grund für die besondere Gefährdung gerade der Wälder in den höheren Berglagen.

Wir können nur hoffen, daß die Minusgrade während der Smogperiode in den Wäldern tief genug waren, um keine nennenswerte Assimilation zuzulassen, aber nicht so tief, daß sie den Bäumen schwere Frostschäden zugefügt haben. So unbefriedigend es auch ist: Letztlich werden wir erst im Sommer beurteilen können, wie das Januar-Ereignis – „eine Woche lang 800 Mikrogramm Schwefeldioxid" – auf die Wälder wirkte.

Oberlandforstmeister i. R. Karl Friedrich Wentzel war sechs Jahre Naturschutzreferent im hessischen Umweltministerium und zwölf Jahre Leiter der ökologischen Abteilung in der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Wiesbaden.

Vergiftungen bleiben oft unerkannt

Toxikologen fordern die Einführung von Schnellerkennungstests zur Routinediagnose

Von JOCHEN AUMILLER

Im Fernsehkrimi sieht immer alles so selbstverständlich aus: Der Giftmörder wird in der Regel überführt, dafür sorgt schon der Gerichtsmediziner. Die Realität ist nicht so mustergültig. Der Arzt muß nämlich erst eine Vergiftung als Todesursache in Erwägung ziehen, dann kann der Spezialist die „Fahndung im Labor" aufnehmen.

Das Institut für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Essen hat nun in einer wissenschaftlichen Arbeit über „Unerkannte Intoxikationen und ihre Fehldeutungen" recht anschaulich gezeigt, daß der Verdacht auf eine Vergiftung nicht immer auf der Hand liegt.

Dr. A. Klöppel und Prof. Dr. G. Weiler von der Essener Rechtsmedizin haben 37 unerkannte Intoxikationen, mit denen sie in den Jahren von 1981 bis 1984 zu tun hatten, analysiert. In 23 Fällen tauchte der Verdacht auf eine Vergiftung erst gar nicht auf. Die Diagnosen ließen ein Organversagen vermuten. Bei drei Patienten lautete die Erstdiagnose Herzversagen. Erst nach ihrem Tod stellte sich heraus, daß es sich um Arsen- oder Strychninvergiftungen gehandelt hat.

Aber nicht nur Intoxikationen mit den in der Vergangenheit so häufig benutzen „Schwiegermuttergiften" Arsen und Strychnin bleiben besonders häufig unerkannt, auch andere Vergiftungen fallen nach Erkenntnissen der Wissenschaftler ähnlich häufig durch den Diagnose-Raster. Klöppel und Weiler: „Aus den Untersuchungen ergibt sich kein Hinweis auf Gifte, die besonders häufig unerkannt bleiben."

In der Öffentlichkeit herrschen oft falsche Vorstellungen über die Häufigkeit von Vergiftungen. Wie der Toxikologe Dr. Max Daunderer in der Münchner Medizinischen Wochenschrift schreibt, ist „die Anzahl der in deutschen Kliniken zu behandelnden Vergiftungen etwa viermal höher als die der Herzinfarktpatienten". Eine erschreckende Vorstellung. 1982 wurden allein in München mehr als 10 000 Patienten mit der Verdachtsdiagnose einer Vergiftung mit Krankenwagen in die Klinik transportiert.

Alles hängt vom raschen Giftnachweis ab. Deshalb fordert Daunderer: Die Klinikärzte sollten häufiger die Möglichkeit einer Vergiftung bei den notfallmäßig eingelieferten bewußtlosen Patienten in Betracht ziehen.

Die Analysenmethoden der Toxikologen sind ausgefeilt. Doch an mögliche Vergiftungen wird bei Diagnosen kaum gedacht. FOTO: SVEN SIMON

„So wie jeder Industriebetrieb die bei einem Unfall freiwerdenden Giftgase diagnostizieren können muß, sollte jeder Klinikarzt möglichst rasch wissen, ob sein Patient eine Vergiftung hat oder nicht.

Es gibt eine große Anzahl von brauchbaren Schnelltests, auf die jedoch leider meist verzichtet wird. Klinikärzte verlassen sich meist lieber auf die vagen Angaben von Selbstmördern, ja sogar von Mördern, oder auf Hinweise von Laien und bauen darauf ihre oft aufwendige Therapie auf."

Diese Situation ist um so gravierender, als schon seit zehn Jahren bekannt ist, daß in etwa 60 Prozent der untersuchten Fälle das ursprünglich vermutete Gift durch den spezifischen Nachweis nicht gefunden wird, unter anderem, weil ein anderes Gift eine wesentliche Rolle spielt, etwa Arsen bei einer Alkoholvergiftung.

Die Behandlung eines Vergifteten in der Klinik ohne sofortigen Giftnachweis vergleicht Daunderer mit der Behandlung eines Herzinfarktpatienten, bei dem der zuständige Arzt kein Elektrokardiogramm durchführt.

Letztlich sollte es in jeder Klinik einen Spezialisten geben, der sich mit Vergiftungen besonders gut auskennt. Gut ausgerüstete toxikologische Labors aber seien in der Bundesrepublik noch Ausnahmen. Nach Daunderer kostet ein solches Labor zwar nur ein Zehntel einer kardiologischen Einrichtung, dennoch gäbe es in Deutschland nur zwei solcher Labors.

Ob dadurch Mörder und Selbstmörder hierzulande ein leichteres Spiel haben?

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Gestank bleibt im Torf

Paris (DW.) – Eine französische Firma aus Valdampierre hat ein biologisches Desodorisierungsverfahren zur Bekämpfung von Geruchsbelästigungen entwickelt. Das Verfahren geht davon aus, daß viele störende Geruchskomponenten wie Amine, Mercaptane, und Aldehyde biologisch durch Mikroorganismen abbaubar sind. Die Störstoffe werden durch Adsorption auf einem Torfbett immobilisiert. Die in situ gezüchteten Bakterien wandeln dabei die Geruchsstoffe in Kohlendioxid und Wasser um.

Bayern zieht nach

München (dg.) – Nach Baden-Württemberg bietet jetzt auch Bayern erstmals einen Lehrgang für alternativen Landbau an. Er wird vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium in der Volkshochschule Feuerstein bei Forchheim für Absolventen der Landwirtschaftsschulen eingerichtet und schließt neben Fachvorträgen auch Besichtigungen von Betrieben mit unterschiedlichen Anbaumethoden ein.

Mineralien in der Medizin

Bonn (DW.) – Mangel wie auch Überschuß von wasserlöslichen Mineralien und Spurenelementen führen bei Menschen, Tieren und Pflanzen zu Störungen in den biologischen Abläufen. Um die medizinische Bedeutung dieser Stoffe bewußtzumachen, wurde jetzt die „Gesellschaft für Mineralstoffe und Spurenelemente e. V." gegründet. Erklärtes Ziel ist die Förderung der medizinischen und naturwissenschaftlichen Grundlagen- und angewandten Forschung in Diagnostik und Therapie. Anträge zur Aufnahme in die Gesellschaft können direkt an den Generalsekretär, Dr. Martin Stahl, 3014 Laatzen, Brunirode 96, gerichtet werden.

Abfall als Lehrstoff

Frankfurt (gur.) – „Abfall – Verwertung und Beseitigung" ist der Titel der fünften Umweltschutzfibel, die die Kommission Umweltschutz beim Wirtschaftsrat der CDU soeben herausgebracht hat. Sie beschreibt anhand neuester Daten und Fakten die Gesamtpolitik der Abfallbeseitigung und zeigt Lösungsansätze für eine sinnvolle Abfallwirtschaft auf. Nach Angaben der Herausgeber liegen für die in 340 000 Exemplaren ausgelieferten Fibeln beim CDU-Wirtschaftsrat (Fritz-Schäffer-Str. 13 5300 Bonn 1) bereits Bestellungen von Lehrern für „einige 1000 Klassensätze" vor.

Quo vadis, Computer?

Frankfurt (DW.) – Am deutschen Heimcomputermarkt wird spätestens in diesem Jahr der Höhepunkt in der Absatzentwicklung überschritten. Diese Prognose stellt die Frankfurter Managementberatungsfirma Diebold in ihrer jetzt veröffentlichten Mikrocomputer-Studie. Für dieses Jahr erwartet Diebold einen Absatz von rund 590 000 Mikrocomputern in der Kaufpreisklasse bis 1500 DM. Das ist die Gruppe, in der die Heimcomputer angesiedelt sind. In den folgenden Jahren wird der Absatz langsam, aber stetig sinken und 1989 einen Jahresabsatz von 400 000 Einheiten erreichen. Wesentliche Ursache ist eine allmähliche Sättigung dieses Teilmarktes, der 1990 auf 3,75 Millionen Stück zusteuert.

Neutronen gegen Krebs

Bonn (KU) – Der Einsatz von Bor und Neutronenstrahlen ist eine der wenigen Behandlungsmöglichkeiten für Menschen, die an einem Gehirntumor leiden. Die dem Patienten verabreichte Borverbindung wird in den Krebszellen des Gehirns eingelagert. Durch anschließende Neutronenbestrahlung wird das Bor radioaktiv. Das Problem bei dieser Art der Behandlung besteht darin, die maximale Dosis auf die Krebszellen zu konzentrieren, ohne das gesunde Gewebe zu beschädigen. Zwei Wissenschaftler des Kernforschungslabors der Zentralen Elektrizitätsbehörde in Berkeley haben eine Methode entwikckelt, bei der Neutronen in kurzen Stößen zur Kopfmitte dringen. Sie arbeiten mit einem Forschungslabor in Harwell zusammen, das die einzigen Reaktoren für die geeignete Dosierung hat.

EISHOCKEY

Meister Köln jetzt ohne Illusionen

sid, Düsseldorf

Jozef Golonka ist zwar Berufsoptimist, aber der Trainer des Eishockey-Bundesligaklubs Kölner EC gibt sich keinen Illusionen mehr hin: „Alles andere als ein Meisterschaftsfinale SB Rosenheim – ERC Mannheim wäre jetzt eine große Überraschung."

Köln kommt heute zumindest in den Genuß eines weiteren Heimspiels und einer guten Einnahme, aber ob der Titelverteidiger nach den 3:4- und 3:5-Niederlagen die moralische Kraft besitzt, sich nochmals aufzubäumen, muß zumindest bezweifelt werden. Mannheim drängt auf eine schnelle Entscheidung. „Es ist viel zu gefährlich, an die Kasse zu denken und es auf ein viertes Spiel ankommen zu lassen", sagt Kapitän Harold Kreis. Heute (19.30 Uhr) soll in Köln für klare Verhältnisse gesorgt werden.

Nicht anders wird in Rosenheim die Situation nach zwei Halbfinal-Begegnungen beurteilt. Torwart Karl Friesen, ab Herbst in der nordamerikanischen Profi-Liga unter Vertrag, sagt selbstsicher: „Wir richten uns auf ein Endspiel gegen Mannheim ein, und ich möchte den Titel als Abschiedsgeschenk erobern." Seine Mannschaft kann im dritten Play-off-Spiel heute (19.30 Uhr) vor eigenem Publikum alls klarmachen, denn der ESV Kaufbeuren konnte bislang mit 8:1 und 3:2 besiegt werden. Kaufbeurens Obmann Fritz Medicus: „Es müßte schon ein Wunder geschehen, wenn wir im Rennen bleiben sollten – vielleicht haben die Rosenheimer zu viel gefeiert." Vor allem aus finanziellen Gründen hätte sich Medicus ein zweites Heimspiel gewünscht.

FUSSBALL-EUROPAPOKAL / Morgen deutsch-italienische Vergleiche – Rummenigge muß auch gegen seine Kritiker spielen

„Ich erwarte zwei Superspiele" – diese Vorfreude teilen mit Teamchef Franz Beckenbauer Millionen von Fußball-Fans. Mit den beiden Viertelfinal-Hinspielen Bayern München – AS Rom und Inter Mailand – 1. FC Köln findet morgen der erste Akt im deutsch-italienischen Vergleich statt. Hans-Peter Briegel (Verona), der am Sonntag gegen Rom spielte, warnt allerdings die Münchner. Das Olympiastadion in München (78 000 Plätze) ist noch nicht ausverkauft. Bayern-Manager Uli Hoeneß glaubt: „Es kommen 60 000 bis 70 000 Besucher." Da die Münchner mit wenigstens 60 000 Fans rechnen, dürfen sich die deutschen Fans auf eine Original-Übertragung im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) freuen. Die Mailänder dagegen machen mit drei Millionen Mark ein Rekord-Geschäft.

Briegels Warnung: „Rom ist nicht in Form, aber laßt euch nicht täuschen."

MARTIN HÄGELE, Bonn

Die Leitung war ständig belegt. „Geschäfte", sagt Peter Briegel, „ich habe viel zu erledigen und manches in der Stadt." Deshalb ist er schon am Sonntag heimgefahren auf den Bauernhof der Eltern in Rodenbach bei Kaiserslautern. Am Mittwoch geht's wieder zurück nach Verona. Mit einem Stopp in Mailand. Inter gegen den 1. FC Köln möchte er sich anschauen, wenn es die Zeit erlaubt.

Der deutsche Nationalspieler, der auf dem Stiefel zu einem internationalen Star aufgestiegen ist, will sehen, wie sich die Kollegen Toni, Litti und Klaus Allofs gegen Kalle Rummeniges Mailänder ihrer Haut wehren. Freilich wäre Hans-Peter Briegel eher ein Gesprächspartner für die Münchner Bayern vor dieser deutsch-italienischen Europapokalrunde. Der Antreiber des italienischen Tabellenführers hat am Sonntag gegen Bayern-Gegner AS Rom gewonnen.

Vom FC Bayern haben weder Trainer Lattek noch Manager Hoeneß in Briegels Bungalow in Verona oder nun in Rodenbach angerufen. Und als Briegel mit der Nationalmannschaft in Portugal unterwegs war, hat ihn der Bayern-Spieler Lothar Matthäus auch nicht um seinen Rat über AS Rom angegangen.

Briegel: „Was soll das auch. Die Bayern-Mannschaft hat sich unser Spiel am Sonntag in einem Münchner Fernsehstudio angeguckt. Was sollen die mich jetzt groß fragen. Auf dem Platz sieht hinterher sowieso meist alles ganz anders aus, als man vorher übers Spiel geredet hat."

Auch sie hätten am Sonntag im Verlauf des Spiels ihr Konzept geändert, erzählt Briegel. „Erst spielten wir Raumdeckung, aber das war eine Katastrophe. Bei Halbzeit sagte ich dann, die müssen wir gleich hart attackieren, und das klappte dann auch. Wir hätten nicht nur 1:0, sondern 3:0 gewinnen müssen."

Doch ob diese Methode, mit der Hellas Verona die Römer in die Knie zwang, auch für die Bayern geschneidert sei, da zweifelt der frühere Kaiserslauterer: „Ich weiß nicht, ob das hilft. Ich glaube nämlich, die Italiener werden in München mit einer ziemlich veränderten Mannschaft antreten. Nicht nur mit einer Spitze, sondern mit mindestens zwei, wenn nicht gar drei echten Angreifern." Soviel er mitbekommen habe, planten die Römer im Olympiastadion den Einsatz von Torjäger Pruzzo, „wahrscheinlich wird auch Weltmeister Graziani dabeisein, und mit Sicherheit ändern die auch ihr Mittelfeld", meinte Briegel.

Solche Tricks gehören im italienischen Fußball dazu, um die internationale Konkurrenz zu bluffen. Auch der ehemalige Kapitän des 1. FC Kaiserslautern kennt inzwischen diese Mätzchen mit getürkten Aufstellungen. „Die sind zwar im Moment nicht in Form, aber die Bayern sollten sich von den Bildern nicht täuschen lassen." Wie stark ist der italienische Pokalsieger nun wirklich? Briegel: „In der Bundesliga würde es für AS Rom mit Sicherheit zu einem UEFA-Cup-Platz reichen."

Welchen Tip könnte Briegel seinen Landsleuten geben? „Viele Flanken auf Dieter Hoeneß", so Briegel. Diese Erfahrung habe er gewonnen. „Technisch nehmen es die italienischen Profis mit allen auf, aber vor Kopfballspezialisten haben sie Angst." Und wie stark Dieter Hoeneß bei Kopfbällen ist, kann der Hüne Briegel nach etlichen Duellen mit dem langen Münchner nur zu gut beurteilen.

Daß er in Italien ständig an einem anderen Münchner, an Inter-Star Karl-Heinz Rummenigge, gemessen wird und bei diesem Zweikampf in Führung liegt, das tut dem als Kraftfußballer verschrienen Briegel gut. „Nach fünf Spielen haben die Kritiker erklärt, spätestens nach zehn Spieltagen stürzt Hellas Verona ab. Dann hieß es, spätestens nach zwanzig Spielen seien wir nicht mehr Tabellenführer. Jetzt sind's noch neun Spieltage bei fünf Heimspielen und zwei Punkten Vorsprung. Ich glaube, daß wir Meister werden und allen Skeptikern eins auf den Kopf geben."

So einfach beschreibt Peter seinen Freunden in der Pfalz den italienischen Fußball und den Triumph des Provinzklubs über die Großkopfeten und Reichen aus Mailand, Turin und Rom. Und er, Peter, ist das Symbol dieser Bewegung.

Allofs über Rummenigge: „Wenig überzeugend"

dpa/sid, Köln/Mailand

Das Spektakel wird gewaltig, das Stadion überfüllt. Geburtstagskind Harald Schumacher (31) erwartet morgen im Meazza-Stadion von Mailand San Siro ein Ständchen von 85 000 italienischen Fans, die Inter Mailand die höchste Einnahme im italienischen Fußball bescheren. Rekord-Eintrittspreise von 50 bis 115 Mark, dazu dann Geld für Werbung und Fernsehrechte, lassen beim Viertelfinale im UEFA-Cup gegen den 1. FC Köln über drei Millionen Mark in den Kassen klingeln.

„Wer ins Halbfinale kommt, weiß keiner. Das Publikum ist unser zwölfter Mann, das Heimspiel gewinnen wir 1:0." So die Prognose von Karl-Heinz Rummenigge, der Schumacher den weltbesten Torwart nennt („Der Toni war immer mein Problem") und eine Wette mit ihm aus Aberglauben abgelehnt hat. Der Grund: Jahrelang tippte er vor Duellen München – Köln auf einen Bayern-Sieg und verlor; erst als er dem Nationalmannschaftskollegen die Privatwette verweigerte, hieß es in seinem letzten Bundesliga-Jahr 4:2.

Ob Wette oder nicht, Schumachers Geburtstagswunsch versteht sich von selbst: „In Mailand ein 1:1 und zu Hause dann weiterkommen." Den angekündigten Hexenkessel sieht der Kölner Nationaltorwart dabei nicht als Nachteil, sondern als Stimulanz: „Ein volles Haus ist für mich Rauschgift!" Ob auch die jüngeren Kölner Spieler der Nervenprobe gewachsen sind, ist das große Fragezeichen.

Personell ist bei den Rheinländern vor der heutigen Abreise nach Mailand alles klar. Libero Steiner kommt nach seiner Sperre wieder für Lefkes ins Team; der in der Liga gesperrte Littbarski darf international stürmen. Gemeinsam mit Allofs bildet er das Duo, das von den Italienern mindestens ebenso gefürchtet wird wie auf der Gegenseite das Gespann Altobelli/Rummenigge. Die jeweiligen Gegenspieler haben beide Trainer schon bestimmt: Rummenigge hat es wieder mit Prestin zu tun, Inter-Kapitän Altobelli soll von Hönerbach ausgeschaltet werden. Trainer Ilario Castagner setzt auf Weltmeister Collovati als Kontrahent von Allofs und auf Ferri als Bewacher Littbarskis.

Am Sonntag beim 0:0 von Inter Mailand in Como hatte Rummenigge viel Glück, daß er nicht vom Platz gestellt wurde. Ähnlich wie Pierre Littbarski leistete er sich ein Revanchefoul, als er seinen Gegenspieler ohrfeigte. Gegen die Kölner kämpft er vor allem auch gegen seine Kritiker. Klaus Allofs sieht die Situation für Rummenigge so: „Er muß etwas für seinen Ruf tun. In Deutschland gibt es derzeit etwa drei oder vier gleichwertige Spieler." Für Klaus Allofs waren die Leistungen des Stars von Inter Mailand zuletzt in der Nationalelf „wenig überzeugend". Der 29 Jahre alte Stürmer ist selbstkritisch genug, sich so einzuschätzen: „Wenig berauschend."

NACHRICHTEN

Langer ohne Chance

Coral Springs (sid) – Der Amerikaner Curtis Strange gewann nach einem Stechen das 500 000-Dollar-Turnier der Profi-Golfer von Coral Springs in Florida. Nach vier Runden hatte er zusammen mit seinem Landsmann Peter Jacobsen mit je 275 Schlägen an der Spitze gelegen. Bernhard Langer aus Anhausen landete mit 287 Schlägen auf Rang 23.

Fußball: Heute Bundesliga

Düsseldorf (dpa) – In der Fußball-Bundesliga werden heute zwei Nachholspiele ausgetragen: Bayer Leverkusen erwartet Eintracht Frankfurt (19.30 Uhr), der VfL Bochum spielt gegen Borussia Mönchengladbach (20.00 Uhr).

Bischoff siegt in Turin

Turin (sid) – Sabine Bischoff aus Tauberbischofsheim gewan in Turin das dritte Weltcup-Turnier der Florett-Fechterinnen. Im Finale besiegte sie Mandy Nicklaus aus der „DDR" mit 8:4. Cornelia Hanisch aus Offenbach scheiterte in der Runde der letzten zwölf.

Handball-Sieg der „DDR"

Oslo (sid) – Mit einem Sieg der Auswahl der „DDR" endete in Oslo die B-Weltmeisterschaft der Handballer. Im Finale schlug der Olympiasieger von 1980 die Mannschaft der UdSSR mit 27:23. Für die A-WM 1986 in der Schweiz qualifizierten sich weiter Polen, CSSR, Ungarn und Spanien.

Barcelona führt klar

Barcelona (sid) – Der FC Barcelona liegt in der spanischen Fußball-Meisterschaft nach dem 27. Spieltag fast uneinholbar in Führung. Die Mannschaft des früheren Nationalspielers Bernd Schuster besiegte den FC Valencia mit 5:2 und hat nun elf Punkte Vorsprung auf den Zweiten Atletico Madrid.

EISKUNSTLAUF

Fischer auf Platz acht

DW. Tokio

Heiko Fischers Medaillen-Traum wird bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Tokio kaum noch in Erfüllung gehen: Statt auf dem erhofften Platz zwischen eins und drei nach der Pflicht geht der Stuttgarter heute als Achter in die Kurzkür. Bester Pflicht-Läufer war der letztjährige WM-Dritte Alexander Fadejew aus der UdSSR vor Europameister Jozef Sabovcik aus der CSSR und dem Franzosen Fernand Fedronic. Der zweite deutsche Starter, Richard Zander aus Wiehl, ist Elfter.

Ausgerechnet in der Pflicht, in der Heiko Fischer in diesem Jahr als weltbester Läufer erwartet werden durfte, hat der deutsche Meister seine Stärke eingebüßt. Das Fazit seines Auftritts: In der ersten Figur zu nervös, in der zweiten schlecht gelaufen, in der letzten war nichts mehr zu retten.

„Im Oktober läuft er die Pflicht immer wie eine Eins, und im Dezember werden die Bogen dann auf einmal schlecht", sagt Trainer Karel Fajfr. „Vielleicht kann man diese stereotypen Bogen über fünf Monate nicht in gleichbleibender Qualität halten. Das machen wir im nächsten Jahr anders."

Denn ein nächstes Jahr wird es für den Eiskunstläufer Fischer geben, obwohl er die Fortsetzung seiner Karriere von den Ergebnissen dieses Winters abhängig machen wollte.

STAND ● PUNKT

Neuer Star?

Explosiv reagierte sie bisher immer nur dann, wenn sie sich mit den leitenden Herren des holländischen Leichtathletik-Verbandes anlegte. So im vorigen Sommer, als sie gleich viermal hintereinander das 100-Meter-Soll für die Olympischen Spiele von Los Angeles nur um eine Hundertstelsekunde verpaßte und deshalb daheim in Rotterdam bleiben mußte. Holländische Kollegen verbürgen sich dafür: Was die aus Surinam stammende Nellie Cooman damals den Verbandsoberen im besten Rotterdamer Hafendialekt an den Kopf geworfen hätte, sei allemal nicht druckreif gewesen und habe die Fronten bis zum Sankt Nimmerleinstag verhärtet.

Am Sonntag, bei den Hallen-Europameisterschaften in Athen, war Sankt Nimmerleinstag. Da gewann die 20jährige sensationell den Sprinttitel über 60 Meter vor Weltmeisterin Marlies Göhr aus der „DDR". Die holländischen Funktionäre machten fleißig Bücklinge vor ihrem neuen Star, und das „Limburgs Dagblad" vermeldete verblüfft „die Geburtsstunde einer neuen Sprintkönigin".

Doch Marlies Göhr, die unverhofft Geschlagene, sah das alles ganz anders: Diese Niederlage habe sie allenfalls amüsiert, „denn über 100 Meter laufe ich ihr doch auf und davon." Der Sommer wird es bringen – so oder so.

K. Bl.

LEICHTATHLETIK / Klaus Just: In der Halle war kein Deutscher über 400 Meter schneller

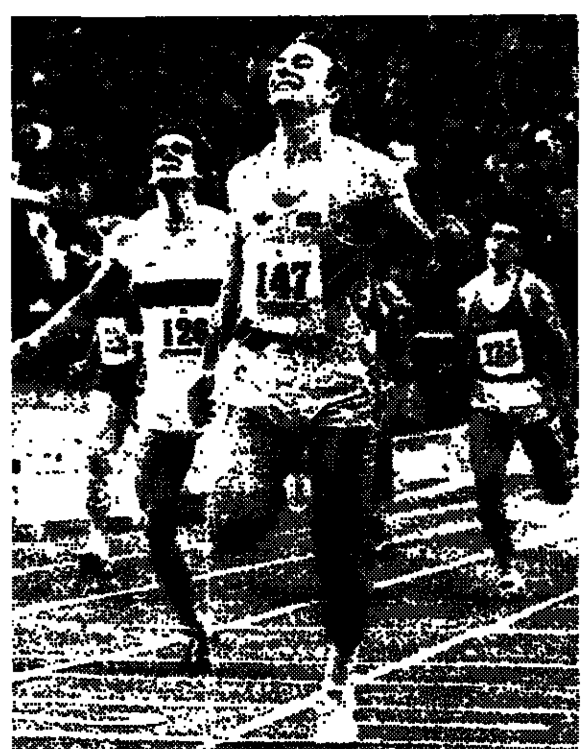
Die Mutter staunte: „Mein Gott, hat er Energie"

KLAUS BLUME, Bonn

Die Mutter hatte ihm vor dem Flug nach Athen noch einen Zettel auf den Küchentisch gelegt: „Guten Flug, Klaus, toi, toi, toi – und keine Angst vor Schönlebe." Thomas Schönlebe aus Karl-Marx-Stadt, einer der besten 400-m-Spezialisten der Welt, trat aber bei den Hallen-Europameisterschaften der Leichtathleten gar nicht an, und Klaus Just aus Köngen bei Stuttgart mußte sich im Finale auf den Engländer Todd Bennett konzentrieren, der vor ihm gewann. Die Zeiten: 45,56 : 45,90 Sekunden. So schnell wie Bennett lief in der Halle noch niemand über 400 m, und so schnell wie Just hatte zuvor in Deutschland auch noch niemand diese Strecke zurückgelegt.

Daheim in Köngen wartete deshalb gestern die gesamte Leichtathletik-Abteilung seines Heimatvereins, um in der Gaststätte „Fuchsgrube" ein ordentliches Faß aufzumachen. Peter Sturm, als Stuttgarter Polizeipräsident der Vorgesetzte des Wachtmeisters Just und Leichtathletik-Chef des neuen Just-Vereins Salamander Kornwestheim, versprach ebenfalls eine größere Feier – in zwei Wochen, wenn Just aus dem Trainingslager in Portugal zurückgekehrt ist.

Diese Feierlichkeiten gelten einem jungen Mann, der sich sechs Tage vor seinem 21. Geburtstag gewissermaßen im Handumdrehen in die europäische 400-m-Spitzenklasse eingereiht hat. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) schildert den Aufsteiger des Winters so: „Er kleidet sich jung, schick und modisch, die welligen, zum Teil getönten Haare sitzen immer wie frisch frisiert." Der „Sportinformationsdienst Düsseldorf" schreibt über ihn: „Sein Hinweis, neben Sport liebe er auch Diskotheken, paßt voll in das äußere Erscheinungsbild des 20jährigen." Wilhelm Thumm, Heimtrainer von Klaus Just, nennt dieses Bild jedoch „abnormal" und erläutert: „Klaus ist doch jemand, der sich 100prozentig für seinen Sport engagiert, und wenn wir weniger Trainingseinheiten erledigen, als es allgemein üblich ist, dann erledigen wir sie besonders intensiv. Es mag sein, daß er vielleicht zweimal im Jahr eine Diskothek aufsucht, aber sogar diese Zahl halte ich für hochgegriffen." Mutter Just sieht es nicht viel anders: „Mein Sohn ist ganz exakt, fast übergenau, wenn es um sein Training geht. Mein Gott, hat der Junge Energie."



Der Engländer Todd Bennett (rechts) war in Athen noch zu schnell für den neuen deutschen 400-m-Star Klaus Just (links), doch Justs Trainer Wilhelm Thumm meint: „Wenn die Zielgerade länger gewesen wäre, wer weiß, wie es dann ausgesehen hätte." FOTO: DPA

Was notwendig ist, um auf der 400-m-Strecke, diesem langgezogenen Spurt, Karriere zu machen. Im vorigen Jahr klappte es damit nicht. „Vielleicht lag es an der Lernerei für einen beruflichen Lehrgang", mutmaßt die Mutter. Trainer Thumm weiß sich noch heute keinen Rat: „Wo Fehler gemacht worden sind, ist mir noch immer unklar." Mit 46,10 Sekunden stand Just dann in der deutschen Bestenliste. Man ging damit ins Wintertraining, tat vor den Hallenwettkämpfen etwas für die Schnelligkeit – und auf einmal klappte es.

Planspiele: „Er sollte im Sommer die 400-m-Strecke beständig unter 46 Sekunden laufen können. Möglich, daß er in diesem Jahr schon den großen Sprung schafft." Das sagt Trainer Thumm. Währenddessen sprach Just in Athen von 44 Sekunden – freilich in der Staffel und somit gelaufen mit fliegendem Start.

Ziele: „Die Deutschen Meisterschaften im Sommer in Stuttgart, vor eigenem Publikum, vielleicht der Einzelstart beim Europacup-Finale in Moskau. Doch wie stark ist Europameister Hartmut Weber?" Der Trainer plant, die Konkurrenz allerdings wird und muß er immer im Auge behalten.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Riesenslalom-Weltcuplauf der Damen in Vail/Colorado: 1. Fernandez-Ochoa (Spanien) 2:26,88 Min., 2. Walliser (Schweiz) 2:27,49, 3. Schneider und Zoe Haas (beide Schweiz) je 2:28,12, 5. Hächer 2:28,57, ... 8. Epple-Beck 2:28,94, ... 12. Kiehl (alle Deutschland) 2:29,18. – Zwischenstand im Gesamtweltcup: 1. Figini (Schweiz) 221 Punkte, 2. Örtli (Schweiz) 187, 3. Walliser 164, 4. Kirchler (Österreich) 156, 5. Kiehl 151, 6. Hess (Schweiz) 136, ... 11. Epple-Beck 90.

SKI NORDISCH

Weltcup-Springen, 90-m-Schanze, in Lahti: 1. Felder (Österreich) 243,3 Punkte, 2. Nykänen 231,9, 3. Puikkonen (beide Finnland) 223,4, ... 12. Klauser (Deutschland) 177,3. – Stand im Weltcup im Skispringen: 1. Nykänen 189 Punkte, 2. Felder 169, 3. Vettori (Österreich) 137, ... 22. Klauser 30.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Düsseldorf – Kiel 17:22, Bergkamen – Gummersbach 19:20.

TENNIS

Turnier in Houston/Texas, Herren-Einzel, Finale: McEnroe (USA) – Curren (Südafrika) 7:5, 6:1, 7:6.

FUSSBALL

WM-Qualifikationsspiel, in Quito: Ecuador – Chile 1:1.

EISKUNSTLAUF

Weltmeisterschaft, Herren, Stand nach der Pflicht: 1. Fadejew (UdSSR) 0,6 Punkte, 2. Sabovcik (CSSR) 1,2, 3. Fedronic (Frankreich) 1,8, 4. Orser (Kanada) 2,4, 5. Boitano (USA) 3,0, 6. Kotin (UdSSR) 3,6, 7. Filipowski (Polen) 4,2, 8. Fischer 4,8, ... 11. Zander (beide Deutschland) 6,6.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 7, 13, 16, 23, 25, 31, Zusatzspiel: 34. – **Rennquintett**: Rennen A: 15, 4, 7. – Rennen B: 32, 21, 25. (Ohne Gewähr).

Bonn gibt Genscher Rückendeckung

THOMAS KIELINGER, Bonn

Eine Woche vor Beginn der Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen Washington und Moskau hat sich in Europa die mit diesem Termin verknüpfte diplomatische Aktivität beschleunigt. Dabei heftet sich erhöhte Aufmerksamkeit an die Besuche Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genschers in Moskau, Warschau und Sofia. Sie folgen nur wenige Tage auf die Reisen des sowjetischen Außenministers Gromyko nach Italien und Spanien. Wie Regierungssprecher Boenisch gestern in Bonn unmißverständlich klarstellte, sind der Bundesaußenminster und der Kanzler „völlig einig in der Beurteilung der Lage". Die Reise Genschers nach Moskau stehe „ganz im Zeichen der Kontinuität".

Flankierend zu den diplomatischen Vorstößen äußerten sich gestern in Bonn die Regierungsparteien zur Frage der Ost-West-Beziehungen und zu dem am 12. März in Genf beginnenden Abrüstungsdialog. Das FDP-Präsidium gab in einer Erklärung seine volle Unterstützung für „die auf Ausgleich und Zusammenarbeit gerichtete Politik der Bundesrepublik", während der abrüstungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Jürgen Todenhöfer, in einem mit der Fraktionsspitze seiner Partei abgesprochenem Papier die Erwartungen der CDU/CSU hinsichtlich der Genfer Verhandlungen spezifizierte.

In der Umgebung des Bundeskanzlers war man am Montag besonders erpicht darauf, den nach Presseberichten entstandenen Eindruck auszulöschen, als seien die Besuche Genschers in den osteuropäischen Hauptstädten irgendwie das Resultat „plötzlicher" Entscheidungen. „Dieser Eindruck ist völlig falsch", sagte ein mit den Vorausplanungen Vertrauter. „Die Besuche sind alle sorgfältig vorbereitet gewesen, auch auf den unteren Ebenen, daß heißt durch die entsprechenden Botschaften Moskaus, Warschaus und Sofias hier in Bonn."

„Plötzlich" war an dieser Planung offensichtlich nur die am vergangenen Freitag aus Moskau eingetroffene Nachricht, daß dem Kreml ein Gesprächstermin am gestrigen Montag gelegen käme. Die Sowjets erwiderten damit das von deutscher Seite zuerst angemeldete Interesse an der Begegnung Gromyko-Genscher. In Regierungskreisen herrscht über die Termine Genschers in Moskau und Warschau schon allein deshalb Genugtuung, weil nun das lange verwendete Argument, Bonn sei nach der INF-Nachrüstung vom Dialog mit dem Osten gleichsam abgeschnitten, nicht mehr haltbar sei. „Selbst die Opposition kann uns nicht mehr vorwerfen, wir stünden auf diesem Gebiet isoliert da", meinte dazu ein Regierungsmitglied.

Die enge Tuchfühlung zwischen Kanzleramt und dem Außenministerium in dieser Frage verleitete einen Beamten aus der Umgebung Helmut Kohls zu der echauffierten Feststellung, es sei „völlig grotesk", Kohl und Genscher „ostpolitisch aufspalten zu wollen". Das sei auch „ungerecht gegenüber Genscher", der vor allem aus sicherheitspolitischer Festigkeit heraus „die Wende mitverursacht" habe. Die deutsche Außenpolitik werde von den Russen gerade deshalb ernst genommen, weil sie sich in enger Absprache mit dem amerikanischen Partner vollziehe und weil Bonn in der Frage der Nachrüstung von ununmstößlicher Festigkeit gewesen sei.

Zuverlässigkeit nachgewiesen

Mit beträchtlicher Sensitivität reagiert man in Kreisen der Bundesregierung, wenn im Zusammenhang der Genscher-Reise das Interesse Moskaus an einer Spaltung des westlichen Konsens in Sichjerheitsfragen ins Spiel gebracht wird, vor allem in der neu hinzugekommenen Frage der amerikanischen „strategischen Verteidigungsinitiative"(SDI). „Über das Moskauer Interesse, einen Keil ins westliche Büpndnis zu treiben, sind wir uns im Klaren, kommentierte ein Regierungsbeamter. Das Ost-West-Verhältnis werde weiterhin von diesem Aspekt überschattet bleiben. Doch fühlt sich die Kohl-Regierung in ihrer bündnispolitischen Zuverlässigkeit hinlänglich ausgewiesen, so daß sie nicht aus Sorge vor dieser sowjetischen Taktik eigene diplomatische Vorstöße im Ost-West-Bereich glaubt unterlassen zu müssen.

Mit deklaratorischer Präzision und wie auf Einwände gegen die Reisediplomatie Genschers vorbereitet, formulierte daher Regierungssprecher Boenisch gestern in Bonn:

„Die Reise Genschers ist ebenso normal wie wichtig. Es besteht ein Interesse am fortgesetzten Dialog mit der Sowjetunion. Auch die Mittelmächte müssen sich zu Wort melden." Boenisch nannte zur Erläuterung vor allen Dingen drei Gründe:

1. Die Bundesregierung wolle „nicht nur mit den USA sprechen", sondern auch gegenüber der Sowjetunion das Interesse an erfolgreichen Verhandlungen in Genf deutlich machen.
2. Es gehe nicht an, daß der Ost-West-Dialog allein den Weltmächten überlassen bleibe. Die Mittelmächte hätten ein legitimes Interesse an eigenständiger Entwicklung der Ost-West-Beziehung, „an dem Dialog mitzuwirken".
3. Es geht Bonn darum, „alte Frontstellungen aufzubrechen". Der heranrückende 40. Jahrestag des Kriegsendes sollte auch „eine zukunftsweisende Perspektive haben".

Schon jetzt ist abzusehen, daß vor allem in der Frage der strategischen Verteidigungsinitiative immer wieder die enge amerikanisch-europäische Zusammenarbeit im Laufe der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf gefordert sein wird. Aus Moskau verlautete, daß Genscher nach seinem Gespräch mit Gromyko „vorbeugende Rüstungskontrolle" auch in diesem Bereich favorisiere. Der Terminus erweckt in Bonn ein unterschiedliches Echo. Experten meinen, die Vokabel entstamme der östlichen Rhetorik, die unter „vorbeugender Rüstungskontrolle" gerne ein Instrument bezeichne, mit dem man schon in der Forschungsphase auf westliche Projekte Einfluß nehmen könne.

Dem wird in Bonn aber entgegengehalten, daß die Kohl-Regierung selber diesen Terminus seit einiger Zeit im Zusammenhang der SDI verwende. So sprach Außenminister Genscher schon im April 1984 in den „Bonner Perspektiven" von „vorsorgende Rüstungskontrolle". In einem Namensartikel Ende 1984 wandelte Genscher den Begriff in „vorausschauende Rüstungskontrolle" ab. Auch die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag übernahm dden Begriff am 21. Februar 1985 in einer Erklärung, die damals seitens des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe herausgegeben wurde. Rühe sprach in dem Papier davon, „die Möglichkeiten einer vorbeugenden Rüstungskontrolle auszuschöpfen", angewendet auch auf den SDI-Bereich.

Hoffnung auf Einigung

Die unter Konditionen ausgesprochene Befürwortung der Europäer für die amerikanischen SDI-Forschungen schließen also nicht aus, daß man in Europa nach wie vor hofft, Washington und Moskau könnten sich schon in der Forschungsphase der strategischen Defensive darüber einigen, sich in diesem Programm quasi zu bändigen. In Bonn bringt man diese Hoffnung immer wieder im Zusammenhang mit der häufig wiederholten Erwartung, daß es nicht zu einer „Militarisierung des Weltraums" komme. Auch der Bundeskanzler äußerte sich in diesem Sinne während der kürzlichen Wehrkundetagung in München.

Das gestern in Bonn veröffentlichte Todenhöfer-Papier zu den Genfer Verhandlungen verwendet den Begriff „vorbeugende Rüstungskontrolle" nicht. Zum SDI-Teil der Genfer Thematik meinte der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, seine Partei trete dafür ein, zu prüfen, „welche Wege es gibt, die Stabilität durch ein ausgewogenes Verhältnis von offensiven und defensiven Waffen auf niedrigsten Niveau zu stärken". Es ist also auch im terminologischen Bereich im westlichen Lager noch keine absolute Eindeutigkeit in der SDI-Frage erkennbar.

Sowjets wollen Diskussion über SDI beeinflussen

Reagan und Shultz führen Gespräche mit Politbüromitglied

FRITZ WIRTH, Washington

Eine sowjetische Delegation unter Leitung des Politbüromitglieds Wladimir Schtscherbitzki ist am Sonntag zu einem zehntägigen Besuch in den Vereinigten Staaten eingetroffen. Schtscherbitzki ist seit 1973, abgesehen von Außenminister Andrej Gromyko, das erste Mitglied des Politbüros, das die Vereinigten Staaten besucht.

Die Delegation besteht in erster Linie aus Mitgliedern des Obersten Sowjet. Sie beantwortet mit dieser Reise offiziell einen Besuch amerikanischer Kongreßmitglieder in der Sowjetunion, der im vorletzten Jahr stattfand. Zu den Mitgliedern der sowjetischen Delegation gehört auch Georgi Arbatow, der Direktor des Moskauer Instituts für Amerikanische und Kanadische Studien.

Noch vor dem Eintreffen der hochrangigen Sowjet-Delegation schrieb die Parteizeitung „Prawda" in einem Kommentar, während sich die Führung der Sowjetunion mit verschiedenen Initiativen um gute Bedingungen für die Genfer Gespräche bemühe, könne dies von der amerikanischen Regierung nicht gesagt werden. Dort tritt, so die „Prawda", ein „hartnäckiges Streben zutage, die bevorstehenden Verhandlungen auch weiter in forciertem Tempo gigantischer Rüstungsprogramme zu vermehren und das Wettrüsten in den Weltraum" zu tragen.

Der Zeitpunkt der Reise ist von den Sowjets mit Sicherheit nicht zufällig gewählt worden. Man rechnet in Washington damit, daß sie die bevorstehenden Genfer Abrüstungsgespräche zum Hauptthema ihrer politischen Diskussionen machen und versuchen werden, die Meinungsverschiedenheiten, die es in der amerikanischen Öffentlichkeit über die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) Präsident Reagans gibt, zu vertiefen.

Schtscherbitzki wird am Mittwoch von Präsident Reagan zu einem Gespräch im Weißen Haus empfangen werden. Obwohl der 67jährige sowjetische Politiker nicht zu den direkten Kandidaten für die Nachfolge Tschernenkos gilt, wird ihm bei den Auseinandersetzungen um die Führung großer Einfluß beigemessen.

Schtscherbitzki ist seit 1971 Mitglied des Politbüros und eines seiner erfahrensten und kompromißlosesten Angehörigen. Wirtschaftspolitisch steht er in Opposition zum Reformkurs, den jüngere Politbüro-Mitglieder wie Gorbatschow anstreben, die für eine gewisse Dezentralisierung der sowjetischen Wirtschaft plädieren. Es läßt sich deshalb im Politbüro kein schärferer Gegner jenes Wirtschaftssystems vorstellen, das er nun zehn Tage lang zwischen Washington und San Francisco besichtigen kann.

Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß der Besuch Schtscherbitzkis auf die amerikanische Öffentlichkeit einen solchen Eindruck machen wird, wie ihn die kürzliche Reise Gorbatschows in Großbritannien hinterließ. Schtscherbitzki entspricht dafür zu sehr den klassischen amerikanischen Vorstellungen eines sowjetischen Apparatschiks. Ihm dürften darüber hinaus das diplomatische und das rhetorische Geschick Gorbatschows fehlen, um seinen Besuch zu einem Propagandaerfolg zu machen.

In Washington wertet man die Tatsache der neuentfachten Reisediplomatie hoher sowjetischer Politiker als einen Beweis dafür, daß die Krankheit Tschernenkos im Augenblick keinen Anlaß zu akuter Sorge gibt. Im übrigen glaubt man in der amerikanischen Administration, daß die neu beginnenden Abrüstungsgespräche in Genf höchstens zeitlich, nicht aber in ihrer Substanz von einer plötzlichen Führungskrise in Moskau behelligt werden würden.

Die sowjetische Delegation wird bis zum Freitag in Washington bleiben und dort vornehmlich Kontakte mit Kongreßmitgliedern pflegen, die im Augenblick in wichtige Diskussionen über die Produktin weiterer MX-Raketen verwickelt sind. Die Reagan-Administration hält eine positive Entscheidung des Kongresses in dieser Frage im Hinblick auf sowjetische Raketenaufrüstung und auf die bevorstehenden Genfer Verhandlungen für überaus wichtig.

Israel reagiert auf Vorschlag Mubaraks mit Vorbehalten

Weizman für direkte Gespräche ohne Vermittler

AP/AFP, New York/Jerusalem

Für ein Treffen zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres und dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak haben sich der israelische Minister beim Regierungschef, Ezer Weizman, und der außenpolitische Berater Mubaraks, Osama el Baz, ausgesprochen. In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC sagte Weizman, derartige Gespräche, die „Auge in Auge" stattfinden sollten, seien Verhandlungen unter der Schirmherrschaft eines Vermittlers wie den USA vorzuziehen. Israel stelle aber gewisse Bedingungen für die von Mubarak vorgeschlagenen Palästina-Gespräche. Israel erwarte, daß an dem Meinungsaustausch Ägypten, Jordanien, Palästinenser und Israel teilnähmen. PLO-Mitglieder will Israel nicht akzeptieren. Ebenso schloß Weizman eine Beteiligung der Sowjetunion an den Friedensgesprächen aus.

Dagegen betonte el Baz in der ABC-Sendung, eine Teilnahme der USA bei den Gesprächen sei für Ägypten wünschenswert. Mubarak werde bei seinem für diesen Monat geplanten Besuch in Washington die USA bitten, bei möglichen Nahost-Verhandlungen eine herausragende Rolle zu übernehmen. Ebenso bestehe Ägypten darauf, daß die PLO eine Rolle in den Gesprächen spielen müsse, weil keine andere Organisation das Recht beanspruchen könne, für die Palästinenser zu sprechen.

Israels Premierminister Peres hatte am Sonntag bereits im Zusammenhang mit der Mubarak-Initiative die Weigerung seiner Regierung bekräftigt, sich mit Vertretern der PLO an den Verhandlungstisch zu setzen. Zwar sei Israel zu Gesprächen mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation ohne PLO-Mitglieder bereit, aber er halte den Mubarak-Vorschlag für noch nicht „durchführbar". Erneut lehnte Peres Gespräche einer jordanisch-palästinensischen Delegation mit Vertretern der USA ohne Beteiligung Israels ab.

Vor einer „Euphorie" angesichts der Mubarak-Vorschläge hat der israelische Außenminister Yitzhak Shamir im israelischen Rundfunk gewarnt. Shamir nannte die jüngste Nahost-Initiative „keine echte Friedensinitiative". Sie ziele vielmehr auf „offizielle Kontakte zwischen der PLO und den USA" ab. Eventuelle Verhandlungen zwischen einer jordanisch-palästinensischen Delegation und Israel, wie sie Mubarak vorgeschlagen habe, seien „mehr oder weniger" bereits in den Abkommen von Camp David vorgesehen gewesen.

Genscher zu Gromyko: Wir sind nicht nur Zuschauer

● Fortsetzung von Seite 1

be es auch während der Konsultationen mit Paris gegeben. So könne Bonn sagen: Wenn die Sowjetunion meine, sie könnte die NATO-Partner in Europa auseinanderdividieren oder die Europäer von den Amerikanern abkoppeln, so begehe sie einen Fehler, ähnlich dem in der Nachrüstungsfrage 1983.

Die Bundesregierung, so Genscher auf einer Pressekonferenz in Moskau, gehe davon aus, daß es im Interesse des Ostens wie des Westens liege, wenn in allen drei Bereichen der Verhandlungen – Weltraumrüstung, Mittelstrecken- und Interkontinentalwaffen – Fortschritte erzielt würden. Damit in Genf konkrete Ergebnisse möglich seien, müsse ein „neuer Vertrauensimpuls" gegeben werden. Genscher: „Die europäischen Staaten sollten zur Sicherung positiver Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Ost und West eine wichtige Rolle spielen. Sie sollten sich nicht mit der Rolle eines Zuschauers zufriedengeben." Das Gespräch mit Gromyko dauerte drei Stunden.

Die staatlichen Medien in Warschau, wo Genscher am Mittwoch zu einem sechsstündigen Aufenthalt erwartet wird, gingen bereits gestern auf diese Aspekte ein. Bonn, schrieb die Zeitung „Zycie Warszawy", hoffe auf eine neue und bessere Epoche im Ost-West-Verhältnis. Es wolle da nicht beiseite stehen und könne sich nicht nur auf Kontakte mit den USA beschränken. Die überraschend zustande gekommenen „Arbeitsbesuche" des Bundesaußenministers in Moskau und Warschau zeigten, was für ein Gewicht Genscher der Verbesserung der Beziehungen mit den sozialistischen Staaten beimesse.

Es wurde die Absicht Warschaus deutlich, zwischen Genscher und der FDP in der Frage der Oder-Neiße-Linie und der Position der CDU/CSU zu unterscheiden. Genscher und seine Partei verträten eine viel realistischere Haltung, kommentierte das Parteiorgan „Trybuna Ludu". In der Bonner Koalition, so das KP-Blatt, gebe es „mindestens drei Richtungen": Die Linie des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dregger, mit deutlicher Unterstützung für die Vertriebenenverbände, die viel „realistischere" Linie des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rühe und die „entschiedenste und realistischste Linie" Genschers, der in dieser Frage der Position der Sozialdemokraten nahestehe.

FDP lehnt auch Geißlers Kompromiß ab

hey. Bonn

Eine Absage hat die FDP Kompromißvorschlägen von Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) zur Arbeitsplatzgarantie für Mütter im Rahmen eines Erziehungsjahres erteilt. Damit würden, das betonte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums, Einstellungshemmnisse für junge Frauen nicht beseitigt. Auch einem Erziehungsgeld steht die FDP wegen der von Experten errechneten Kosten von drei Milliarden Mark pro Jahr angesichts der Schwierigkeiten in der Rentenversicherung kritisch gegenüber.

Die Freien Demokraten wollen nach der auf dem Saarbrücker Parteitag sichtbar gewordenen neuen Geschlossenheit jetzt in der Bonner Koalition mehr Einfluß nehmen. Sie wollen ihre Rolle, so ihr Generalsekretär, „nicht darin erschöpfen, nur im Bedarfsfall etwas zu machen". Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Bundeskanzler Helmut Kohl und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß kommen morgen Mittag in Bonn zu ihrem ersten Spitzengespräch mit dem neuen FDP-Chef, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, zusammen. Dabei wollen sie den Rahmen der noch bis zum Ende der Legislaturperiode gemeinsam zu lösenden Aufgaben abstecken und ausloten, welche Probleme wegen wechselseitiger Widerstände bis auf weiteres nicht bewältigt werden können. Außerdem wollen sie eine „Halbzeitbilanz" ziehen.

Gespräche über Abschiebungen

ms. Bonn

Experten des Bundesinnenministeriums und der Lufthansa haben Gespräche darüber aufgenommen, wie künftig Flugzeugentführungen durch abgeschobene Asylbewerber verhindert werden können. Anlaß für die Begegnung war die Entführung einer Lufthansa-Boeing mit einer erzwungenen Landung in Wien durch zwei abgeschobene Syrer. Als Vorschläge, die auch mit den Polizeien der einzelnen Länder und der Fluggesellschaft noch weiter erörtert werden sollen, sind folgende Überlegungen in der Diskussion: Solche Asylbewerber sollen nicht mehr in Gruppen, sondern als Einzelpersonen auf dem Luftwege abgeschoben werden. Falls sie durch Äusserungen oder entsprechendes Verhalten zu erkennen geben, daß sie die Abschiebeaktion nicht akzeptieren, sollen sie von Polizeibeamten begleitet werden. Das Bundesinnenministerium gab jedoch zu verstehen, daß es in dieser Diskussion nur koordinierend tätig sei.

SPD-Frauen für 25-Stunden-Woche

AP, Bonn

Für eine „drastische Verkürzung" der Wochenarbeitszeit auf zunächst 30 und später 25 Stunden hat sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) ausgesprochen. Nur so könne das Ziel erreicht werden, Haus- und Erwerbsarbeit unter den Geschlechtern gerecht aufzuteilen, erklärte die ASF-Vorsitzende Inge Wettig-Danielmeier gestern in Bonn. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen bezeichnete die SPD-Politikerin als „wesentliche Voraussetzung der Gleichstellung".

Union nimmt Brandts Angebot nicht ernst

dpa, Bonn

Das Angebot des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt an die CDU/CSU zur Zusammenarbeit in einer Reihe politischer Felder der Innen- und Außenpolitik wird von der Union nicht ernstgenommen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, und CDU-Generalsekretär Heiner Geißlererklärten gestern in Bonn, die Äußerungen Brandts seien „aus der Not und der Schwäche der SPD geboren". Brandt wolle über tiefe Risse in seiner eigenen Partei hinwegtäuschen. Wer Gemeinsamkeiten wolle, der müsse zuerst in den eigenen Reihen Klarheit zum Beispiel über das Verhältnis zur NATO, zur Sozialen Marktwirtschaft und zu den Grünen herstellen.

Buschhaus verletzt keine Berliner Rechte

dos. Lüneburg

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) hat es abgelehnt, drei in Berlin lebenden Klägern gegen die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes Buschhaus bei Helmstedt Rechtsschutz zu gewähren. Die von dem Berliner Anwalt Reiner Geulen vertretenen Antragsteller sind nach den Worten eines Sprechers des Gerichts nicht widerspruchs- und klagebefugt. Der 7. Senat des OVB begründete seine Teilentscheidung mit der mangelnden „räumlichen Nachbarschaft" der Berliner Kläger. Ein Beschluß zur Sache selbst dürfte das Gericht in den nächsten Tagen fällen.

Moskauer Geheimnis

cd. – Es ist schon einigermaßen überraschend, daß die Sowjets nun die seit 1966 in Zürich arbeitende Wozchod-Handelsbank AG, über die Moskau seine Goldverkäufe laufen ließ, liquidieren will. Gewiß, diese Bank, deren Aktionäre die Staatsbank der UdSSR und die sowjetische Außenhandelsbank sind, ist schon seit Monaten im Gerede. Sie hat im Gold- und Devisenhandel 400 Millionen Schweizer Franken oder mehr geschätzte Verluste erlitten, die ihr der inzwischen gefeuerte Chefhändler eingebrockt hat, was wohl kaum möglich gewesen wäre, wenn die Moskauer Aktionäre Lenins Devise „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" beherzigt hätten.

Doch statt einer Auflösung der praktisch ausschließlich im Goldgeschäft und damit zusammenhängenden Devisentransaktionen tätigen Bank, bei der kein Einleger Geld verlieren soll, hätte Moskau auch den weniger spektakulären Weg einer Sanierung beschreiten können. Schließlich wollen sich die Russen ja nicht vom Bankplatz Zürich zurückziehen; vielmehr will die sowjetische Außenhandelsbank dort eine eigene Niederlassung aufmachen.

Über die Hintergründe kann man nur spekulieren. So liegt die Vermutung nahe, die Sowjets wollten die mit der Präsenz einer Niederlassung verbundene Chance nutzen, sich weniger als bisher in die Bücher gucken zu lassen. Man darf gespannt sein, welche Aktivitäten die künftige Bankfiliale entfaltet und ob sie auch ins Goldgeschäft einsteigt, das in letzter Zeit fast ganz von der Wozchod-Bank auf Moskau verlagert worden war.

Einsicht

J. Sch. (Paris) – Die Hälfte der Franzosen mißbilligt die Wirtschaftspolitik ihrer Regierung – aber mehr als die Hälfte akzeptiert die Sanierungspolitik, insbesondere weitere Kaufkraftverluste. Zu diesem scheinbar widersprüchlichen Ergebnis kommt eine repräsentative Meinungsbefragung, die das angesehene Sofres-Institut Mitte Februar im Auftrag des Wirtschaftsministers durchgeführt hat. Will dieser damit beweisen, daß er auf dem richtigen Wege ist? Immerhin war ihm in letzter Zeit nachgesagt worden, er wolle im Hinblick auf die nächsten Wahlen Kurskorrekturen vornehmen. Bezeichnend ist jedenfalls, daß der Minister die bisher geheimgehaltenen Ergebnisse einer im November durchgeführten ersten entsprechenden Befragung mitveröffentlichen ließ. Damals hatten noch 64 Prozent der Befragten seine Politik abgelehnt. Seitdem scheint die Einsicht der Franzosen in die Notwendigkeit der Stabilisierung gestiegen zu sein und zwar auch was die Mäßigung der Lohnforderungen betrifft. Dies ist kein schlechtes Omen.

ARBEITSKAMPFRECHT / Gesamtmetall beklagt Übergewicht bei Gewerkschaften

Branche appelliert an Bonn, plädiert aber für Einigung der Tarifpartner

PETER GILLIES, Bonn

Die Gewerkschaften verfügen im Arbeitskampfrecht über ein derartiges Übergewicht, daß sie praktisch nach Belieben und ohne wesentliche Risiken Streiks vom Zaune brechen könnten, gegen die sich die Arbeitgeber kaum zu wehren vermögen. Politik und Gesetzgeber seien deshalb „dringend" gefordert, das Gleichgewicht im Arbeitskampf wiederherzustellen. Diese Adresse richtet der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) an Bonn.

Für besser als gesetzliche Regelungen halten die Arbeitgeber jedoch Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern. „Wir sind bei der IG Metall damit bisher abgeblitzt," meinte Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, gestern im Gespräch mit Journalisten. Im direkten Kontakt könnten beide Seiten einen Raster für Arbeitskampfregeln verabreden. Kirchner hält es indes für logisch, daß die IG Metall diese Kontakte ablehnt, denn ihre Position sei derzeit ungewöhnlich stark.

Die Bundesregierung könnte den Verhandlungsdruck dadurch verstärken, daß sie den Tarifparteien eine Frist von vielleicht zwei oder drei Jahren setzt, anderenfalls sie dann selbst Lücken im Arbeitskampfrecht durch Gesetze ausfüllt. Wenn sich 150 Abgeordnete des Deutschen Bundestags dafür aussprächen, das Arbeitsförderungsgesetz mit dem Ziel zu ändern, die Bundesanstalt für Arbeit und ihre Kasse im Arbeitskampf strikt neutral zu halten, sei das ein Anfang. Freilich hält Gesamtmetall, wie Kirchner einräumte, nicht viel von der Entschlußkraft dieser Regierung. Ihre sozialliberale Vorgängerin habe hier mehr Grundsatztreue gezeigt. Die Regierung Kohl/Bangemann stehe in einem Zwiespalt, weil sie einerseits den DGB nicht verärgern, andererseits aber die Tarifautonomie wahren wolle.

Durch den letzten Streik in der Metallindustrie, zahlreiche Gerichtsurteile und die Untätigkeit des Gesetzgebers sei die Kampfkraft der Arbeitgeber schwer angeschlagen worden. Würde man ihnen jetzt auch noch das letzte Mittel der Abwehraussperrung nehmen, ginge die Kampfparität völlig verloren, meint Kirchner. Die Kombination von verfeinerter Streiktaktik und dem „Griff in die Kasse der Bundesanstalt" mache Streiks künftig billig und häufig.

Im kritischen Visier hat die Metallindustrie die rollierenden Kurzstreiks („Warnsteiks"), die nunmehr von Gerichten auch während laufender Tarifverhandlungen für Rechtens erklärt wurden. Mit Schwerpunktstreiks von nur 13 000 Mitgliedern habe die Gewerkschaft die gesamte Automobilbranche stillegen können. Auch hier verfügten die Arbeitgeber nicht über adäquate Gegenwaffen, weil sie nur in engem, von Gerichten begrenzten Maße aussperren dürften.

Der Metallgewerkschaft sei es 1984 gelungen, die Bundesanstalt für Arbeit als Streikkasse zu benutzen. Mit Hilfe einstweiliger Verfügungen sei die Bundesanstalt gezwungen worden, ihre Neutralität aufzugeben und rund 300 Mill. DM Kurzarbeitergeld zu zahlen, obgleich deren Präsident diesen Eingriff in das Streikgeschehen als Bruch der Neutralität ansah. Hier sei eine Klarstellung des Gesetzgebers nötig, meint Gesamtmetall, damit das bestehende Neutralitätsgebot nicht wiederum durch Sozialgerichte fehlgedeutet werden könne.

Vom Bundesverfassungsgericht, das die Arbeitgeber angerufen haben, erwarten sie, daß das Prinzip wieder gelte, ein Streik sei nur das letzte Mittel („ultima-ratio-Grundsatz"). Klärungsbedürftig seien auch die möglichen Gegenmaßnahmen der Arbeitgeber auf die gewerkschaftliche Streiktaktik. Zwischen den Tarifparteien herrsche nur dann Chancengleichheit im Konfliktfall, wenn beide Seiten dynamisch reagieren dürften, meint Gesamtmetall mit Hinweis auf die Grenzen, die Gerichte für die Aussperrung zogen.

Mit dem beruhigenden Verweis, die Gerichte würden das Arbeitsrecht schon gestalten, wollen sich die Arbeitgeber nicht zufriedengeben. Da die Verfahren bis zu höchsten Instanz rund fünf Jahre dauerten, seien dauernde Handicaps und stetig steigende Streikgefahr zu befürchten.

IW-UNTERSUCHUNG

Personal-Zusatzkosten sind weiter kräftig gestiegen

PETER JENTSCH, Bonn

Die Personalzusatzkosten sind im vergangenen Jahr kräftig angestiegen und erreichten mit 23 800 Mark je Arbeitnehmer einen neuen Höchststand. Sie liegen damit inzwischen bei knapp 80 Prozent des Direktentgelts und machen 44,3 Prozent der gesamten Personalkosten aus. Das ermittelte jetzt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Es rechnet damit, daß in diesem Jahr die Zusatzkosten aufgrund höherer Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozial- und höherer Beitragssätze in der Krankenversicherung noch einmal überproportional auf mehr als 80 Prozent des Direktentgelts ansteigen werden.

Beschleunigt hat sich nach Darstellung des Instituts der bereits langfristig ansteigende Trend. Stiegen die Zusatzkosten 1982 und 1983 nur jeweils um 0,4 Prozentpunkte, so nahmen sie im vergangenen Jahr um 1,3 Prozentpunkte zu. Edmund Hemmer, Autor der IW-Studie, führt diese Entwicklung vornehmlich auf zwei Faktoren zurück: Erstens auf den höheren Krankenstand. Nach drei Jahren einer Abnahme habe 1984 die Zahl der Arbeitsausfälle durch Krankheit wieder zugenommen. Zweitens auf die Bestimmungen des Haushaltbegleitgesetzes 1984, das Sonderzahlungen stärker als bisher sozialversicherungspflichtig macht.

So stiegen die Aufwendungen der Betriebe im produzierenden Gewerbe, die 1978 noch bei 5,9 Prozent des Bruttoentgelts lagen, dann 1981 auf 5,7 Prozent und 1983 auf 4,7 Prozent gefallen waren, 1984 um 0,3 Prozentpunkte auf fünf Prozent. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber erhöhten sich sogar von 21,4 Prozent 1983 auf 22,1 Prozent im vergangenen Jahr. Insgesamt stiegen die gesetzlich bewirkten Zusatzkosten auf 35,4 Prozent gegenüber 34,4 Prozent 1983. Die tariflich und betrieblich bedingten Zusatzkosten (Urlaub, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Altersversorgung, Vermögensbildung) stiegen gegenüber 1983 (43,9 Prozent) auf 44,2 Prozent des Entgelts.

Die Personalzusatzkosten je Arbeitnehmer erreichten damit 23 800 DM oder 44,3 Prozent der Personalkosten. Das Direktentgelt lag bei 29 900 DM (55,7 Prozent). Zum Vergleich: 1966 lag der Anteil der Zusatzkosten bei 30,2 Prozent. Nach Darstellung des IW hatte bis 1982 die tarifliche und betriebliche Komponente eindeutig höhere Dynamik als die gesetzlich bedingten Zusatzkosten. 1983 haben sich die Zuwachsraten beider Komponenten angenähert, 1984 legten die gesetzlich bestimmten Ausgaben stärker zu. So stiegen von 1966 bis 1983 die gesamten Personalkosten um 8,1 Prozent jährlich, das Entgelt für geleistete Arbeit um 6,7 Prozent und die Personalzusatzkosten sogar um 10,4 Prozent.

Für dieses Jahr erwartet das IW einen weiteren kräftigen Zuwachs bei den Zusatzkosten auf mehr als 80 Prozent des Direktentgelts.

Kassel sollte entscheiden

Von HANS BAUMANN

Seit Jahren geistert ein Begriff durch die Öffentlichkeit, mit dem viele Bürger nichts anzufangen wissen: der Sprecherausschuß. Der Ausdruck bezeichnet die Interessenvertretung der Leitenden Angestellten, die bislang allerdings nur auf freiwilliger Basis bestehen. Mit der Einrichtung versucht diese Minderheit unter den Beschäftigten Mitsprache- und Informationsrecht innerhalb der Unternehmen zu gewinnen.

Solange die Ausschüsse gesetzlich nicht verankert sind, kann das Ziel jedoch kaum erreicht werden. Und so kämpfen die Leitenden seit langer Zeit um die gesetzliche Anerkennung. Eine Lösung ist zumindest in Sicht. Denn die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP haben sich endlich darauf geeinigt, dem Wunsch der Leitenden zu entsprechen – außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes. Aufgrund vordringlicherer Probleme werden allerdings noch mehrere Monate vergehen, bis der Gesetzentwurf in die erste Lesung im Bundestag geht.

Ein Spezialproblem ergibt sich für die Führungskräfte im Bergbau, die sich im Verband der Führungskräfte in Bergbau und Energiewirtschaft (VDF) zusammengeschlossen haben. Mit seinen rund 7000 Mitgliedern stellt der Unterverband der Union Leitender Angestellter (ULA) rund ein Sechstel der Dachorganisation, die etwa 42 000 Mitglieder zählt. Die Sonderstellung des VDF entsteht, weil es in dieser Branche besonders schwer fällt abzugrenzen, wer zu den Leitenden Angestellten gehört und wer schon nicht mehr.

Der VDF sagt, alle Fahrsteiger seien Führungskräfte. Die IG Bergbau und Energie, eine DGB-Gewerkschaft, will dagegen die Fahrsteiger den Betriebsräten unterwerfen – ihnen also die Qualifikation Führungskraft nicht zubilligen. So kommt es, daß die Fahrsteiger seit eh und je auf den Betriebsratslisten zur Wahl stehen, aber keine Chance haben sich durchzusetzen.

Das Landesarbeitsgericht hat inzwischen entschieden, daß der „Grubenfahrsteiger" leitend sei, alle anderen Fahrsteiger dagegen nicht. Um nun endgültig zu einer exakten Abgrenzung zu kommen, ist seit 1979 ein Verfahren anhängig, von dem der VDF hofft, daß die Qualifikationsmerkmale der übrigen Fahrsteiger anerkannt und so alle Fahrsteiger zu Leitenden erklärt werden.

Die Hoffnung des VDF hat auch schon ein Datum: 23. Mai 1985. Dann nämlich soll das Bundesarbeitsgericht in Kassel über 16 anhängige Abgrenzungsverfahren entscheiden, die sich auf Betriebsführer, Obersteiger und Fahrsteiger von insgesamt fünf Bergwerken beziehen.

Doch die Sorge ist groß, daß die Richter in Kassel die Abgrenzungsakten noch einmal auf die lange Bank schieben, um abzuwarten, was die Aktivitäten der Bonner Fraktionen ergeben. Dann aber wäre vor Herbst mit keiner Entscheidung in Kassel zu rechnen. Der Führungskräfte im Bergbau müßten weitere Monate mit ihrer Zwitterstellung leben.

Im Augenblick haben die Leitenden im Betriebsrat keine Chance, zur Geschäftsführung zählen sie aber auch nicht. Alle Hoffnung richtet sich also auf den Entwurf der Fraktionen, der die Grundlage dafür schaffen soll, daß die Gruppen- und Einzelbelange der leitenden Angestellten in Zukunft stärker berücksichtigt werden.

Aber auch wenn die CDU/CSU- und FDP-Fraktionen ihre Vorstellungen durchsetzen, für die Bergleute bleibt das Problem der Definition, was einen Leitenden Angestellten ausmacht. Denn die schwammige Abgrenzung im Paragraphen 5, Absatz 3 im Betriebsverfassungsgesetz soll nach Meinung der Fraktionen auch in Zukunft ausreichen, die Gruppe der Leitenden zu bestimmen. Das Kasseler Urteil könnte und sollte daher jetzt gefällt werden – zu Gunsten der Leitenden.

Die Schwäche der Minderheitenrolle im Bergbau wurde vor kurzem wieder deutlich: Betriebsräte forderten, daß auch die Leitenden in die vorgesehenen Arbeitszeitverkürzungen einzubeziehen seien. Nur mit Mühe gelang es – zusammen mit den Unternehmen –, klarzumachen, daß die vertraglich gesondert festgelegten (und auch vergüteten) Arbeitszeiten der Leitenden nicht im Rhythmus der Arbeitszeiten der übrigen Mitarbeiter schwanken können, weil sonst Lücken in der Aufsichtspflicht der Leitenden mit allen rechtlichen Folgen auch für den Arbeitgeber auftreten könnten. Solche mühsamen, zeitraubenden Auseinandersetzungen sollten in Zukunft umgangen werden.

AUF EIN WORT



„Eines der wichtigsten gemeinsamen Ziele der christlich-liberalen Koalition ist es, die Marktwirtschaft zu erneuern. Auch bei uns regt sich der Unternehmergeist wieder, wie die steigende Zahl der Neugründungen von Firmen ausweist. Aber es ist erforderlich, mit den Reformen zur Erneuerung der Marktwirtschaft schneller voranzugehen."

Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen, Bonn
FOTO: JUPP DARCHINGER

Bargeldloser Verkehr gestiegen

dpa/VWD, Köln

Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat in der Bundesrepublik 1984 einen neuen Höchststand erreicht. Wie der Bundesverband deutscher Banken in Köln mitteilte, erreichte der Wert aller Überweisungen, Lastschriften und Scheckverrechnungen, die von deutschen Kreditinstituten für ihre Kunden vermittelt wurden, rund 14,5 Bill. DM. 1983 lag die entsprechende Zahl bei 13,85 Bill. DM. Damit hat sich der Umfang des bargeldlosen Zahlungsverkehrs seit 1960 mehr als verzehnfacht. Auch in Zukunft sei „mit einem weiteren raschen Anstieg zu rechnen".

KONJUNKTUR

Das verarbeitende Gewerbe sieht Geschäftslage besser

PETER JENTSCH, Bonn

Die für den Jahresbeginn vorliegenden Konjunkturdaten deuten nach Darstellung von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) „auf die Fortsetzung des konjunkturellen Erholungsprozesses unabhängig von der langanhaltenden Frostperiode" hin.

Wie Bangemann gestern mitteilte, haben die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ihre Geschäftslage im Januar deutlich besser beurteilt als Ende 1984. Ihre Produktion lag nach jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes um rund sieben Prozent über dem Vorjahresniveau. Gegenüber Dezember ist sie nach den saisonbereinigten Zahlen der Deutschen Bundesbank zwar geringfügig um 2,5 Prozent gesunken. Dazu habe jedoch vor allem der Produktionsrückgang im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe um vier Prozent beigetragen. Darin sind auch Zulieferer für die Bauwirtschaft enthalten, auf die sich auch die Witterungsverhältnisse ausgewirkt haben.

Der Investitionsgütersektor hat seine Erzeugung im Januar saisonbereinigt um 2,5 Prozent gesteigert; sein Produktionsergebnis lag um gut 15 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe insgesamt übertraf zum Jahresende 1984 den Vorjahresstand um gut 2,5 Prozent. In der Automobilindustrie hielt sich die Produktion trotz der kontroversen Diskussion um den Katalysator auf dem Niveau des letzten Quartals 1984. Dagegen kam die Produktion im Bauhauptgewerbe wegen der schlechten Wetterbedingungen praktisch zum Erliegen.

STROMWIRTSCHAFT

Kraftwerke waren im Winter zu 95 Prozent ausgelastet

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Der kalte Winter 1984/85 hat das Gerede von den angeblichen ‚Überkapazitäten' hoffentlich endgültig aus der Welt geschafft", dies betonte Gerhard Hecker, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW). Denn die Kraftwerke seien im Winter zu rund 95 Prozent ausgelastet gewesen. Am 8. Januar, dem Tag mit der höchsten Anforderung der Verbraucher, sei mit 59 000 Megawatt der Spitzenwert des Vorjahres um rund neun Prozent oder 5000 Megawatt übertroffen worden.

Diese Zunahme trete bei Normalentwicklung in drei bis vier Jahren auf. Sie entspräche der Leistung von vier Kernkraftwerken oder acht großen Steinkohle-Blöcken. Daß die Versorgung zu keinem Zeitpunkt gefährdet war, zeigt nach Ansicht Heckers, „wie richtig wir mit unserer Planung liegen".

Der Primärenergieverbrauch hat 1984 nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundeswirtschaftsministeriums Rudolf Sprung um 3,5 Prozent zugenommen. Er liege damit aber immer noch knapp unter dem Niveau von 1973. Das Bruttosozialprodukt sei seither real um rund 20 Prozent gestiegen. Zwischen 1982 und 1984 sei der Primärenergieverbrauch nur um ein Prozent gewachsen, das Bruttosozialprodukt hingegen um 2,8 Prozent.

Der Mineralölverbrauch sei 1984 nicht mehr gesunken; sein Anteil am gesamten Primärenergieverbrauch habe allerdings auf 42 Prozent abgenommen. Nach Angaben des VDEW stieg der Stromverbrauch im vergangenen Jahr um rund vier Prozent bei einer Zunahme des Bruttosozialprodukts von 2,6 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesfinanzhof faßt Wohnungsbegriff enger

Bonn (pje.) – Der Bundesfinanzhof hat die Möglichkeit, ein Wohngrundstück als Zweifamilienhaus zu bewerten, gegenüber der bisherigen Rechtspraxis erheblich enger gefaßt. Nach dieser Entscheidung erfüllt eine Zusammenfassung von Räumen den bewertungsrechtlichen Wohnungsbegriff nur noch dann, wenn sie eine von anderen Wohnungen baulich getrennte, in sich abgeschlossene Wohneinheit mit eigenem Zugang, mit Küche oder Kochgelegenheit, Bad oder Dusche (Toilette) bildet. Ein Zweifamilienhaus muß in diesem Sinne zwei Wohneinheiten enthalten (Az.: BFH III R 192/83).

Höherer Beitrag zur EG

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Nettobeitrag der Bundesrepublik zum EG-Haushalt ist 1984 um 21 Prozent auf 7,27 Mrd. DM gestiegen. Leistungen an den EG-Haushalt von insgesamt 17,8 Mrd. DM (plus zwölf Prozent) standen nur um 6,5 Prozent auf 10,6 Mrd. DM gestiegene Bezüge gegenüber. Dies geht aus den statistischen Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank hervor. Der größte Anteil an den Leistungen für die EG machte die Mehrwertsteuer aus, die im vergangenen Jahr auf 9,5 (Vorjahr 9,2) Mrd. DM zunahm. An die EG abgeführte Zölle machten 5,2 (4,6) Mrd. DM aus. In der Gegenrichtung profitierte die Bundesrepublik mit 8,6 (7,9) Mrd. DM von der Agrarmarktordnung.

Kredite an Chile

Santiago (AFP) – Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB) wird Chile in diesem Jahr über 400 Mill. Dollar Kredite gewähren. Das teilte der chilenische Vertreter bei der IDB, Benjamin Mira, in Santiago mit. Die Kredite werden im zweiten Halbjahr 1985 ausgezahlt und dienen zur Finanzierung von zwölf Entwicklungsprojekten. Die chilenische Militärregierung hatte dafür nach amtlichen Angaben insgesamt 673,5 Mill. Dollar bei der IDB beantragt.

Dollar steigt weiter

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kurs des Dollar stieg zum Wochenbeginn weiter. Der amtliche Mittelkurs wurde gestern in Frankfurt mit 3,3730 DM nach 3,3635 DM am Freitag festgestellt.

Neuer Personalchef

Frankfurt (adh) – Artur Wollert, seit 1974 Leiter des Personalwesens bei der BMW AG, München, wird zur Jahresmitte neuer Personalvorstand und Arbeitsdirektor im Warenhauskonzern Hertie. Das Amt war seit dem Ausscheiden von Hans-Ludwig Grüschow im November 1983 kommissarisch von Finanzvorstand Lothar Deppe versehen worden.

Teuerung angezogen

Brüssel (dpa/VWD) – Die Verbraucherpreise sind in den zehn Ländern der Europäischen Gemeinschaft von Dezember 1984 auf Januar 1985 um 0,6 Prozent gestiegen. Damit wurde nach Angaben des Statistischen Amtes der EG der seit Anfang 1984 bisher nur im Mai und Oktober letzten Jahres unterbrochene Abschwung der monatlichen Inflationsraten erneut gestört.

Untersuchung eingeleitet

Brüssel (AFP) – Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel hat eine Untersuchung wegen möglicher Dumping-Preise bei österreichischen Lieferungen von Stahlwinkeln für Container an EG-Mitgliedsländer eingeleitet, wurde gestern im EG-Amtsblatt mitgeteilt. Die Untersuchung erfolgt auf eine Beschwerde des britischen Unternehmens „George Balir PLC" in Newcastle, das praktisch alle innerhalb der Gemeinschaft produzierten Stahlwinkel herstellt.

DEUTSCHE WERTPAPIERBÖRSEN

Düsseldorf plädiert für einen fünfstündigen Handel

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Schlecht seien die acht deutschen Wertpapierbörsen im internationalen Wettbewerb um die Kapitalströme zwar nicht placiert, dem geschäftsmindernden Verdacht von Provinzialismus freilich seien die meisten der heimischen Börsen allemal ausgesetzt. Um das zu beheben, plädiert die Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf in ihrem 1984er Jahresbericht klarer als die anderen sechs oder sieben für Remedur durch Neuerung, die nur im Schoße der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Wertpapierbörsen geboren werden kann.

Wichtigster Vorschlag zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit: Wenn denn schon an den anderen Hauptbörsen Europas viel länger als in der Bundesrepublik gehandelt werde, sollten die Deutschen, auch auf Börsenparkett Weltmeister der Arbeitszeitverkürzung, nun Konsequenzen ziehen. Noch nicht in der Börsen-Arbeitsgemeinschaft beschlossenes Ideal aus Düsseldorfer Sicht: Die bisher nur zwei Stunden lange deutsche Börsenzeit (11.30 bis 13.30 Uhr) sollte mit einer Stunde davor und zwei Stunden danach auf fünf Stunden verlängert werden.

Erzielt würde mit solcher Annäherung an internationale Usancen nach Düsseldorfer Urteil insbesondere eine bessere Tranparenz des Börsenlebens durch verstärkte Einbindung des vor- und nachbörslichen Handels. Überdies mache die immer noch wachsende Internationalisierung des Wertpapiergeschäfts eine „geschlossene Darstellung des deutschen Börsenwesens" notwendig.

DORNIER / Keine einstweilige Verfügung gegen Aufsichtsratsbeschluß

Ein Ende des Streits ist nicht in Sicht

dpa/VWD, Ravensburg

Die Führungsspitze des Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier, München/Friedrichshafen, bleibt vorerst unverändert. Die 1. Kammer für Handelssachen beim Landgericht Ravensburg lehnte gestern drei Anträge auf Einstweilige Verfügung gegen den Aufsichtsratsbeschluß vom 9. Februar ab, mit denen die Entlassungen des ehemaligen Dornier-Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer und des Vorstandsmitgliedes Karl-Wilhelm Schäfer rückgängig gemacht werden sollten. Eine Begründung gab Richter Hans Steiner noch nicht.

Vertreter der Arbeitnehmer im Dornier-Aufsichtsrat, die einen der Anträge auf Einstweilige Verfügung gestellt hatten, erklärten, daß sie wahrscheinlich Beschwerde gegen den Beschluß beim Oberlandesgericht Stuttgart einlegen wollten. Darüber werde am kommenden Mittwoch in München endgültig entschieden. Die beiden anderen Verfügungen waren von den entlassenen Topmanagern angestrengt worden.

Die drei Kläger hatten dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hans-Otto Thierbach im Zusammenhang mit der Sitzung im Februar Verstöße gegen das Aktienrecht, das Mitbestimmungsrecht sowie die Satzung der Dornier GmbH vorgeworfen. Die sechs Arbeitnehmervertreter hatten damals die Sitzung verlassen, der Beschluß über den Führungswechsel war ohne sie erfolgt. Damals waren als Vorstandssprecher Rainer Hainich sowie als Vorstandsmitglied Konrad R. Lissmann berufen worden.

Hintergrund des zweiten Wechsels in der Dornier-Spitze innerhalb eines Jahres sind Auseinandersetzungen innerhalb der zerstrittenen Dornier-Familie, die die Anteile an der Firma besitzt. Eine wichtige Rolle dabei spielt die Aufteilung des großen Anteilsblocks von 27,8 Prozent der verstorbenen Anna Dornier, der zweiten Frau des Firmengründers Claude Dornier.

Als Testamentsvollstrecker hatte das Oberlandesgericht Stuttgart im vergangenen Jahr den Stuttgarter Juristen Prof. Hans Thümmel eingesetzt. Die Gesellschafter-Gruppe um Justus Dornier, die gegenüber der Gruppe um Claudius Dornier die Mehrheit im Unternehmen besitzt und das Firmengeschehen kontrolliert, bestreitet die Rechtmäßigkeit dieses Testamentsvollstreckers. Sie verweist auf zwei andere Testamentsvollstrecker, die Anna Dornier kurz vor ihrem Tod eingesetzt haben soll.

In dieser Sache soll, erklärten Dornier-Arbeitnehmervertreter, am 11. März in Stuttgart vor dem Oberlandesgericht verhandelt werden. Von dieser Entscheidung hängt unter Umständen eine Umverteilung der Gesellschafteranteile ab, denn die Mehrheitsverhältnisse ändern könnte.

STAHLFUSION

Berlin gibt grünes Licht

dpa/VWD, Berlin

Das Bundeskartellamt in Berlin hat die geplante Stahlfusion zwischen dem Essener Krupp-Konzern und der Klöckner-Werke AG, Duisburg, unter Beteiligung des australischen Rohstoffkonzerns CRA Ltd. genehmigt. Wie der Sprecher des Amtes bestätigte, entfielen ohnehin rund drei Viertel des Umsatzes des geplanten Gemeinschaftsunternehmens von rund zehn Milliarden Mark auf Produkte nach dem Montan-Vertrag und unterlägen damit derwettbewerbsrechtlichen Kontrolle der EG-Kommission.

Das Bundeskartellamt habe 26 Teilmärkte (Produkte) geprüft, auf denen das neue Unternehmen Marktanteile nach Angaben des Amtes von weit unter 20 Prozent erreichen wird, was wettbewerbsrechtlich unbedenklich sei. Auch seitens der Wettbewerber bestünden gegen das Zusammenschlußvorhaben keine Bedenken.

Lediglich bei Blankstahl aus Edelstahl werde das Unternehmen einen Marktanteil von etwa 30 Prozent auf sich vereinigen, doch bestehe auf diesem Markt – so das Kartellamt – wesentlicher Wettbewerb, da die Marktversorgung durch Importe bei 40 Prozent mit steigender Tendenz liege. Außerdem sei in diesem Bereich Substitutionswettbewerb durch andere Produkte feststellbar.

OECD / Anstieg der Sozialausgaben darf höchstens mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum Schritt halten

Die Grenzen des Wohlfahrtsstaats sind erreicht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Möglichkeiten für eine weitere Verstärkung des Wohlfahrtsstaats sind gleich null. Das meint die OECD in einer Untersuchung der Sozialausgaben der westlichen Industriestaaten. Bestenfalls könnten diese Ausgaben bis zum Ende dieses Jahrzehnts entsprechend dem allgemeinen Wirtschaftswachstum gesteigert werden. Den Ländern, die es sozial zu weit getrieben haben, werden Ausgabenkürzungen empfohlen.

Zwischen 1960 und 1981 waren die staatlichen Sozialausgaben (Erziehungs- und Gesundheitswesen so wie Renten und andere Ressourcengarantien) im OECD-Durchschnitt doppelt so schnell gestiegen wie das Sozialprodukt. Ihr Anteil daran erhöhte sich von 13,1 Prozent auf 25,6 Prozent. Zwar schwächte sich der reale Zuwachs der Sozialabgaben von 8,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 1960 bis 1975 auf 4,8 bis 1981 ab. Gleichzeitig aber schrumpfte die Wirtschaftsexpansion von 4,6 auf 2,6 Prozent.

Erst in den letzten Jahren haben die meisten OECD-Staaten ihren sozialen Aufwand in bessere Übereinstimmung mit ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten gebracht, stellt die OECD fest. Die Bundesrepublik hatte damit allerdings schon nach dem ersten Ölpreisschock begonnen. Zwischen 1975 und 1981 blieb der Zuwachs ihrer Sozialausgaben mit jahresdurchschnittlich 2,4 Prozent hinter dem des Sozialprodukts von 3,0 Prozent zurück.

Allerdings gehörte die Bundesrepublik 1981 immer noch zu den sozial fortschrittlichsten Ländern der OECD-Zone. Nicht weniger als 31,5 Prozent ihres Sozialprodukts entfielen 1981 auf die Sozialausgaben. Dieser Satz wurde nur noch von Dänemark (33,3), Schweden (33,4), Holland (36,1) und Belgien (37,6) Prozent übertroffen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß im Jahre 1960 der deutsche Anteil mit 20,5 Prozent weit über dem OECD-Durchschnitt (13,1 Prozent) gelegen hatte und mit Abstand der höchste aller westlichen Industriestaaten gewesen war.

Der größte Teil der Sozialausgaben entfällt auf die Renten. Sie beanspruchten 1981 im OECD-Durchschnitt nicht weniger als 34 Prozent des Sozialbudgets – in der Bundesrepublik sogar 39,7 Prozent – gefolgt von den Erziehungs- und Gesundheitsausgaben von 23 Prozent, während sich der Anteil der Arbeitslosenentschädigungen damals mit vier Prozent noch in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen hielt. In den folgenden Jahren sind diese Entschädigungen von den meisten Ländern aber stark ausgeweitet worden, während im Gesundheitswesen gespart wurde.

Der OECD-Bericht weist darauf hin, daß die Rentenausgaben sehr schwer gebremst werden können. Seit 1975 beträgt ihr reales Wachstum jährlich 6,8 Prozent gegenüber 5,7 Prozent bei den Arbeitslosenentschädigungen und 4,8 Prozent bei allen Sozialabgaben zusammengenommen. Ein wichtiger Grund besteht darin, daß in den „fetten" sechziger Jahren im Rentenbereich Verpflichtungen eingegangen worden sind, welche das schwächer gewordene Wachstum übertreffen.

Ein großes Problem für die weitere Kontrolle der Renten besteht nach Ansicht der OECD in der fortschreitenden Überalterung der Bevölkerung. Es werde sich zwar erst in den neunziger Jahren zuspitzen. Jedoch müßten schon jetzt die notwendigen Reformen vorbereitet werden. Dies um so mehr als die westlichen Industriestaaten vor weiteren Strukturanpassungen stehen. Die Lösung des Arbeitslosenproblems und der Familiensicherung könnte dabei gegenüber der Alterssicherung höheren Stellenwert gewinnen, wird in dem Bericht vorsichtig angedeutet.

Kurzfristig ist die OECD aber nicht so pessimistisch wie in ihrem letzten Sozialbericht. Zumindest bis zum Ende dieses Jahrzehnts, heißt es jetzt, könne das derzeitige System der sozialen Sicherheit erhalten bleiben – falls die Sozialabgaben weniger stark zunehmen als das Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung.

AGRAREXPORT / Gute Chancen in Großbritannien

Ein spröder Absatzmarkt

HANS-J. MAHNKE, London

Die Chancen für deutsche Nahrungsmittel auf dem britischen Markt sind noch lange nicht ausgereizt. Die Centrale Marketinggesellschaft der Agrarwirtschaft CMA gibt sich optimistisch. Und das, obwohl dieser Agrarexport im vergangenen Jahr um 22 Prozent auf 1,5 Milliarden Mark gestiegen ist, womit er sich seit dem Beitritt Großbritanniens zur EG 1973 versechsfacht hat.

Damit ist die Bundesrepublik nach Irland, Frankreich, den Niederlanden und Dänemark der fünfgrößte Lieferant Großbritanniens mit Nahrungsmitteln und Getränken. Allerdings haben die deutschen Lieferungen erst einen Anteil von einem Prozent am Verbrauch. Zwei Prozent halten die Experten der CMA in den nächsten Jahren für erreichbar.

Für die deutsche Ernährungswirtschaft ist Großbritannien der viertgrößte Auslandsmarkt nach Italien, den Benelux-Staaten und Frankreich. Bei Fleisch- und Wurstwaren und bei Wein sind die Briten sogar der größte ausländische Abnehmer, bei Bier und Käse liegen sie an zweiter Stelle. Bei den CMA-Experten gilt Großbritannien als ein spröder Absatzmarkt, der sich nur langsam den kontinentaleuropäischen Nahrungsmittelprodukten erschlossen hat. Traditionell importierten die Briten Rohstoffe aus dem Commonwealth, die ihre hochentwickelte Ernährungsindustrie verarbeitete.

Die deutsche Ernährungswirtschaft hat es in Großbritannien besonders schwer, Fuß zu fassen, weil sie dort nicht nur unbekannt war, sondern auch auf fremde Konsumgewohnheiten stieß. Wurstaufschnitt, Milchfrischprodukte und Quark waren vor einigen Jahren noch ungebräuchlich. Heute sind rund 250 Unternehmen der deutschen Ernährungswirtschaft in Großbritannien durch Importeure oder eigene Niederlassungen vertreten. Auf der IFE '85 International Food & Drink Exhibition, der Lebensmittelfachmesse, die alle zwei Jahre in London stattfindet, demonstrierten sie ihr Angebot.

HYPOTHEKENBANK IN HAMBURG / Mit Bonus

Zinsrückstände gestiegen

JAN BRECH, Hamburg

Die Hypothekenbank in Hamburg, die zur Dresdner-Bank-Gruppe gehört, schüttet aus dem um 2,4 Prozent niedrigeren Jahresüberschuß von 20,4 Mill. DM unverändert 10 DM Dividende sowie einen Bonus von 2,50 DM aus. Das Grundkapital beträgt 27,5 Mill. DM (Hauptversammlung am 6. Mai). In die Rücklagen wandern insgesamt 13,5 Mill. DM, nachdem bereits bei der Aufstellung des Jahresüberschusses die Risikovorsorge angemessen dotiert worden ist.

Die Vorsorgepolitik steht, wie die Bank in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1984 mitteilt, in Zusammenhang mit Belastungen in der außerordentlichen Rechnung. Die Zinsrückstände sind nach Angaben der Bank um 20 Prozent auf 4,4 Mill. DM angewachsen. Demgegenüber hat sich der Zinsüberschuß aus dem gesamten Aktiv- und Passivgeschäft um 7,4 Prozent auf 68,2 Mill. DM und das Betriebsergebnis um 2,2 Prozent verbessert.

Im Geschäftsjahr sei es gelungen, schreibt der Vorstand, Tilgung und Rückflüsse im Aktiv- und Passivgeschäft von jeweils rund 2 Mrd. DM durch ein entsprechendes Neugeschäft auszugleichen. Die Bank sagte insgesamt Darlehen in Höhe von knapp 2 Mrd. DM zu. Dabei gingen Hypothekendarlehen um 6,4 Prozent auf 453 Mill. DM zurück, während sich die Kommunaldarlehen auf 1,4 Mrd. DM verdoppelten. Die Ausleihungen erreichten 10,5 Mrd. DM.

An Schuldverschreibungen wurden mit 2,3 Mrd. DM 44 Prozent mehr abgesetzt. Auf Pfandbriefe entfielen davon 624 (263) Mill. DM, auf Kommunalschuldverschreibungen 1,6 (1,3) Mrd. DM. Abzüglich der Tilgungen von Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen weitete sich der Gesamtumlauf auf 10,5 Mrd. DM aus.

Als Bilanzsumme weist die Bank 10,8 Mrd. DM aus (plus 3,5 Prozent). Die für die Berechnung der Umlaufgrenzen maßgebenden Eigenmittel betragen gemäß dem Gewinnverteilungsvorschlag 236 Mill. DM und machen 2,1 Prozent der Bilanzsumme aus. Der damit gegebene Emissionsspielraum genüge zunächst den Erfordernissen der Bank, heißt es.

Handelshaus Wille übernimmt Olff

JB. Hamburg

Das Hamburger Handelshaus Wille hat über die Theodor Wille Außenhandelsgesellschaft die Frankfurter Firma Olff & Co. erworben und damit die Aktivitäten in Fernost erweitert. Das 1950 gegründete Frankfurter Handelshaus hält beim Export von Maschinen vor allem starke Positionen in der Volksrepublik China. Der Umsatz dürfte 120 Mill. DM erreichen und etwa dem Volumen des Außenhandelsbereichs von Wille entsprechen. Der Verkauf durch den Gründer Rymond Olff hängt mit Nachfolgeproblemen in der Familie Olff zusammen.

Wille bringt als Exporteur von Maschinen nach Südostasien ebenfalls Know-how auf diesen Märkten in die Gruppe ein. Das allerdings noch im Aufbau befindliche Fernostgeschäft soll künftig von Olff übernommen werden. Wille wird sich dann wieder schwerpunktmäßig auf das traditionell von diesem Unternehmen betriebene Geschäft in Lateinamerika konzentrieren. Die Olff-Gruppe ist mit einem Kapital von 3 Mill. DM ausgestattet, bei der Th. Wille KG beträgt das Kommanditkapital 6 Mill. DM.

Badenwerk zahlt Vorjahresdividende

VWD, Karlsruhe

Die Badenwerk AG, Karlsruhe, will aus einem „zufriedenstellenden" Ergebnis 1984 wieder die Vorjahresdividende zahlen. Nach einem Zwischenbericht des Versorgungsunternehmens sollen auf die in Streubesitz befindlichen Inhaberaktien (75 Mill. DM) wieder 6 DM pro Stück entfallen, ebenso auf die an die LKB-Energiebeteiligungsgesellschaft mbH abgegebenen und zum Verkauf an die Kommunen vorgesehenen Namensaktien (75 Mill. DM). Die bei der Landesholding liegenden Namensaktien (150 Mill. DM) sollen wieder mit 4,50 DM bedient werden. Die Hauptversammlung findet am 5. Juli statt.

Die Gesamtabgabe des Badenwerks lag aufgrund der erwartungsgemäß deutlich niedrigeren Lieferungen im Stromverbund mit rund 16,0 (15,3) Mrd. kWh nur um 1,7 Prozent über dem Vorjahr, während die sogenannte „Stammabgabe" im Versorgungsgebiet um 4,8 Prozent auf 13,46 Mrd. kWh stieg. Der Umsatz des Badenwerks stieg durch den höheren Stromverkauf und die Strompreiserhöhung zur Jahresmitte um 6,2 (8,9) Prozent auf 2,44 (2,30) Mrd. DM.

CHINA / Öffnung weiterer Gebiete für das Ausland

Vertrag mit Bayern geplant

dpa/VWD, Peking

Die chinesische Regierung will drei weitere Küstengebiete für ausländische Investoren öffnen. Wie ein Sprecher in Peking offiziell bekanntgab, handelt es sich um die Mündungsdeltas des Yangzi und des bei Kanton ins Südchinesische Meer fließenden Perlflusses sowie einen Teil der südlichen Provinz Fujian. Als Investitionsschwerpunkte, für die unterschiedliche Steuervorteile eingeräumt werden, sind die Textil- und Maschinenindustrie sowie die Nahrungsmittelverarbeitung vorgesehen.

Wie unterdessen aus München mitgeteilt wurde, streben Bayern und die chinesische Provinz Shandong wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit an. Eine entsprechende Vereinbarung soll am Donnerstag in München unterzeichnet werden. Sie soll nach Angaben des bayerischen Wirtschaftsministeriums vor allem mittelständischen Unternehmen erleichtern, den chinesischen Markt zu erschließen, ohne den oftmals beschwerlichen und teuren Weg über Peking nehmen zu müssen.

Der stellvertretende Direktor der für die Wirtschaftssonderzonen verantwortlichen Regierungsbehörde, Zhang Ge, zog in Peking eine positive Bilanz der seit 1979 betriebenen wirtschaftlichen Öffnungspolitik. Nach seinen Angaben wurden in den bereits bestehenden vier Sonderzonen Shenzhen und Zhuhai in der Nachbarschaft Hongkongs und Macaos sowie in den weiter nördlich gelegenen Gebieten, Shantou und Xiamen, im vergangenen Jahr insgesamt Verträge über 1400 Projekte mit Auslandsbeteiligung mit einem Gesamtwert von 900 Mill. Dollar abgeschlossen und davon bereits 330 Mill. Dollar tatsächlich investiert.

Noch zögernde westliche Interessenten beruhigte Zhang mit der Feststellung, daß die chinesische Öffnungspolitik langfristig angelegt sei und die noch bestehenden Engpässe und Lücken etwa in der Infrastruktur und der Wirtschaftsgesetzgebung gezielt ausgeräumt würden. „Jede ausländische Investition genießt den vollen Schutz des Staates", betonte Zhang.

Am 1. März 1985 verstarb im Alter von 87 Jahren der frühere Vorstandsvorsitzende unserer Gesellschaft, Herr

Hermann Habicht

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

In mehr als 40jähriger Tätigkeit für den Hermes – seit 1946 als Mitglied des Vorstands, von 1951 bis 1963 als dessen Vorsitzender, und anschließend bis 1966 als Mitglied des Aufsichtsrats – wirkte der Verstorbene für die Gesellschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte er entscheidenden Anteil am Wiederaufbau des Hermes. Auch international genoß er großes Ansehen.

Wir verdanken Hermann Habicht viel und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand,
Gesamtbetriebsrat und alle Mitarbeiter der
Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft

Hamburg, den 5. März 1985

Die Trauerfeier findet statt am 7. März 1985, um 8.45 Uhr Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

Anstelle evtl. zugedachter Kranz- und Blumenspenden ist eine Spende zugunsten der v. Bodelschwinghschen Anstalten, Bethel, Postscheckkonto Hannover 1904–300, BLZ 250 100 30, im Sinne des Verstorbenen.





Nach schwerer, mit großer Geduld und stets mit Zuversicht getragener Krankheit ist ein erfülltes Leben friedlich erloschen.

Louise von Dietlein

geb. Goesmann

17. 10. 1902 26. 2. 1985

Günther von Dietlein
Hildegard von Dietlein
geb. Rheinländer
Heinrich-Philipp von Dietlein
Paul-Hendrik Kurt von Dietlein
Kurt von Dietlein
Paul Goesmann
Lisa Goesmann
geb. Krüger

Die Trauerfeier findet statt am 5. März 1985 um 13.00 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee.

In der Todesanzeige Siegfried Oestreich am 2. 3. 85 muß es richtig heißen: Dr. med. Wilfried Wohlfarth mit Familie

BÖRSE DÜSSELDORF / „Rohrkrepierer" müssen sein

Zuversicht für Aktienmarkt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auf den ersten Blick ist die Sache nicht sonderlich ermutigend. Die Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf hat, ihrem nun veröffentlichten Jahresbericht 1984 zufolge, mit 74,5 (59,6) Milliarden DM zwar fast dreimal soviel Wertpapierumsatz erzielt wie noch anno 1980. Sie blieb damit nach Frankfurt sehr klar der zweitgrößte deutsche Börsenplatz. Aber das dabei gegenüber 1983 erzielte kleine Plus im Aktienhandel auf 39,2 (32) Milliarden DM stammte nur aus nun 5,5 (3,9) Milliarden DM Umsatz in ausländischen Aktienwerten, während „Stagnation" für den leicht gesunkenen Umsatz in Inlandswerten nachgerade schon euphemistisch klingt.

Keineswegs irritiert zeigt sich davon Börsenvorstands-Vizepräsident F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank). Arm in Arm mit seinem Börsenpräsidenten Alfred Freiherr von Oppenheim (Bankhaus Sal. Oppenheim) ruft er auch 1985 zum nunmehr nacheinander „dritten Jahr der Aktie" aus. Die Bereitschaft etablierter wie neuer Publikums-Aktiengesellschaften zur Eigenkapitalaufnahme über die Börse sei unverändert erfreulich groß.

Bis zur Prognose-Lust reicht das freilich auch bei Christians nicht mehr. Ob mehr als die knapp zwei Dutzend Börsen-Neulinge von 1984 in diesem Jahr den Weg zur Aktienbörse finden, wagt er nicht mehr zu prophezeien. Der „edle Wettstreit" unter den solchen Weg begleitenden Emissionshäusern aller Sorten sei zu groß geworden, um noch Übersicht zu haben. Götterdämmerung bei den potentiellen Emittenten und bei ihrem zeichnenden Publikum jedoch sieht der Düsseldorfer Börsenvorstand auch wegen einiger verlustreicher Flops bei Neuemissionen der letzten zwei Jahre nicht.

Der eine oder andere „Rohrkrepierer" (bislang von keiner renommierten Bank in die Kanone gesteckt) gehöre nun einmal zum Plazierungsgeschäft von Risikokapital. Die Kundschaft für solche Plazierungen liege nun übrigens verstärkt bei deutschen Großunternehmen, die dauerhaft freie Liqudität lieber auf Wertpapier- als auf Bankkonten sähen.

KHD / Noch nirgendwo eine „grundlegende" Marktbesserung in Sicht

Hohe Dividende bleibt verläßlich stabil

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit der Aussage, daß der 1984er Bilanzgewinn „sicher die Höhe des Vorjahres erreichen" werde, legt der Kölner Maschinenbaukonzern Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) seinen Aktionären die Vermutung sehr nahe, daß auch der bisherige Dividenden-Spitzensatz von 8 DM beibehalten wird. Den ersten Rückblick auf 1984 würzt der Vorstand überdies mit der Prognose einer „kontinuierlichen Ergebnisentwicklung" für 1985, also auch wohl mit Dividendenstabilität für das im Januar 1985 mit 250 Prozent Agio auf 318 (265) Mill. DM erhöhte Aktienkapital (gut die Hälfte bei Klöckner-Familiengruppe, 23 000 Streubesitzer).

Das sind einigermaßen herausragende Resultate. Denn auf den meisten KHD-Märkten herrschte 1984 Flaute: Auf dem Inlandsmarkt verursacht durch „anhaltende Probleme" von Nutzfahrzeugindustrie und Bauwirtschaft sowie mageren Investitionen der Landwirte; auf Auslandsmärkten durch Finanzklemmen von Opec-Staaten wie von Schwellen- und Entwicklungsländern. Mehr als „leichten Konjunkturaufschwung" ohne „grundlegende" Marktbesserung erwartet der Vorstand auch für 1985 nicht.

Die geschickt genutzte Klaviatur von drei großen Bereichen im eigenen Haus gleicht da offensichtlich manches aus. 1984 wuchsen die Außenumsätze in der KHD-Gruppe um rund 17 (nach minus drei) Prozent auf 5,6 (4,8) Mrd. DM und beim Stammhaus KHD-AG um 22 (nach minus vier) Prozent auf 4,6 Mrd. DM mit nun 74 (63) Prozent Exportanteil. Dabei trugen zum AG-Umsatz die beiden Serienproduktbereiche „Antriebe" (vor allem Diesel-Motoren) und „Landtechnik" (Schwerpunkt Traktoren mit Spitzenposition bei den Inlandszulassungen) nur noch 1,6 (1,8) und 1,2 (1,3) Mrd. DM bei, dagegen der dritte Bereich „Industrieanlagen" (fast nur Auslandsgeschäft) durch Großauftrag-Abrechnungszufälle 1,7 (0,7) Mrd. DM.

Umgekehrt wird es im AG-Umsatz 1985 aussehen: Nach bisheriger Planung ein Plus von 11 Prozent bei den Serienprodukten, ein (gleichfalls abrechungsbedingter) Rückschlag auf 0,4 Mrd. DM bei Industrieanlagen und per Saldo ein um fast eine Milliarde DM geringerer Umsatz. Die Zuversicht „kontinuierlicher Ergebnisentwicklung" stützt der Vorstand dabei offensichtlich auf Zweierlei.

Erstens auf weitere Rationalisierungs- und Produktivitätsfortschritte, die auch für 1984 unter anderem mit weiterem Rückgang der AG-Belegschaftszahl auf nun noch 20 271 (21 141) – dazu konstant 1269 Lehrlinge – demonstriert werden. Zweitens auf Fortschritte in Produktentwicklung und Programmerweiterung – letzteres nun auch mit praktisch perfektem Erwerb der Motorenwerke Mannheim AG (500 Mill. DM Umsatz) demonstriert, der die KHD-Marktposition bei wassergekühlten Motoren entscheidend stärken soll.

Weder für das Mannheimer Engagement noch für den anlaufenden Kraftakt von circa 1 Mrd. DM Investitionen in das eigene Motorengeschäft (Produktinnovation), so ist in Köln zu hören, brauche man das aus Iveco-Anteilsverkauf entstandene und nun auf 0,8 Mrd. DM zu schätzende „Sparschwein" in Holland zu schlachten.

DAMENOBERBEKLEIDUNGS-INDUSTRIE

Inlandsmarkt aufnahmefähig

HARALD POSNY, Düsseldorf

Entgegen manchen Darstellungen, die im alleinigen Export der deutschen Damenoberbekleidungs-Industrie ein dauerhaftes Wachstumselement sehen, gilt auch der Inlandsmarkt für die Branche als aufnahmefähig. Anläßlich der bevorstehenden 144. Igedo-Internationale Modemesse in Düsseldorf (10. bis 13. März) stellte die Geschäftsführerin des DOB-Verbandes, Hildegard Panck, heraus, daß die DOB-Inlandsverfügbarkeit seit 1980 nur bei Hosen und Kostümen zugenommen hat, dagegen bei allen anderen Artikeln zurückgegangen ist.

Die erhebliche Abnahme bei Blusen (88,1 nach 110 Mill. Stück) ist dabei zum einen auf den Rückgang der Mengeneinfuhren um 20 Prozent und andererseits auf eine Steigerung der Ausfuhr um 56 Prozent zurückzuführen. Bei den Hosen beruht der Anstieg von 42 auf 71,4 Mill. Stück in erster Linie auf einer Verdoppelung der Einfuhren seit 1980.

Statistisch gesehen bedeutet dies, daß jede der 24,5 Millionen Frauen im letzten Jahr 3,6 Blusen, etwa 2,6 Kleider und 1,7 Röcke, gut 2,9 Hosen und 0,4 Kostüme sowie 0,8 Mäntel gekauft haben. Hildegard Panck: „Man darf nicht unüberlegt in die Klagegesänge einstimmen, der inländische Markt sei schon seit längerer Zeit gesättigt."

Vielmehr müsse die Branche im Export wie auf dem heimischen Markt zu einer Reihe von zusätzlichen Strategien im Marketing antreten. Dazu gehöre auch, daß die DOB-Unternehmer die fortschreitende Differenzierung der Orderrunden nutzten. Jede Saison müsse sich heute, um erfolgreich zu sein, in drei bis vier Orderprogramme gliedern, die zeitlich den DOB-Messen folgen und thematisch in sich geschlossen seien.

Im letzten Jahr ist die Branche mit einem Umsatzplus von 8,1 (real 5,4) Prozent auf fast 10,9 Mrd. DM gut über die Runden gekommen. Der Zuwachs lag weit über dem Durchschnitt der Bekleidungsindustrie. Zwar verringerte sich die Zahl der DOB-Betriebe von 1349 auf 1311, doch verzeichneten die Beschäftigtenzahlen erstmals seit vielen Jahren wieder ein (wenn auch schmales) Plus von 0,8 Prozent auf 99 000.

Nicht ganz so positiv sah es in der Produktion aus: Hosen erwiesen sich mit 11 Prozent Zuwachs auf 30,4 Mill. Stück als „der große Gewinner", die anderen Artikelgruppen legten nur wenig zu oder hatten wie Röcke ein Minus von 7 Prozent auf 31,6 Mill. Stück. Dies muß jedoch, so Frau Panck, vor dem Hintergrund gestiegener Auslandsfertigung (passive Lohnveredelung) gesehen werden.

Der Export glänzte mit einem Plus von 23,4 Prozent auf 3,4 Mrd. DM, dagegen wuchs der Import um 25,3 Prozent auf rund 5,6 Mrd. DM. Dabei hatten die Importe aus südostasiatischen Niedriglohnländern mit 1,5 Mrd. DM ein außergewöhnlich hohes Plus von annähernd 29 Prozent.

JAGENBERG / Glatt über die Milliarden-Umsatzhürde

Mehr Aufträge als erwartet

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Leicht über Plan hat die mehrheitlich zum Rheinmetall-Konzern gehörende Jagenberg AG, Düsseldorf, 1984 mit einem Plus von 5,9 Prozent auf 1,02 Mrd. DM Weltumsatz und nun 55 (53,4) Prozent Auslandsanteil die erste Milliarden-Schwelle ihres Geschäfts geschafft. Dies vor allem, so führt der Vorstand des von Maschinen für die Papierausrüstung und von Verpackungssystemen lebenden Unternehmens im neuen Aktionärsbrief aus, dank 20prozentigem Umsatzplus bei den Auslandstöchtern und herausragenden Absatzerfolgen auf dem nordamerikanischen Markt.

Glatter noch als beim Umsatz wurde die Milliarden-Hürde beim Auftragseingang übersprungen, der sich in der Gruppe um 19,1 Prozent auf 1,16 Mrd. DM erhöhte und den Auftragsbestand per Jahresende um 49,7 Prozent auf 413 Mill. DM steigerte. Dieser Bestand sei in mehreren Produktbereichen höher als geplant und sichere „teilweise" die Beschäftigung schon bis in 1986 hinein. Deshalb werde man nun auch für etliche Produktionen neues Personal einstellen (und obendrein sämtliche fertigen Lehrlinge übernehmen.

In 1984 freilich dominierte mit einem Abbau der Gruppen-Belegschaftszahl um 2,5 Prozent auf 5454 – davon noch 455 (514) im Ausland – der personalsparende Rationalisierungskurs. Nachdem 1983 der Jagenberg-Gewinn von 6,1 Mill. DM (AG) mehr als ausreichend war für die konstante Dividende von 6 DM auf damals 37,5 (jetzt 60) Mill. DM Aktienkapital, äußert sich der Vorstand zur 1984er Ertragsentwicklung sibyllinisch.

Belastungen durch „temporären Zusatzaufwand" seien entstanden mit dem begonnenen Umzug von Verwaltung und restlichen Produktionsstätten aus Düsseldorf nach Neuss. Immerhin werde man dank Geschäftsbelegung für 1984 einen Jahresüberschuß ausweisen, der den eigenen (nicht definierten) Erwartungen entspreche.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag aus China

Hamburg (VWD) – Die N. V. Philips' Gloeilampen-Fabriken, Eindhoven, haben aus der VR China erneut einen Großauftrag über Laservision-Geräte erhalten, der alle bisher üblichen Dimensionen übersteigt. Der soeben unterschriebene Vertrag mit der Stadt Shenshen umfaßt bei einem Wert von insgesamt 375 Mill. Gulden die Lieferung von 20 000 fertigen Laservision-Geräten, von 200 000 Bausätzen und von Fertigungs- und Montageeinrichtungen, auf die allein ein Wert von 57 Mill. Gulden entfällt. Der Gesamtauftrag soll bis 1987 abgewickelt werden.

Keine Belebung erwartet

Saarbrücken (VWD) – Die Halbergerhütte GmbH, Saarbrücken-Brebach, Hersteller von Rohr- und Maschinenguß, erreichte 1984 mit einem Umsatz von rund 505 (510,5) Mill. DM nicht ganz den Vorjahreswert. Im laufenden Jahr wird nach Angaben der Geschäftsführung des zum staatlichen französischen Mischkonzern Saint-Gobain gehörenden Unternehmens bei Abschwächung in beiden Bereichen mit einem weiteren Umsatzrückgang gerechnet. Die Bilanz 1984 wird nach Angaben der Geschäftsführung voraussichtlich mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschließen. Der Verlustvortrag von 38,8 Mill. DM geht auf neue Rechnung. Die Ertragsseite sei 1984 durch den Umsatzrückgang und Preisverfall in beiden Sparten belastet worden.

Herold gibt Tochter ab

Bonn (dpa/VWD) – Die Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG, Bonn, hat sich von ihrer nur acht Jahren alten verlustreichen Tochter Herold Rückversicherungs-AG, Bonn, getrennt. Bereits Ende 1984 waren 100 Prozent des Aktienkapitals der Herold Rück von der Tillmann & Co. KG, Bonn, erworben worden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung beider Gesellschaften. Für das Aktienkapital im Nominalwert von 1 Mill. DM wurden 2,4 Mill. DM gezahlt. Zwischenzeitlich sei die Herold Rück auf die Tillmann & Co. übergegangen. Wie der Sprecher der Herold-Gruppe mitteilte, habe sich der Deutsche Herold mit diesem Schritt endgültig aus dem Rückversicherungsgeschäft, das in der Vergangenheit verlustreich verlaufen sei, zurückgezogen. Herold Rück hatte allein im Geschäftsjahr 1982 einen Jahresfehlbetrag von 57,7 Mill. DM ausgewiesen.

Guter Lastwagenabsatz

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Volvo Deutschland GmbH, Dietzenbach, meldet für 1984 eine Umsatzsteigerung auf rund 510 (480) Mill. DM. Als erfreulich wird vor allem der Lkw-Absatz bezeichnet, der sich am deutschen Markt auf 939 (619) Fahrzeuge erhöht habe. Dabei stieg der Marktanteil bei Schwerlastwagen ab 16 Tonnen auf 3,2 (2,2) Prozent und bei schweren Sattelzugmaschinen sogar auf 6,7 (4,4) Prozent. Am deutschen Pkw-Markt stieg der Volvo-Absatz nur geringfügig auf 15 335 (15 261) Fahrzeuge. Das entspricht einem gegenüber dem Vorjahr kaum veränderten Zulassungsanteil von 0,64 Prozent.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Kurt Bauer, Kaufmann, Schmuck, Uhren Kunsthandel, Herzogenrath-Kohlscheid; **Bamberg:** WG Autohandels- u. Autoservice GmbH i. L., Ebrach; **Buxtehude:** KG Treu-Bau Bauträgerges. mbH u. Co.; Treu-Bau Bauträger GmbH u. Co. Sagekuhle KG; **Duisburg:** Navel GmbH; **Eschwege:** Bärbel Hendrich geb. Bärecke, Kauffrau, Herleshausen; **Frankfurt/M.:** Nachl. d. Wilhelm Schweinhardt Heizungsbaumeister, Hattersheim; **Gifhorn:** Claudia Stiem geb. Mrozek, Techn. Assistentin, Meine OT Grassel; **Hannover:** Pressebüro Nord-West Funk-TV-Produktion GmbH; Roland A. Exner, Kaufmann u. Kunsthändler; **Heilbronn:** GFV Ges. f. Filterbau u. Verfahrenstechnik GmbH, Obersulm-Affaltrach; **Mainz:** Jouaux, Bau-Ges. mbH, Ingelheim; **Neuss:** Supra-Bau GmbH i. L.; **Pinneberg:** Nachl. d. Alexander Max Hildebrandt, Wedel; **Recklinghausen:** Möbel Stork GmbH; Westfalia-Möbel-Großhandel GmbH; Rhein-Ruhr-Möbel-GmbH; Westfalia Möbel Handelsges. mbH & Co.; Westfalia Möbel Handels- u. Verwaltungs-GmbH; Heinrich Stork, Kaufmann; **Reutlingen:** Maria Pastanella, Hausfrau; Nachl. d. Eberhard Gau, Unternehmensberater; **Schwäbisch Gmünd:** 1. Hoch- u. Tiefbau Barth GmbH, 2. Georg Barth GmbH & Co. KG; **Waldbröl:** Ralf Szmula, Kaufmann, Morsbach; Bernd Barbian Bau GmbH, Nümbrecht-Benroth; **Wiesbaden:** RUSH Rajneesh Unternehmensförderung f. Service- u. Handelsbetriebe GmbH; Nachl. d. Heinz Günter Mehrholz, Kaufmann, Biebrich; **Wuppertal:** Molitor GmbH Spedition-Lagerung, Erkrath 1.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Montabaur: Edwin Burkert, Hintermühlen.

Vergleich eröffnet: Saarlouis: Seiwert Bauzentrum GmbH.

Vergleich beantragt: Heilbronn: BEWEKA Wimpfener Kraftfutterwerk GmbH, Bad Wimpfen; **Idar-Oberstein:** Rolf Reichardt Bauelemente-Handel (Holzhandel); **Lübeck:** Trave Verwaltungsges. f. Vermögensanlagen mbH.

Hausse-Zug weiter unter Dampf

Vorrangig wieder Chemieaktien gesucht

DW. – Ungeachtet der Dollarkurs-Entwicklung ging die Aufwärtsbewegung am deutschen Aktienmarkt weiter. Das Interesse der Ausländer konzentrierte sich wieder auf die Papiere der Großchemie die nach ihrem Durchbruch durch die 20 DM-Linie jetzt auch sämtlich die 200 DM-Hürde genommen haben. Ein weiterer Umsatzschwerpunkt lag bei den Siemens-Aktien, wo sich eine hohe Bezugsbereitschaft der Aktionäre für die jungen Aktien abgezeichnet hat, so daß von dem Bezugsrechthandel kaum Belastungen ausgehen dürften.

Bei den Autoaktien war die Entwicklung uneinheitlich. Das anhaltende Interesse bei steigenden Notierungen im Falle Daimler, Mercedes und Porsche läßt auf Auslandsinteresse schließen. Das gilt am Bankenmarkt auch für die Deutsche Bank. Die Aktien der anderen Institute waren wenig verändert. Anhaltende Nachfrage nach den Stahlpapieren, das mit der besseren Konjunktur begründet wird die jetzt auch die Durchsetzung angemessener Preise ermöglichen soll. Von den Maschinenbauwerten kamen vor allem GHH und Linde weiter voran. Kaufhäuser blieben – wie schon in der Vorwoche – relativ unbeachtet. Von der festen Tendenz wurden neuerdings auch Contigummi verfaßt.

Frankfurt: AEG-Telefunken erhöhten um 3 DM auf 113,50 DM, BBC stockten um 6 DM auf 224,50 DM auf. Dywidag gaben um 6 DM auf 152 DM nach und Pfaff verbesserten sich um 7 DM auf 167 DM. Rosenthal schlossen mit 255 DM (plus 5 DM).

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt stockten um 5 DM, Alexander um 5,20 DM und Audi NSU sowie Deutsche Atlanten um 5 DM auf. Gildemeister erhöhten um 3,50 DM und Hagen Batterie um 5,30 DM. Leffers schlossen um 7,50 DM und Rheag um 25 DM fester. Bei den Versicherungen verminderten Nordstern um 30 DM und Victoria um 70 DM. Colonia verbesserten sich um 6,50 DM.

Hamburg: Beiersdorf erzielten mit 485 DM (plus 10 DM) den größten Gewinn. Hapag Llyod gingen zu 144 DM aus dem Markt. HEW waren bei 92,90 DM und NWK-Vz. bei 168 DM nur bruchteilig verändert. Holsten Brauerei mußten mit 264 DM bezahlt werden. Triton fielen auf 115,50 DM zurück.

Berlin: Kempinski lagen um 4,80 DM fester. Lehmann konnten sich um 1,50 DM und Orenstein um 1 DM erholen. Bergmann schwächten sich um 30 DM, DeTeWe um 9 DM und Herlitz St. um 5 DM ab. Berthold büßten 3,50 DM, Rheinmetall 3 DM, Schering um 2 DM und DUB-Schultheiss 1,50 DM ein.

München: Agrob St. verminderten um 0,90 DM und Audi AG um 9 DM. Erlus AG gaben um 8 DM und Neue Baumwolle Hof um 5 DM nach. Süd Chemie stockten um 24 DM und Zahnräder Renk um 2 DM auf. Esterer verbesserten sich um 10 DM und Deckel AG um 2,20 DM.

Nachbörse: lebhaft

WELT-Aktienindex: 175,2 (175,5)
WELT-Umsatzindex: 2950 (4140)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	4.3.	1.3.
H Aach M Bon 9+2,50	1180	1195
H Aach. M. Vers. 7	350G	348G
D Aach. Rück. 9	1170	1170T
D Asseg *4	455T	455T
F Ack-Gögg. 4	98,5	98,2
H Adca 0	135,5	137
D Adler 9	312G	310,5G
F Adt AG 0	60	58,1
F AEG-Telef. 0	113,5	110,5
D AEG-Kabel 8	290bB	285
S Aesculap 8	390	395
F AGAB 5	115	116
D Agrippina *0	850G	850bG
M Agrob +0	200,6	201,5
M dgl. Vz. + 0	156	156bB
M Agner	241bG	231bG
H Br.H.Hypo 10	300B	300B
Hn Brsch.Jute *0	102G	102G
H Breitenb.-C. *28	595G	595G
H Br. Straßb. *0	470G	450T
H Br. Vulkan 0	79,4	79,4
F Br. Wollk. 6	159,5	155
F BBC 6	224,5	218,5
S BSU Textil % 20	1300TG	1300TG
D Buckau-W. 4,1	136	136G
D Buderus *12	391	395G
M Bgl.Br.Ing. *12-7	805B	805B
S Bgl.Brh.Rav. *0	405G	405G
S Calw D **30+18	745TG	735TG
F Cassella *10	579	569,5
F Ceag 0	140	140
F Chem. Vw. *0	345	345,9
D Colonia 5	337	330,5
D Commerzb. 6	165,1	167,5
M En. Oberfr. 4,5	280TG	270TG
M En. Ostb. 5+1	237	230bB
M Elkraft 0	–	36,5bB
B Engelhardt 7	200G	205G
D Enka 6,67	375	370
M Erlus 12,5	332bG	340B
M Erste Kulmb. 9	1300G	1300
S esbi *0	11,5	11,1
S Essl. Masch. *6	270	285G
M Esterer **16	560	550G
D Farb. Liqu. RM 0	6,9	6,9
F Flachglas 8	225,5	224
D Ford *19,36	910T	900T
B Forst. Ebn. *4	2700G	2750
M Fr. Obert. Wk. 5	255bB	252TG
F Frankf. Hypo 17	531	525
F Frankona R. 5	385G	385G
F dgl. NA 5	385G	385B
F dgl.50 % E. 2,5	275G	271G
S Hohner *6	241,5	240
H Holsten-Br. 6+1	264	260
F Holzmann 10-1	401	400,5
D Horten 6	170	166,5
B Hw. Kaysar *12	244G	244G
D Hussel 8	293	291
D Huta Hag. 0	–	–
M Hutschenr. 9	235	235bB
H Hypo Hbg. 12,5	428	428G
D IKB 7,5	194	193
S IWKA 0	290	290bG
M Isar-Amper 6,5+1	349,7	348bG
D Isenbeck 4,75	167T	170G
H Jacobsen *8	640G	640G
H Jute Bremen 4	270	265
D Kabelmetal 5	135	133bG
D Kali Chemie 10	397G	391

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	239	238
Gösser-Brauerei	–	470
Länderbank Vz.	233	233
Österr. Brau AG	450	470
Perlmooser	424	433
Reininghaus	545	560
Schwechater Br.	255	245
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	178	178
Universale Hoch Tief	256	264
Veitscher Magnesit	377	387
Index	73,39	74,59

Kopenhagen

Den Danske Bank	284	285
Jyske Bank	545	540
Kopenh. Handelsbk.	290	287
Novo Industri	350	346
Privatbanken	247	244
Ostasiat. Komp.	159	161
Dan. Sukkerfabr.	545	545
For. Bryggerier St.	835	855
Kgl. Porc. Fabr.	235	230

Brüssel

Arbed	1745	1720
Brux. Lambert	2155	2130
Cockerill Ougrée	277	274
Ebes	2970	2940
Gevaert	4125	3890
Kredietbank	–	8060
Pétrofina	7150	7100
Soc. Gén. d. Belg.	1965	1925
Sofina	7710	7550
Solvay	4285	4295
UCB	5050	4995
Index	2270,12	–

Singapur

Cycle + Car.	3,28	3,30
Cold Storage	2,71	2,69
Dev. Bk. of Sing.	6,50	6,15
Fraser + Neave	5,65	5,50
Kl. Kepong	2,60	2,55
Mal. Banking	6,10	6,00
Nat. Iron	3,38	3,36
OCBC	9,55	9,35
Sime Darby	2,00	1,97
Singapur Land	3,00	3,00
Un. Overs. Bank	4,62	4,56

Optionshandel

Frankfurt: 04. 03. 85

2883 Optionen = 153 900 (81 600) Aktien,

davon 282 Verkaufsoptionen = 14 800 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-100/15, 4-110/5,05, 7-110/10, BASF 4-150/60, 4-159,65/50, 4-169,65/38,5, 4-179,65/28,8, 4-180/28,8, 4-189,65/20, 4-190/21, 4-199,65/12, 4-200/12,5, 4-200/8, 4-220/4, 7-170/46,5, Bayer 4-150/60, 4-160/53, 4-170/43, 4-180/33, 4-190/23,5, 4-200/14, 4-210/7, 4-220/5, 7-190/28, BMW 4-380/17, 4-400/5, 7-400/19, 7-410/12, Commerzbk. 4-170/4,4, 4-180/2,5, 7-180/6, Conti 4-120/10,6-13, 4-130/2,6, 7-110/24, Daimler 4-600/69,5, 4-610/60, 7-600/77,8, 7-610/75, 7-680/23, Dt. Babcock St. 4-170/8,5, 7-170/11, Deutsche Bk. 4-90/35, 4-370/55, 4-380/45, 4-400/28, 4-410/18, 4-420/10, 4-430/8,6, 7-400/35, Dresdner Bk. 4-180/16, 4-190/7, 4-200/3, 7-180/23,9, Hoechst 4-160/47, 4-180/29, 4-190/19,5, 4-200/10, 4-210/7, 4-220/2,5, 7-190/24, Hoesch 4-85/15, 4-100/10,6, 4-110/3,5, 7-100/14,6, Kaufhof 10-240/4, Klöckner 4-65/13, 4-70/8, 4-75/3,8, 4-80/3, 7-70/12,6, Lufthansa St. 4-180/35,5-35, 4-170/24, 4/190,6,6, 7-200/9, Lufthansa Vz. 4-180/16, 7-190/8, Mercedes 7-539,5/45, Mannesmann 4-150/10,6, 4-160/4,5, 4-170/2, 7-160/8, RWE St. 7-170/5, Schering 4-470/10, Siemens 4-430/132, 4-450/112, 4-460/102, 4-470/92, 4-480/82, 4-500/62, 4-510/53, 4-520/45, 4-530/38, 4-540/33, 4-550/22, 4-570/7,2, 7-500/76,3 Thyssen 4-80/25, 4-85/20, 4-90/18, 4-95/10,1, 4-100/6, 7-80/26,5 Varta 7-190/4,6, Veba 4-180/2, 7-190/2, 10-170/12,5, VW 4-200/6,2, 4-210/2,4, 7-200/14,5, Alcan 4-90/6, 4-100/1,1, 10-100/9,4, Chrysler 4-120/3,5, General Motors 4-250/20, IBM 4-410/47, 7-420/47, Norsk Hydro 10-40/4,6, Philips 4-49,5/5,9, 4-50/5,9 7-50/8, Sony 4-55/9, 4-59,7/4,5, 4-60/5, 7-60/5,6, Xerox 4-110/42,5, 4-130/22,5, 10-160/10,3.

Verkaufsoptionen: AEG 4-110/2,5, 7-110/4, BASF 4-200/1,1, 7-200/2,5, Bayer 4-200/1, 7-200/2, BMW 4-380/2, 4-380/10, 10-340/3, 10-350/6, 10-360/11, Commerzbk. 4-160/1, 7-160/1,5, Conti 7-120/2,4, 10-120/3,3, Daimler 7-610/2,7, 10-630/6, 10-640/10,8, Deutsche Bk. 10-390/3, Dresdner Bk. 10-180/2,5, Harpener 7-310/2,4, Hoechst 10-200/6, Hoesch 4-100/1,1, 10-100/1,6, Kaufhof 10-220/10,3, Klöckner 10-70/2, 10-75/4, Lufthansa Vz. 10-180/6, Mannesmann 7-160/7,1, Kali + Salz 4-270/5,5, 7-270/10, Siemens 7-490/1, Thyssen 7-100/3, VW 4-190/1,5, 7-200/8,9, Alcan 10-90/4, Chrysler 4-110/4,5, 7-100/4,2, IBM 7-450/16, Norsk Hydro 10-40/3,9, Philips 10-50/2,4, Royal Dutch 10-170/2, Sperry 7-150/5,4, 10-160/8, Unilever 10/280/3,9, Xerox 10-140/6,9.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4. 3. 85: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 – 9¼	5⅞–6⅛	5¼–5½
3 Monate	9⅝– 9⅞	6⅛–6⅜	5¾–6
6 Monate	10¼–10½	6⅜–6⅝	5¾–6
12 Monate	11 –11¼	6½–6¾	5¾–6

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1972,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1250,00	1514,07
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	689,70
1 £ Sovereign alt	232,75	288,74
1 £ Sovereign Elizabeth II.	221,25	275,03
20 belgische Franken	171,50	224,01
10 Rubel Tscherwonez	231,00	290,70
2 südafrikanische Rand	218,25	270,47
Krüger Rand, neu	987,25	1165,37
Maple Leaf	987,25	1165,37
Platin Noble Man	872,00	1033,98
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	233,75	294,68
20 schweiz Franken „Vreneli"	176,25	229,43
20 franz. Franken „Napoléon"	174,75	227,72
100 österr. Kronen (Neuprägung)	911,25	1103,67
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,25	229,43
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,25	124,55
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	424,00	517,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	99,50	136,23

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

4. 3. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4]	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[1])	3,3690	3,3770	3,3255	3,31	3,40
London[1])	3,605	3,619	3,550	3,55	3,70
Dublin[1])	3,103	3,117	3,048	3,07	3,13
Montreal[3])	2,4170	2,4250	2,3801	2,36	2,46
Amsterd.	88,195	88,415	88,00	87,50	89,50
Zürich	116,550	116,750	116,55	115,25	118,25
Brüssel	4,963	4,983	4,914	4,84	5,04
Paris	32,640	32,800	32,295	31,75	33,50
Kopenh.	27,870	27,990	27,62	27,00	27,75
Oslo	34,840	34,960	34,39	34,00	35,75
Stockh.**)	35,230	35,380	34,87	34,50	36,25
Mailand[2]) **)	1,602	1,612	1,567	1,56	1,66
Wien	14,216	14,256	14,21	14,14	14,36
Madrid**)	1,806	1,816	1,778	1,76	1,88
Lissabon**)	1,830	1,850	1,713	1,43	2,25
Tokio	1,2940	1,2970	–	1,24	1,30
Helsinki	48,150	48,350	47,425	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,369	2,423	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,372	2,391	–	2,32	2,42
Johannesbg.*)	1,6185	1,6375	–	–	–

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar.
4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Obwohl sich am 4. 3. über weite Strecken des Tages im Markt keine nennenswerten Aktivitäten entwickelten, lag zwischen Hoechst- und Niedrigstkurs des Tages doch gut 1 Prozent Unterschied. Nach den ersten Klimmzügen des Dollars verlagerte sich das Handelspensum zwischen 3,3690 und 3,3770. Aktivitäten der Zentralbank waren nicht auszumachen. Auch die amtliche Notiz machte kein Eingreifen erforderlich. Das Englische Pfund profitierte psychologisch von dem offiziellen Beenden des Bergarbeiterstreiks und stieg um 4,2 Promille auf 3,612. Für den Yen ergab sich ein Kursgewinn von 9 Prozent auf 1,2955. Die amtliche Notiz des Schweizer Franken lag erstmals in diesem Jahr unter 117,00; 116,65 wurde letztmals im März 1983 unterschritten. US-Dollar in: Amsterdam 3,8215; Brüssel 67,8575; Paris 10,3120; Mailand 2090,00; Wien 23,6850; Zürich 2,8916; Ir. Pfund/DM 3,110; Pfund/Dollar 1,0709; Pfund/DM 3,612.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 4. März: In D-Mark 2,22307 (Parität 2,24184); in Dollar 0,658687 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 4. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Dollar-Deports zu Wochenbeginn hatte eine Erweiterung der Dollar-Abschläge zur Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	3,00/2,90	6,40/6,20
Pfund/Dollar	0,52/0,49	1,10/1,05	1,51/1,46
Pfund/DM	3,40/ 2,00	7,50/ 6,10	12,40/11,00
FF/DM	23/7	50/34	93/77

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 3.: Tagesgeld 6,00–6,10 Prozent; Monatsgeld 6,00–6,20 Prozent; Dreimonatsgeld 6,20–6,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 3.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 4. 3.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,70, Rendite 7,57.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	100	100
F	6 dgl. 77	9/87	97,35	97,35
F	6 dgl. 78 II	7/88	96,7	96,55
F	6½ dgl. 77	5/89	97,4	97,4

Renten leicht schwankend

Weiterhin verunsichert durch den erneut steigenden Dollar und durch die Zinsentwicklung in den USA verlief das Geschäft am Rentenmarkt äußerst zähflüssig. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Eine klare Linie setzte sich nicht durch. Die neue 7⅝prozentige Bundesanleihe wurde weiterhin auf ihrem Emissionskurs von 99,50 Prozent gehalten. Wie die Banken berichten, rührt sich hier etwas Nachfrage. Pfandbriefe, die vorbörslich etwas freundlicher tendierten, wurden schließlich auf Basis der Wochenschlußrenditen gehandelt.

M	7 dgl. Pf 20	97,5G	97,5G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
B	7 dgl. Pf 31	100G	100G
B	6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B	6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
B	8 dgl. Pf 51	100G	100G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	91,5G	91,5G
Hn	7½ dgl. Pf 87	96,75G	96,75G
Hn	6 dgl. KS 29	83,25G	83,25G
Hn	7 dgl. KS 30	99,95G	99,95G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G

D	5 RW Bodener.Pf C	126G	126G
D	5½ dgl. K	107,5G	109G
D	4 dgl. Pf 18	105G	105G
D	6 dgl. Pf 28	97G	97G
D	6½ dgl. Pf 67	88G	88G
D	5½ dgl. KO 3+E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	71,5G	71,5G
S	7 dgl. Pf 125	99,25G	99,25G
S	7 dgl. Pf 128	92G	92G
S	8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G

M	6½ dgl. Pf 10	83G	82,75G
M	6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M	6 Lda. Aufb. IS 15	98,7G	98,7G
M	6 dgl. IS 16	97,75G	97,75G
M	6 dgl. IS 17	96,75G	96,75G
M	8½ dgl. KO 49	100,75G	100,75G
M	8½ dgl. KO 48	100,75G	100,75G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	100,5G	100,5G
M	9½ dgl. IS 726	100bG	100bG
M	5 Bayer.Verbk. Pf 11	120,5G	120,5G
M	6 dgl. Pf 4	95G	95G
M	6½ dgl. Pf 3	88,75G	88,75G
M	6½ dgl. Pf 12	88G	88G

Industrieanleihen

F	6 Bodenwk. 78	97,5G	97,5G
F	8 Chem. Hüls 71	100,5G	100,3bG
F	7½ Conti Gummi 71	100,3G	100,3
F	5½ HEW 62	100G	100G
F	7½ dgl. 71	100G	100G
F	4½ Harpen 59	2250G	2250G
F	7½ Hoesch 71	100,1G	100,1G
F	7½ Karstadt 71	100,15G	100,15
F	7½ Kaufhof 71	100,5T	100,5bG
F	7½ dgl. 71	100,6G	100,3T

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex zogen am Freitag auf breiter Front an. Im Gegensatz dazu schwächte sich Kupfer in allen Positionen ab. Die Kaffee-Notierungen schlossen ebenfalls durch die Bank fester, während Kakao sich abschwächte.

Getreide und Getreideprodukte

	1. 3.	28. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	347,25	348,00
Mai	337,25	336,25
Juli	326,25	326,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	1. 3.	28. 2.
St. Lawrence 1 CW	255,38	255,14
Amber Durum	242,29	243,89
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	128,00	128,10
Mai	132,50	132,60
Juli	135,80	136,30

Kakao	1. 3.	28. 2.
New York ($/t)		
Terminkontr. März	2133	2155
Mai	2151	2185
Juli	2131	2165
Umsatz	2268	2329
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,28	4,07
Mai	4,57	4,19
Juli	4,82	4,51
Sept.	5,01	4,78
Okt.	5,47	4,95
Umsatz	11 850	18 050
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	1. 3. / 3,90	28. 2. / 3,76
London ($/t), Nr. 8		
Mai	119,80–120,00	–
Aug.	127,60–127,80	–
Okt.	135,00–135,20	–
Umsatz	2167	–
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	1. 3.	28. 2.
schw. Sarawak spez.	500,00	500,00
weißer Sarawak	705,00	705,00
weißer Muntok	715,00	715,00

Genußmittel

Kaffee	1. 3.	28. 2.
New York (c/lb)		
Terminkontr. März	140,35	139,55
Mai	140,40	139,85
Juli	140,59	139,80

Öle, Fette, Tierprodukte

	1. 3.	28. 2.
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	237,50	252,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	815,00	810,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	283,50	283,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	1. 3.	28. 2.
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
März	12 635	12 485
April	12 669	12 549
Kautschuk London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	69,00–71,00	67,00–71,50
April	68,00–72,00	68,00–72,00
Mai	69,00–73,00	69,00–73,00
Juni	70,00–74,00	70,00–74,00
Tendenz: ruhig		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorzehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen der höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

NE-Metalle

Messingnotierungen

	1. 3.	28. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	437–447	432–444
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	478	475
MS 63	478–484	473–480

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

	1. 3.	28. 2.
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	526,35	523,60
3 Monate	544,20	540,55
6 Monate	560,40	556,90
12 Monate	591,15	587,95
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	235,10	233,75
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	105,55	105,45

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

(Kupfer-Standard) Kasse	1272,0–1275,0	1259,0–1261,0
3 Monate	1290,0–1293,0	1278,0–1280,0
Zink (£/t) Kasse	834,00–836,00	832,00–838,00
3 Monate	815,00–815,50	810,00–812,00
Zinn (£/t) Kasse	10 140–10 145	10 110–10 120
3 Monate	10 155–10 160	10 136–10 137
Quecksilber ($/Fl)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	72–75

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 22 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Porträt Patrick Macnee

Nie länger als drei Wochen arbeitslos

Patrick Macnee ist ein Schauspieler, der seinem Doppelgänger für lange Zeit nicht entkommen kann. Egal, in welchem Erdteil er ankommt: Wenn's der Zufall will, ist der andere Macnee schon da, der „mit Schirm, Charme und Melone" bekannter wurde als John Steed. Patrick Macnee, der Sohn eines Rennpferd-Trainers, Produkt des Nobel-Internats Eton, ist fürs Fernsehpublikum drinnen und draußen der Inbegriff des englischen Gentleman geworden, in einer Fernsehserie, die nicht totzukriegen ist.

„Mit Schirm, Charme und Melone", im Jahre 1960 gestartet, machte Patrick Macnee zu einem der bekanntesten TV-Gesichter der Erde. Die Originalserie lief bis 1969, sie erreichte 161 Folgen. Kein Problem, sie immer wieder aufzuwärmen, denn seit einem Vierteljahrhundert haben Millionen sie in wärmster Erinnerung.

Es gibt wenige Schauspieler, die das Fernsehen so berühmt gemacht

Mit Schirm, Charme und Melone – SAT 1, 20.30 Uhr

hat wie Patrick Macnee. Er gestand: „Ich habe erst viel später begriffen, was für ein ungewöhnlicher Knüller ‚The Avengers' eigentlich war."

In den ersten beiden „Avengers"-Jahren räumte John Steed noch allein unter den Ganoven und Agenten auf. Ohne weibliche Hilfe hätte er kaum so lange überlebt. Erst stand ihm Honor Blackman zur Seite, dann Diana Rigg, schließlich Linda Thorson. Als man John Steed nach siebenjähriger Pause für „The New Avengers" neu verpflichtete, wurde er von einer Frau (Joanna Lumley) und einem Mann (Gareth Hunt) unterstützt.

Doch die Folgen mit der unvergleichlichen Diana Rigg als Emma Peel stehen am höchsten im Kurs. Die beiden sind auch privat gute Freunde geworden. Wenn Macnee von seinem kalifornischen Domizil in Palm Springs nach England kommt, weilt er gerne bei der glücklich verheirateten Diana Rigg als Hausgast. Sie erzählt dann von ihren neuesten Bühnentriumphen, wie in diesen Wochen in Ibsens „Klein Eyolf" am Lyric Theatre, Hammersmith. Er erzählt, wie er sich, recht und schlecht,



Der Inbegriff des englischen Gentleman: Patrick Macnee
FOTO: CAMERA PRESS

mit seinen 63 Jahren beim Fernsehen durchschlägt, wie in diesen Tagen in London für die neue amerikanische Fernsehshow „Lloyds of London", in der Robert Wagner sein Ko-Star ist.

Macnee ist trotz der Berühmtheit seines Gesichts nicht zu Reichtum gelangt. Vor der Kamera ist er die Selbstsicherheit in Person, wie sie nur anerzogen werden kann – durch Eton, aber auch durch seine Zeit als Kommandant eines Torpedoboots im Krieg. Weil er als Schauspieler in England auf keinen grünen Zweig kam und seine Frau Barbara und die Kinder Rupert und Jennifer nur mit Mühe durchbringen konnte, wanderte er 1952, allein, nach Kanada aus. „Ich ging fort und schickte Geld nach Hause. Aber ich mußte am Ende die Rechnung bezahlen. Meine Ehe ging in die Brüche."

Macnee verlegte 1962 Wohnsitz und Arbeitsplatz nach Kalifornien. Nach zehn Jahren Einsamkeit stürzte er sich in eine zweite Ehe mit der Schauspielerin Catherine Woodwille; zwei Wochen später brannte sie mit einem anderen durch. „Ich war vernichtet", erinnerte er sich. „Sie hatte diesen Neurochirurgen auf einer Strandparty kennengelernt. Sie eröffnete mir, sie sei verliebt und werde mich verlassen. Ich ging nach England zurück, für eine neue ‚Avengers'-Serie. Ich brauchte aber lange, um darüber hinwegzukommen." Patrick Macnee ist allein geblieben.

Zurückblickend meinte er: „Das Leben hat es mir nicht leicht gemacht. Aber ich bin in 40 Jahren nie länger als drei Wochen arbeitslos gewesen." SIEGFRIED HELM

KRITIK

Brotgeber und Blutsauger

Wer zum 150. Geburtstag der Eisenbahn Girlanden und nostalgische Verniedlichungen erwartet hatte, wurde schon in der ersten Folge eines anderen belehrt. **Der Eiserne Weg** (ZDF) ist nicht der beschönigenden Reminiszenz gewidmet, sondern eher der Besinnung auf die Zeit seiner Entstehung, die ja auch die Zeit des Deutschen Zollvereins war und vor allem die Zeit der achtundvierziger Jahre. So ging der Mainzer Sender nicht den leichteren Weg, die Technik jener frühen Jahre zu rekonstruieren. Den Herstellern kam es nicht auf ein Historienbild an, sondern auf die Menschen, und zwar mit Schwerpunkt auf die Menschen, die eigenhändig die Schwellen legten, und nicht die, denen diese Schwellen nur als Ziffern zu Buche schlugen.

Held dieser Eisenbahnsaga war denn auch ein arbeitsloser Bauernbursche: Horst Kummeth verkörperte ihn auf eine suggestiv-glaubwürdige Art; sein Kumpel und Gegenspieler Arthur Brauss hob seinen Ruf als Bösewicht durch differenziertes Spiel deutlich an. Held der Saga war eindeutig nicht die eigens nachgebaute Lokomotive, auf eine tiefergreifende Weise war's dennoch die Eisenbahn: Brotgeber, Gespenst, Nothelfer und Blutsauger in einem, ein Ding, das Menschen ansaugte, das – hier ist der historische Kernpunkt zu erkennen – Menschenballungen auf engstem Raum erzwang, wie es später Massen beförderte, Menschenklumpen auf vorgeschmiedetem Geleise.

Dieser Gesichtspunkt drängt sich bei Betrachtung der langen (aber nicht langweiligen) Bilderzählung auf, bleibt auch trotz der erregenden Einzelschicksale beherrschend und auch dann sinnvoll, wenn die Bilderbogennaivität durchschlägt, wie zum Beispiel in der letzten Folge, wo durch die rebellierenden Arbeitermassen das Drehbuch bleich und papieren hindurchschimmert, wo beide Seiten mehr und mehr zu Chargen verkümmern, auch der Anführer der Rebellen, wie er die Mütze in der Hand zusammenknautscht so wie später Lenin selig.

Dennoch ist Bernd Schroeder (Buch) und Hans-Werner Schmidt (Regie) bei allen Abstrichen ein lebendiger Geburtstagsbeitrag gelungen. Einer, der von Menschen handelt. VALENTIN POLCUCH

STUDIO

„Auf Altenprobleme sind Ältere gar nicht so wild", verkündete Eva-Maria Bosch von der Pädagogischen Hochschule Freiburg anläßlich der Vergabe des **Wilhelmine-Lübke-Preises** 1984 für sechs Fernsehsendungen, die sich mit den Problemen alter Menschen befassen. Da die unterhaltenden Fernsehsendungen nur ein verzerrtes Bild vom Alter liefern, kommt es zu einer „künstlichen Kurzsichtigkeit", die die „Vielfalt des Alters mit Chancen und Einschränkungen" nicht sehen will. Frau Bosch forderte daher ein „reicheres Angebot, das alle Facetten des Alterns beleuchtet".

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe verlieh gestern in Köln zwölf Autoren und Regisseuren, die „die Probleme des Alterns und Alters auf besonders qualifizierte Weise" behandelten, den 1970 von Frau Lübke gestifteten Preis, der mit 20 000 Mark dotiert ist. 6000 Mark erhielten Rudolf Blank, Horst Danker und Bernd Wiegmann für ihre Sendung „Almosen für die Alten" (ZDF), 4000 Mark gingen an Barbara Böttger und Christel Fromm für ihren Film „Und dann hab' ich alte Frau mich noch mal verliebt" (der heute nachmittag vom WDR wiederholt wird). Joop Admiraal und Horst Königstein für „Du bist meine Mutter" (NDR) sowie Helmut Kissel für „Der alte Wiehler" (SWF) erhielten je 3000 Mark; Johannes Hendrich und Peter Schulze-Rohr wurden für „Zausel" (SWF), Herbert Reinecker und Hans-Jürgen Tögel für „Jacob und Adele" (ZDF) mit jeweils 2000 Mark ausgezeichnet.

Hn.

*

Vom 1. April an wird das **ARD-Nachtkonzert**, das im Gegeensatz zum ebenfalls allnächtlich ausgestrahlten „ARD-Nachtprogramm" ausschließlich klassische Musik bietet, um zwei Stunden verlängert. Das Nachtkonzert, das dann von 0.05 Uhr bis 4.00 dauern wird, übernehmen sämtliche Rundfunkanstalten auf ihren „klassischen Wellen". DW.





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Ursus im Tal der Löwen
11.55 Tagebuch
Aus der kath. Welt
12.10 Am Anfang war die Frau die Sonne
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.15 Tagesschau
15.25 Wendepunkte
Mit einer Fabrikarbeiterin, die durch Gründung einer Arbeitslosen-Initiative neuen Mut faßte, und mit einer 62jährigen Bäuerin, die ihren Hof verließ, um einen Mann in Südafrika zu ehelichen, beschäftigen sich die Filmbeiträge.
16.10 Spaß am Dienstag
17.05 ARD-Sport extra – aus Tokio
Eiskunstlauf-WM
Kurzprogramm der Herren und Paare
Reporter: Torsten Römling
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Mit Max Schautzer
Thema: Eiskunstlauf.
21.00 Panorama
Kindeswohl und Elternrecht: Der Fall Uman / Bauernlegen durch Milchquoten? / Strafbefehle für Parteispendensteuersünder
Moderation: Peter Gatter
21.45 Magnum
Der Spion im Computer
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Entspannung oder Verständigung
Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR nach dem Kalten Krieg wählte *Hannelore Kelling* zum Thema ihres Berichts.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Eine Klasse für sich
13. Teil: Der Junge mit Hut
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 Im Schatten von gestern
Mit Nicola Saussen, Kurt Goldstein u. a.
Regie: Thomas Hartwig
Zwei Jahre nach Hitlers Machtergreifung wandert der jüdische Anwalt Dr. Alfred Goldschmidt mit seiner Frau nach Palästina aus. Doch auch dort ergeben sich für den Juristen viele Probleme.
21.15 WISO
Der Fall: Schwindel mit Kfz-Gutachten / Tip: Bei Unfallschäden der richtige Sachverständige / Altengymnastik: Job – statt Sozialhilfe / Deutsch-deutscher Handel: Das mühselige Geschäft vor der Leipziger Frühjahrsmesse
Moderation: H.-U. Spree
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Wunschkinder um jeden Preis?
Eine Diskussion um Leihmütter und „Retortenbabys", um Samenspender und Eispenderinnen
Anschl. Gute Nacht-Musik
Ludwig van Beethoven: „Adagio sostenuto" *aus der Sonate cis-Moll* („Mondschein-Sonate")
Shoko Sugitani, Klavier

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
Frédéric Chopin
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Drei vor Mitternacht
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Der Spion (4)
22.00 Juristenstammtisch
22.45 Offerte
23.00 Der Sternenhimmel im März
23.15 Per Anhalter durch die Galaxis (5)
23.45 Nachrichten

HESSEN
19.05 Formel Eins
20.00 Tatort: Jagdrevier
21.35 Drei aktuell
21.50 Kultur – aktuell in Hessen
22.35 Leipzig, Pistorisstraße 17
Der Maler Arno Rink
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in Pfullendorf
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Aquaristik (5)
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Ein Haufen toller Hunde
Englischer Spielfilm (1965)
23.15 Science Report
24.00 Nachrichten

BAYERN
19.00 Flash Gordon
19.15 Tonelli
Deutscher Spielfilm (1943)
20.45 Die Sprechstunde
Die Gesundheitsküche
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch
22.30 Z. E. N.
22.35 Der Sportstammtisch
23.20 B III Sport aktuell
0.00 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Das alte Haus
15.00 Indian River
Charlie und der Doktor
15.30 Musicbox
16.30 Kum Kum
Die Geschichte von der Schneefliege
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Der Geldkäfig
18.00 Hoppla Lucy
Der neue Job
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gegenspionage
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Gary Cooper u. a.
Regie: André de Toth
Amerika zur Zeit des Bürgerkriegs. Zum Schein wird ein Major der Nordstaaten unehrenhaft aus der Armee entlassen, um Sabotageakte der Südstaatler aufzudecken.
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Duplikate gefällig?
In einer entlegenen Gegend rennt einem Autofahrer ein hochgewachsener Mann ins Fahrzeug. Im Krankenhaus stellt man seinen Tod fest; doch Minuten später ist er von der Bahre verschwunden. Den Autofahrer trifft dann beim Weiterfahren der Schlag, denn der gleiche Mann rennt wieder in seinen Wagen ...
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Toll trieben es die alten Germanen
Ital.-deutscher Spielfilm (1972)
Mit Senta Berger u. a.
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Okay
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Leopold Trepper
Der Mann, den Stalin „Otto" nannte
Film von Jochen v. Lang
Der bedeutendste Spion Moskaus auf dem westeuropäischen Kriegsschauplatz ist zu einer lebenden Legende geworden. Im Jahre 1975 erzählte er in dem Film sein Leben.
20.30 Familie Merian
von Jörg Mauthe
12. „G'schäft'n san des!"
Der Ausbau von Claudias zukünftiger Behausung geht nicht so recht voran, es fehlt an Geld und Fachleuten. Da hat Schorsch eine blendende Idee, die nicht nur seinem eigenen mangelnden Arbeitseifer entgegenkommt, sondern auch die große Wende bringt.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Terror auf Timor

„Ein 'Kuba in Asien' will Indonesien mit allen Mitteln verhindern"; WELT vom 16. Februar

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

„Christian Solidarity International" (CSI) ist eine ökumenische Aktion für Glaubensfreiheit, die sich für verfolgte Christen in Ost und West einsetzt. Wir beschäftigen uns seit geraumer Zeit intensiv mit dem Thema Ost-Timor.

Ihr Artikel enthält einige Behauptungen, die einer eingehenden Prüfung nicht standhalten: So wirkt es absurd, wenn von einem Volk, das bereits im 16. Jahrhundert von portugiesischen Dominikanern missioniert wurde und das mehrere Missionsschulen sowie ein inzwischen von den Besatzern zerstörtes Priesterseminar sein eigen nennt, behauptet wird, es lebe noch im Steinzeitalter.

Sehr befremdend ist auch, wenn sich die WELT, die zu Recht den Anspruch erhebt, eine seriöse Tageszeitung zu sein, in ihrer Berichterstattung auf indonesische Geheimdienstquellen beruft und sogar den entsprechenden Dienst („Bakin") namentlich zitiert.

Was die Informationsquellen anbetrifft, die über Ost-Timor zur Verfügung stehen, so handelt es sich beileibe nicht um angebliche fliegende Botschafter der *FRETILIN*, sondern die katholische Kirche im Lande selbst. So schreibt der Apostolische Administrator der Diözese Dili, Mgr. Carlos Filipe Ximenes Belo SDB, am 16. Februar 1984: „Die Kirche wird verfolgt und angeklagt, Schulen werden durchsucht und die Schüler verhört. Das Gebäude der Salesianermission in Baucau wurde von den indonesischen Soldaten brutal durchkämmt."

Wie diese Aussage zu bewerten ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß Seine Heiligkeit Papst Johannes Paul II. am 24. Juli 1984 gegenüber dem indonesischen Botschafter beim Heiligen Stuhl ausdrücklich darauf hinwies, die ethnischen, religiösen und kulturellen Rechte des osttimoresischen Volkes müßten geachtet werden.

Und am 15. Februar 1985 veröffentlichte die Kommission „Justitia et Pax" der Schweizerischen Katholischen Bischofskonferenz eine Erklärung, in der sie sich zutiefst beunruhigt zeigt über die Bevölkerungspolitik der indonesischen Besatzungsmacht in Osttimor, über die Schaffung „strategischer Dörfer", über die systematische Umsiedlungspolitik und die obligatorische Geburtenkontrolle. „Justitia et Pax"-Schweiz fordert „die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes von Osttimor, welches sich in seiner ganzen Kultur – bezüglich Sprache, Religion, Geistesleben usw. – wesentlich vom indonesischen unterscheidet". Daß nicht nur die katholische Kirche über die Vorgänge in Ost-Timor zutiefst besorgt ist, geht auch aus einem Brief hervor, den 123 Abgeordnete des US-amerikanischen Kongresses an George Shultz richteten und ihn darin aufforderten, bei seinem Besuch in Jakarta die völkerrechtswidrige Situation auf Ost-Timor anzusprechen.

Angesichts dieser Fakten wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie diesen Brief in der WELT veröffentlichen würden – und sei es nur, um das demokratische Prinzip „Audiatur et altera pars" zu wahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Albert von Brunn,
CHRISTIAN SOLIDARITY INTERNATIONAL (CSI), Zürich

*

Da die WELT in der Vergangenheit immer wieder die völkermordartigen Verbrechen in Afghanistan und Äthiopien angeprangert hat, haben wir mit großer Verwunderung den oben genannten Bericht über einen ähnlichen Kriegsschauplatz zur Kenntnis genommen.

Schon die Quellen des Artikels sprechen für sich: Durchsichtige Propaganda des indonesischen Geheimdienstes BAKIN wird als Meldung zitiert, obwohl der BAKIN kaum mehr Glaubwürdigkeit besitzt als das KGB zu Afghanistan. Die Behauptung des BAKIN, es handele sich bei den Berichten über den indonesischen Völkermord um sowjetische Desinformationspolitik, ist angesichts des Verhaltens der Ostblockländer absurd. Die Staaten des Ostblocks sind mehrheitlich nicht einmal bei der formellen Abstimmung in der UNO bereit, für Osttimor zu stimmen, sondern enthalten sich wie die Mehrheit der EG. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass hat zur Invasion 1975 die offizielle Stellungnahme der Indonsesier abgegeben (Siehe James Dunn: „Timor, A People Betrayed"). Beim Besuch des indonesischen Außenministers Kusumaatmadja in Moskau im April 1984 war nicht Osttimor, sondern die Vertiefung der Beziehungen das Thema. Diese Liste ließe sich fortführen.

Diejenigen, die den Völkermord der Indonesier anprangern, sind des Kommunismus so unverdächtige Personen wie Papst Johannes Paul II., der republikanische Senator und politische Freund Ronald Reagans, Dave Durnberger aus Minnesota, der liberale australische Abgeordnete Michael Hodgman – nach eigenem Bekunden ein standhafter Antikommunist – sowie die von Christel Pilz gescholtene Kirche von Osttimor.

Eine weitere Peinlichkeit: Als „unabhängige Quelle" für die „Grausamkeit der FRETILIN" nennt Christel Pilz den von Indonesien eingesetzten osttimoresischen Vizegouverneur.

Klemens Ludwig,
Vorstandsmitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen

Restauratoren

„Leserbrief: Hohes Niveau"; WELT vom 16. Februar

Auch wenn der leitende Ministerialrat im Bayerischen Kultusministerium, Herr Dr. Obermeier, nun zum zweiten Mal behauptet, das „bayerische Modell" entspreche den Vorstellungen der Fachverbände mit Ausnahme der Fachhochschule, so wird diese Behauptung durch Wiederholung doch nicht wahrer.

Richtig ist vielmehr folgendes: In keinem Punkt entspricht das bayerische Modell dem Konzept der Restauratorenverbände. Das Kultusministerium war bis heute nicht in der Lage, ein eigenes Konzept den Fachleuten vorzulegen. Eine Anhörung der Fachverbände, obwohl von denen oft gefordert, hat es niemals gegeben. Ein Restaurator, der international bestehen will, muß neben der manuellen eine wissenschaftliche Ausbildung haben (in allen anderen Ländern üblich), um sich im Wettbewerb behaupten zu können.

Eine Fachakademie unterscheidet sich vom Niveau her erheblich von einer Hochschule oder Akademie. Zwischen beiden gibt es absolut keine Gemeinsamkeit. Dem Freistaat Bayern geht es nur darum, die Ausbildung zum Restaurator auf möglichst niedriger Ebene anzusiedeln, um es möglichst „billig" in jeder Beziehung zu machen. Der Artikel von Frau Hanstein war sehr sorgfältig recherchiert und stimmt in seiner Aussage.

Wenn Herr Dr. Obermeier von einer sechsjährigen Ausbildung spricht, dann verschweigt er, daß es sich bei drei Jahren (nämlich die Handwerksausbildung) um eine völlig berufsfremde Ausbildung handelt. Die heutige Handwerksausbildung kann aber absolut keine Grundlage für die Restauratorenausbildung sein.

Im Hinblick auf die zahlreichen Kulturgüter in Bayern kann man nur bedauern, daß es ein bayerisches Modell für die Fachakademie gibt!

J. Seebach,
Deutscher Verband freiberuflicher Restauratoren, Emkendorf

Wort des Tages

„Auch die bittersten Worte, die Menschen einander sagen, wirken selten so entzweiend wie die ungesprochenen, die der eine vom anderen vergeblich erwartet."

Hans Carossa; dt. Autor (1878–1956)

Einseitigkeit

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Sie können mir abnehmen, daß ich politisch mit dem Oppositionsführer Herrn Hans-Jochen Vogel nichts zu tun habe, nichts zu tun haben will und niemals etwas zu tun haben werde. Dennoch hat mich sein profundes Wissen und seine ausgewogene Beurteilung über den amerikanischen Bürgerkrieg – siehe sein Bericht in der WELT vom Montag, 25. Februar 1985 – überrascht.

Ich selbst halte mich für einen kleinen Experten des amerikanischen Bürgerkriegs und kann das, was Herr Vogel in Ihrer Zeitung geschrieben hat, nur unterstreichen. Besser hätte ich es auch nicht formulieren können. Insofern danke ich der WELT, daß sie diesen Artikel – selbst aus der Feder von Herrn Vogel – gebracht hat. Auf der anderen Seite gibt er mir zu denken. Wenn ein Mann über den amerikanischen Bürgerkrieg so umfassend informiert ist und so sachlich referieren kann, warum kann er es dann nicht auch bei der deutschen Politik und der deutschen Geschichte? Hier klaffen ja Welten – und meine Frage daher, will er nicht oder kann er nicht?

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. F. W. von Seydlitz-Kurzbach, Ulm

Grund zum Lesen

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,
sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

seit vielen Jahren gehöre ich zum Leserkreis der Tageszeitung DIE WELT. Ein Grund, Ihre Zeitung zu lesen, liegt in der Berichterstattung der Deutschland- und Ostpolitik. Ihre engagierten Kommentare, die ausgezeichnete Berichterstattung aus und über Berlin, aber auch über die „DDR", die von sehr viel Sachkenntnis zeugt, sind immer wieder Anlaß, zur WELT zu greifen.

Auch die Veröffentlichung verschiedener Ereignisse in der Evangelischen Kirche ist für mich ein Grund, die WELT-Lektüre anderen überregionalen Tageszeitungen vorzuziehen. Mit Ihren Meldungen und Kommentaren, besonders in diesem Bereich, beweisen Sie Mut, Fingerspitzengefühl und Kompetenz. Das zeigen gerade die Artikel der letzten Tage. Der aktuelle Anlaß ist heute eine Meldung und die Dokumentation über die Vorgänge in der evangelischen Kirche von Nordelbien. Für die Publizierung dieser Vorgänge bin ich Ihnen besonders dankbar. Ich hoffe, daß durch die Berichte in Ihrer Zeitung die zuständige Kirchenleitung endlich aufwacht und die Pastoren und Mitarbeiter der Kirche, die von ihr zwar das Gehalt beziehen, aber ständig gegen sie arbeiten, in die notwendigen Schranken verweist. Ich möchte Sie ermutigen, den eingeschlagenen Kurs unvermindert fortzusetzen.

Für Ihre Arbeit wünsche ich Ihnen weiterhin viel Kraft, Ideenreichtum, Fingerspitzengefühl und Gottes Segen!

Herzliche Grüße Ihr
Wolfgang Baake, Wetzlar

Dauer-Legende

Die Legende von Jalta – daß sich die „Großen Drei" vor 40 Jahren über eine Aufteilung Europas in zwei Machtsphären geeinigt haben sollen – führt ein zähes Leben, und das leider auch in den Spalten der WELT. Die WELT hatte erst am 5. Februar aus der Feder des Historikers Prof. Jens Hacker einen ganzseitigen Aufsatz gebracht, der auf die in Jalta beschlossene „Erklärung über das befreite Europa" hinwies, eine Erklärung, die von der Wiederherstellung der souveränen Rechte und der Selbstregierung jener Völker sprach und die mit der sowjetrussischen Nachkriegspolitik in Osteuropa und dem Moskauer Anspruch auf eine rein russische Machtsphäre unvereinbar ist.

Meiner Erinnerung nach hatte die WELT schon vor zwei oder drei Jahren einen ganz ähnlichen Beitrag eines anderen Historikers gebracht.

Das hinderte nicht, daß in der WELT vom 9. Februar, wenige Tage später, Herr Botschafter a. D. Diehl die Legende von der Zweiteilung Europas in Jalta in einem großen Beitrag unverändert wiederholen konnte. Und am 16. Februar spricht Thomas Kielinger auf Seite 1 von „der Zukunft eines vom Jalta-Erbe befreiten Europas"!

Es ist ein großer Erfolg der sowjetischen Propaganda, daß sich die Moskauer These von dem Rechtsanspruch auf ganz Osteuropa auch im Westen so sehr in den Köpfen festgesetzt hat. Die WELT sollte aber wirklich nicht mit der einen Hand die Legende entblättern und wenige Tage später sie mit der anderen Hand wieder befestigen!

Dr. W. Duden, Königswinter 1

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Für seine besonderen Verdienste um die deutschen Orchester wird der Komponist und Intendant der Hamburgischen Staatsoper, **Rolf Liebermann**, mit dem Hermann-Voss-Kulturpreis 1985 ausgezeichnet. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung wird am 19. April in Berlin anläßlich der deutschen Orchesterkonferenz übergeben. Der Preis wird alle drei Jahre verliehen.

*

Professor Dr. **Elisabeth Noelle-Neumann** – Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach – hat gestern für ihre weltweit anerkannte Leistung als Meinungsforscherin in Bonn den Preis „Pro Intellekt" des Hamburger Unternehmens Philipps Bürotechnik erhalten.

EHRUNG

Der Heidelberger Professor **Viktor Pöschl** ist als korrespondierendes ausländisches Mitglied in die „Académie des Instructions et Belles Lettres" in Paris gewählt worden. Der aus Österreich stammende Latinist und Philologe Pöschl wurde besonders durch Publikationen über **Marcus Tullius Cicero** bekannt. Die Akademie befaßt sich mit Geschichte und Literatur und ist eine der fünf Akademien des „Institut Français", der höchsten französischen Körperschaft für Wissenschaft und Kunst.

UNIVERSITÄT

Der Leiter der Klinik für Unfall- und Wiederherstellungschirurgie am Krankenhaus Nordstadt in Hannover, Professor Dr. **Leo Gotzen**, ist auf die neugeschaffene C 4-Professur für Extremitäten- und Wiederherstellungs-(Unfall-)Chirurgie am Neuen Klinikum der Universität Marburg berufen worden.

VERANSTALTUNG

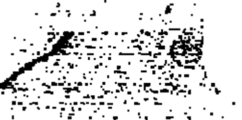
Bayerische Mode, zusammengestellt vom Deutschen Mode-Institut München in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband des Bekleidungshandwerks München, ließ Staatsminister **Peter Schmidhuber** in der bayerischen Landesvertretung in Bonn vorführen. Zu Gast waren die Damen des Diplomatischen Korps, die ein kritisches Auge für die Modeideen hatten, die **Gerdi Westermeyr**, stellvertretende Bundesinnungsmeisterin, zusammengestellt hatte. Die Kleidung für Damen, Stoffe in den zarten pastelligen Farben des Impressionisten **Claude Monet**, erhielt viel Beifall. Unter den Gästen waren **Barbara Genscher**, Frau des Außenministers, Dr. **Heinke Sudhoff**, Frau des stellvertretenden Bonner Regierungssprechers, die Frau des ägyptischen Botschafters, **Zeinab Hassouna Abdel-Hamid**, die Frau des finnischen Botschafters, **Seija Kalha**, die Frau des israelischen Botschafters, **Pnina Ben-Ari**, die Frau des schwedischen Botschafters, **Willia Eckerberg** und die Frau des schweizerischen Botschafters, **Marlise Müller**.

*

Als „kämpferische Demokratin" würdigte der hessische Ministerpräsident **Holger Börner** seine Statthalterin in Bonn, die „Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund", Staatssekretärin **Christa Czempiel**, anläßlich ihres 60. Geburtstages. Eine große Gästeschar war zur Gratulationscour in der Landesvertretung erschienen und hörte von Börner, nach Schilderung des politischen Lebensweges der Bundestagsabgeordneten der SPD Czempiel, den Satz: „Wer durch diese ganzen Prüfungen gegangen ist, der ist auch für jedes Staatsamt geeignet." Ein Hinweis darauf, daß die Staatssekretärin doch bald zum Minister ernannt wird? Denn seit die Grünen in Wiesbaden verhindert haben, daß Börner mit Neubildung seines Kabinetts den Außenposten Bonn wie gewohnt mit einem Minister besetzt, muß der Ministerpräsident immer dann, wenn Hessen sich im Bundesrat zu Wort melden will, nach Bonn reisen, weil in der Länderkammer eben nur mindestens Minister als Redner auftreten dürfen.

WAHL

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigungen (KBV) hat in Köln Professor Dr. **Siegfried Häußler** aus Altenbach bei Esslingen für vier Jahre zu ihrem neuen ersten Vorsitzenden gewählt. Häußler löst in diesem Amt Dr. **Hans Muschallik** ab, der 16 Jahre lang an der Spitze der Kassenärzteschaft stand und sich nicht mehr zur Wiederwahl stellte. Muschallik war bereits im Dezember 1984 zum Ehrenvorsitzenden der KBV, dem Dachverband von 18 kassenärztlichen Landesvereinigungen, gewählt worden, die als Körperschaften öffentlichen Rechts ärztliche Honorarverträge mit den Krankenkassen aushandeln. Professor Häußler ist 68 Jahre alt und seit 1957 Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nord-Württemberg. Zum zweiten Vorsitzenden wählte die Vertreterversammlung der KBV Dr. **Rolf Thier**, Hals-, Nasen-, Ohrenarzt aus Düsseldorf.



Breitseite aufs Maul

cuch – Hört man sich unsere Politiker an, so möchte man fast meinen, sie seien alle miteinander grimme Schlachtenlenker oder zumindest heimliche Sergeanten. Sie sprechen, als wäre um den langen Eugen herum ein grauslicher Krieg ausgebrochen mit Bomben und Granaten. Da werden „Breitseiten abgefeuert“, aber das Linienschiff ist kein Linienschiff, sondern besteht aus ein, zwei Reden vor dem erweiterten Fraktionsvorstand.

Die Fraktion indes, auf „Frontkameradschaft“ eingeschworen, „faßt wieder Tritt“, wobei sie auch nicht vergißt, den „Schulterschluß zu halten“. Denn dem Anführer war es gelungen, den „Frontalangriff“ in einen „Nebenkriegsschauplatz“ zu verwandeln.

So mußte der Gegner „auf Tauchstation“ gehen wie ein U-Boot alter Art, geriet aber immer wieder „unter Beschuß“, denn der Gegner hatte sich auf den Fraktionsflügel „eingeschossen“, da half wohl auch nicht der Versuch des Parteifreundes Soundso, die Fraktion „auf Trab zu bringen“.

Um der sogenannten Ausgewogenheit willen sei indes vermerkt, daß auch wir Beobachter der Bonner Bühne gelegentlich die innere Korporalslitze sehen lassen, die wir bei den Politikern so sehr bemäkeln. Sagte doch neulich einer, die Nachricht vom Rücktritt des Präsiden Soundso habe in Bonn eingeschlagen wie eine Bombe. Dieser makabre, *nichtsdestoweniger* sehr übliche Vergleich ist natürlich übler als alle Kasernenhofblüten der links- und rechtsrheinischen Regenten.

Vorschlag zur Güte: Wenn es denn den öffentlichen Sprechern und Schreibern so schwerfällt, ihrem begrenzten Sprachschatz ein paar zivile Metaphern zu entlocken, sollten sie ganz auf Bilder verzichten und sich zum Beispiel auf den alten Herrn Luther besinnen, der ja seine Freunde nicht „auf Vordermann“ zu bringen suchte, sondern schlicht zur Eintracht mahnte.

Neuer Film von S. Donen

Midlife Crisis unter dem Zuckerhut

Stanley Donen ist der Mann mit den zwei Karrieren. Erst hat er zusammen mit Gene Kelly das Hollywood-Musical revolutioniert, dann wandte er sich ab 1958 der geistvollen Komödie zu: An Filme wie „Indiskret“, „Charade“, „Arabeske“ oder „Moovie, Moovie“ denkt man heute noch gern zurück. Mit „Schuld daran ist Rio“ ist ihm nun wieder ein voller Wurf gelungen. Es ist, wenn man so will, eine Gesellschaftskomödie.

Freilich eine ganz eigene Art, Schauplatz ist Rio de Janeiro, der Titel sagt es. Aber es ist eigentlich eine Traumstadt, aus der die rauhe Wirklichkeit von Armut und Verbrechen ausgeblendet wird. Es bleiben Samba und Copacabana, Liebe und überquellende Lebensfreude. Vielleicht kein Zufall, daß Donen die einzige Brasilianerin, die mit dem (eigentlich internationalen) Helden in Berührung kommt, in wortlosem Protest verharren läßt: Das ist nicht ihre Welt.

Nur soll das kein Grund sein, sich mit sauertöpfischer Miene an diesen Film heranzumachen. Er ist mit dem Boulevardtheater verwandt, das sich nun einmal seine eigenen Welten schaffen darf. Da zählt nur, wie es gemacht wird, und wenn es gut war, bleiben am Ende doch ein paar Stiche in die Seele übrig. Wie hier, wo es um die Midlife Crisis von Matthew geht, einem wohlsituierten Mittvierziger.

Michael Caine spielt ihn, und er gibt der Rolle all jene Zwischentöne, die sie verlangt. Er ist zusammen mit seinem Freund Victor (Joseph Bologna) und den beiden jeweiligen Töchtern, properen End-Teenagern, zum Urlaub nach Rio gekommen, wo man die Beziehungsprobleme mit dem jeweiligen Angetrauten vergessen will. Dummerweise wird da alles nur noch schlimmer: weil Matthew Victors Tochter zum Opfer fällt, dieser zwar von der Affäre erfährt, nicht aber den Namen des „Verführers“. Und den soll nun ausgerechnet Matthew herausfinden ...

Es ist schon ein rundes Vergnügen, Caine in seinen Nöten zuzusehen: Wie ein eigentlich ängstlicher und vorsichtiger Bürger in einen Wirbelsturm der Gefühle hineingerät, wie er sich dagegen zu wehren versucht, wie er sich wider besseres Wissen fallen läßt und auf ein Happy-End zu hoffen beginnt, von dem er genau weiß, daß es nicht kommen kann. Am Ende ist er eben der Gelackmeierte. Mit der zweiten Jugend ist es so eine Sache.

Donen verkneift sich auch die Wendung, daß der krisengeplagte Mann, nun in den Hafen der Ehe zurückgekehrt, aus der Affäre etwas gelernt hätte. Nein, die Menschen sind unbelehrbar. Insofern ist also selbst das Boulevard realistisch geworden. Eine unmoralische moralische Geschichte. Oder umgekehrt. SVEN HANSEN

Epitaph auf die Amani-Oberrealschule in Kabul

Viele Schüler sind nun im Untergrund

Die deutsche Amani-Oberrealschule in Kabul, seit 1924 Ausbildungsstätte von Generationen afghanischer Techniker, Beamter, Wissenschaftler und Politiker und eine der traditions- und erfolgreichsten deutschen Auslandsschulen überhaupt, wurde jetzt ein Opfer der Sowjetisierung Afghanistans. Die Machthaber des besetzten Landes teilten dem deutschen Geschäftsträger mit, das entwicklungspolitische Ziel der Zusammenarbeit im pädagogischen Bereich sei erreicht und die neun deutschen Lehrer mit Beginn des neuen Schuljahres im März nicht mehr erwünscht.

Noch im Januar 1985 hatte Babrak Karmal, vor 40 Jahren selber Absolvent der Amani-Schule und heute Chef des sogenannten Revolutions-Regimes in Kabul, versichert, den Afghanen sei an einem Fortbestand enger kultureller Beziehungen zur Bundesrepublik gelegen und niemand denke daran, die Existenz der Amani-Schule in Frage zu stellen. Aber die Schule war eben nicht nur ein Zeichen deutscher Kulturpräsenz in Afghanistan, sie war wohl auch ein Symbol für das Unabhängigkeitsstreben des Landes geworden.

Die Schule verdankte ihr Entstehen den Zielsetzungen des reformfreudigen Königs Amanullah in den zwanziger Jahren. 1919 hatte Afghanistan im dritten Krieg gegen die Briten seine Unabhängigkeit erstritten. Selbstbewußt und erstarkt machte es sich auf, die jahrhundertealte Isolation zu durchbrechen und den Anschluß an die kulturellen und technischen Entwicklungen im Ausland herzustellen.

Minister Muhammad Wali Khan wurde 1921 mit einem umfangreichen Katalog afghanischer Wünsche nach Berlin entsandt. Amanullah bat, Schüler und Studenten an deutschen Schulen und Universitäten zuzulassen, gleichzeitig lud er deutsche Berater, Wissenschaftler, Techniker, Verwaltungsfachleute und Lehrer in sein Land ein. Sein größter Wunsch aber war die Einrichtung einer deutschen Schule in Kabul.

Der Wunsch ging drei Jahre später in Erfüllung; 1923 hatte am Hindukusch bereits eine französische Schule den Lehrbetrieb aufgenommen. Von Beginn an war der Zustrom junger Afghanen groß. Deutsch überflügelte in wenigen Jahren Englisch als wichtigste Fremdsprache.

Die Hinwendung zu Europa gehörte zum Kalkül von Amanullah. Sein Nachfolger Zahir Schah hielt Amanullahs Überlegungen für richtig: den Einfluß von Afghanistans mächtigen Nachbarn Sowjetunion und Britisch-Indien durch eine Öffnung gegenüber Europa auszubalancieren. 1938 machte ein Mann an der Schule Abitur, der später Ministerpräsident des Landes und Botschafter in Bonn werden sollte: Mohammed Yussof erinnert sich gern und dankbar daran, was deutsche Lehrer ihm damals vermittelten.

Während des Zweiten Weltkriegs verlor die Amani-Schule vorübergehend an Bedeutung, geschlossen wurde sie nicht. Schon kurz nach dem Krieg konnte wieder an die Vergangenheit angeknüpft werden. Bonn förderte die Zusammenarbeit, entsandte neue Lehrer und übernahm bis heute ihre Besoldung. Die jährlichen Kosten betrugen immerhin rund zwei Millionen Mark.

Die „Deutsche Welle“ ging in diesen Tagen in ihrem Programm für Afghanistan ausführlich auf die gute Vergangenheit und die traurige Gegenwart der Schule ein. In der Verlorenheit von Afghanistans Bergen hörten Hunderttausende von Angehörigen des Widerstandes zu. „Die jeweiligen Jahrgangsbesten der Schule erhielten Stipendien an deutsche Universitäten oder an Hochschulen im deutschsprachigen Raum“, klang es aus dem Äther. „Ganze Akademiker-Generationen sind aus der Amani-Schule in Kabul hervorgegangen. Sie wurden einflußreich in Staat und Gesellschaft.“ Tausende von ihnen leben heute jedoch in Widerstand und Untergrund – die deutsche Schule blieb insofern nicht ohne Einfluß auf die Einstellung ihrer Schüler.

1974 feierte die Schule Goldenes Jubiläum. Das Geschenk der Bundesrepublik Deutschland konnte sich sehen lassen: ein neues Schulgebäude mit einer Turnhalle, das jedem deutschen Gymnasium zur Zierde gereicht hätte. Das Geschenk war die Einlösung eines Versprechens von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger anläßlich seines Kabul-Besuchs im Jahre 1969.

Auch noch im sechsten Jahrzehnt ihres Bestehens hielt die Amani-Schule den politischen Erschütterungen stand: Sie schloß ihre Tore nicht, als König Zahir Schah ins Exil getrieben wurde, sie überstand die Ära Daud, die Machtübernahme der Kommunisten, die Terror-Regime von Taraki und Amin, und selbst nach der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion war nie Mangel an deutschen Lehrern und auch nicht an Schülern.

Aber der unheilvolle Einfluß der Sowjets machte sich zunehmend bemerkbar. Die Zahl der Abiturienten nahm nun von Jahr zu Jahr ab. Reifezeugnisse von Schulen ohne westlichen Einfluß schufen für ein Studium in der Sowjetunion günstigere Startbedingungen, und auch den Übergang zu nationalen Hochschulen oder Offiziersschulen war für Amani-Schüler nun nicht mehr möglich.

Die Ausweisung der deutschen Lehrer jetzt kam nicht überraschend. Überraschend war eher die sowjetische Langmütigkeit gegenüber der letzten noch übriggebliebenen westlichen Bastionen in Afghanistan. Der Auszug der deutschen Lehrer aber markiert letztlich nur das Ende einer kulturellen Epoche in Afghanistan und das Aufkommen einer neuen – einer Epoche des Rückschritts und der Unfreiheit. WALTER H. RUEB





Pflegte zeitlebens eine kultivierte Gegenständlichkeit: „Das Mädchen von Prachatitz“ (1924) und Porträt des Künstlers Christian Rohlfs (1927), zwei Holzschnitte von Conrad Felixmüller FOTOS: DIE WELT/SÖHN

Das Familienarchiv des Grafikers Conrad Felixmüller geht an Düsseldorf

„Im allgemeinen liege ich nicht richtig“

Düsseldorf hat dieser Tage eine großzügige Stiftung erhalten. Titus Felixmüller, der Sohn von Conrad Felixmüller, schenkte dem Düsseldorfer Kunstmuseum das sogenannte Familienarchiv mit 586 grafischen Arbeiten seines Vaters (500 Holzschnitte, der Rest sind Lithos und Radierungen). Dazu kommen noch vier Gemälde aus den wichtigsten Schaffensperioden: das Doppelbildnis „mit Frau“ von 1914, zwei Porträts (Becker und Feldbauer) von 1924 und 1932 sowie ein Selbstbildnis „mit Enkeltochter“ von 1952. Damit erhielt Düsseldorf die umfangreichste Kunststiftung dieses Jahrhunderts. Friedrich W. Heckmanns, der wiederholt über Felixmüller publiziert hat, wird sie am Kunstmuseum betreuen. Er versprach für das nächste Jahr eine umfassende Publikation zugleich mit einer Ausstellung des neuen Besitzes.

Das grafische Œuvre Conrad Felixmüllers, der im März 1977 in Berlin gestorben ist, wird auf rund 700 Arbeiten, überwiegend Holzschnitte, beziffert. Noch bei Lebzeiten hatte der Maler, der seit 1949 ein Lehramt an der Martin-Luther-Universität in Halle ausübte, dem Ostberliner Kupferstichkabinett mehr als 600 Grafiken übereignet; das war praktisch das gesamte erfaßbare Werk. Die Schenkung erfolgte gewiß nicht aus politischen Gründen und schon gar nicht in demonstrativer Absicht. Beides hätte zu dem Wesen des Künstlers überhaupt nicht gepaßt. Wahrscheinlich fühlte sich Felixmüller dazu angeregt, weil man ihm in der „DDR“ zum ersten Mal nach dem Krieg wieder Arbeit und Anerkennung verschafft hatte.

In Westdeutschland war damals für seine Malerei kein guter Boden, das wußte er natürlich; in der „DDR“ allerdings auch nicht – da machte er sich nichts vor. Hüben wie drüben herrschten andere Interessen. „Im allgemeinen liege ich nicht richtig“, schrieb er seinem Bruder Hellmut, „hier nicht im Sinne der Propaganda, weil ich mein Bestreben in kultivierter Malerei sehe; und im Westen nicht – weil ich ‚gegenständlich‘ bin, nicht mehr expressionistisch wie in den zwanziger Jahren – von dem abstrakten Quatsch ganz zu schweigen ...“

Vielleicht fühlte sich der Sachse Felixmüller – der sein Leben lang, wie viele Bilder bezeugen, seiner Heimatstadt Dresden verbunden blieb – auch mehr zu Mitteldeutschland gehörig; zumal sein malerisches Werk seit langem schon in dem von Hanns Conon von der Gabelentz geleiteten Staatlichen Lindenau-Museum in Altenburg/Thüringen gesammelt wurde. Mit Carl Sternheim gehörte von der Gabelentz, mit dem Felixmüller seit den 30er Jahren freundschaftlich verbunden war, zu den frühesten Sammlern und literarischen Verfechtern der Kunst des jungen Künstlers.

Die danach wohl bedeutendste Felixmüller-Sammlung besitzt wahrscheinlich der amerikanische Rechtsanwalt Robert Rifkind in Los Angeles (im Rahmen seiner unermeßlichen Expressionisten-Sammlung), der, nebenbei bemerkt, nicht unerheblich zur Wertsteigerung vor allem der Felixmüller-Grafik auf dem internationalen Kunstmarkt beigetragen hat.

Nach seiner Emeritierung verlegte Felixmüller seinen Wohnsitz 1961 nach Ost-, 1967 dann nach West-Berlin. Bis dahin hatte man im Westen von ihm kaum Notiz genommen – abgesehen von einer Ausstellung seiner Druckgrafik im Düsseldorfer Kunstmuseum 1957. Seine Bilder und Grafiken waren noch lange Zeit alles andere als „marktgängig“; künstlerisch regierte die Abstraktion die Stunde. Als in den 60er Jahren das Kunstklima umschlug, gab es auch in Westdeutschland vereinzelte Felixmüller-Ausstellungen. Nierendorf machte 1965 in Berlin den Anfang (mit dem Frühwerk), es folgten Wiesbaden und eine Reihe Privatgalerien. 1967 erinnerte Baedeker in Essen an den 70. Geburtstag des Malers; 1970 folgte Söhn in Düsseldorf. Fünf Jahre später bescherte Düsseldorf Felixmüller mit einer Ausstellung des Kunstmuseums gewissermaßen den zweiten Durchbruch. Gleichzeitig zeigte Gerhart Söhn die Grafik und begleitete seine Ausstellung mit einem Gesamtverzeichnis des grafischen Œuvres, zu dem F.W. Heckmanns die Einleitung schrieb. Möglicherweise hat dieser konzentrierte Düsseldorfer Einsatz für das Werk seines Vaters Titus Felixmüller den Anstoß gegeben für die Stiftung.

So wäre denn nach dem Willen des Sohnes – und, wie er betont, im Sinne des Vaters – gewissermaßen ein gesamtdeutscher Ausgleich hergestellt – wenn man hinzuzählt, was außerdem das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg an Werken und Dokumenten von Conrad Felixmüller aufbewahrt. Nach dem Tod des Malers und seiner Frau Londa (1979) wurde nämlich der gesamte dokumentarische Nachlaß an das Nürnberger Museum überführt und dem dortigen Archiv für Bildende Kunst einverleibt.

Dabei handelt es sich um eine Spezialbibliothek zum Werk und Archivalien der verschiedensten Art wie Publikationen, Ausstellungskataloge, Aufsätze von und über Felixmüller, zum Teil unveröffentlichte Manuskripte, rund 1000 Kritiken seit 1913, ein fast vollständiges Foto-Archiv des Œuvres mit einem handschriftlichen Gemäldeverzeichnis und insbesondere Briefe. Hinzu kamen aus dem künstlerischen Nachlaß etwa 300 Zeichnungen, Skizzen und Skizzenbücher sowie 172 Stöcke für Holzschnitte. EO PLUNIEN

Duisburg: Ein Gastspiel des Bolschoi-Balletts

Vom goldenen Fußball

Blick zurück im Zorn. Den Mißerfolg seiner Ballette hat Dmitrij Schostakowitsch nie verwinden können. Voller Bitterkeit erinnert er sich immer wieder seiner Stücke wie „Das goldene Zeitalter“, „Der Bolzen“ oder „Der helle Bach“, die nach wenigen Aufführungen in den 30er Jahren wieder von den Spielplänen der sowjetischen Theater verschwanden. Er konnte nicht begreifen, warum sie seinerzeit so „schrecklich durchgefallen“ sind, und zog seine Konsequenzen: Zeit seines Lebens verhinderte er jeden Versuch, seine Ballette wieder zu beleben. Bis auf ein paar Suiten finden sich keine Spuren mehr von seinen früheren Stücken.

Juri Grigorowitsch, als Ballettchef des Moskauer Bolschoi-Theaters selbst Teil einer Tradition, die es weiterzuentwickeln gilt, hat die Nachlässigkeit in Sachen Schostakowitsch nie ganz verstehen können. Warum ausgerechnet diese sträfliche Mißachtung eines Meisterwerks, das die romantische Ballettvergangenheit endlich zu überwinden trachtet? Weshalb diese strikte Ausklammerung eines Experimentes, das zum ersten Mal Farbe bekannt und die Fahne des Sozialismus hochgehalten hat? Die Musik ist doch über die Banalität der Handlung erhaben?

In der Tat: Schostakowitsch wirft sich mit seinem Ballett an das Herz seines Publikums. Seine Musik ist draufgängerisch, direkt, ist demonstrativ. Sie besitzt manchmal eine rüde Robustheit, die vor keinem Kraftakt, vor keiner propagandistischen Plakativität zurückschreckt.

Aber sie kann auch ganz anders sein, geistreich, grotesk, grell. Und sie kokettiert so kunstvoll mit den Schlagern jener Zeit, parodiert Walzer, Tango, Cancan, Jazz, ja selbst einen Musical-Hit wie „Tea for Two“ auf eine so perfid pointierte Weise, daß man als Zuhörer auch hierzulande daran seine helle Freude haben kann. Schließlich ist Schostakowitsch ein Meister der musikalischen Maskierung.

Die Geschichte selbst kann man getrost vergessen. Schostakowitsch selbst, damals gerade 24 Jahre alt, schickt eine sowjetische Fußballmannschaft ins Spiel, um die Überlegenheit des Sozialismus zu demonstrieren. Eine Industrieausstellung irgendwo im goldenen Westen, eine Music-Hall, selbstverständlich auch ein Stadion sind die Schauplätze einer Handlung, deren Ideologie der einzige rote Faden ist.

Grigorowitsch geht da schon geschickter zu Werke. Zwar stellt auch er, den Forderungen des Komponisten entsprechend, zwei Kulturen einander gegenüber. Aber er tut das in einem überschaubaren Rahmen. Er zeigt, die Zeit der 20er Jahre beschwörend, die beiden Gesellschaftslager in einer sowjetischen Küstenstadt: hier die fröhlichen Fischer, die sich unter der Leitung des vitalen Boris in einer Agit-prop-Theateraufführung über Kirche, Kapital und Militär lustig machen; dort die Gauner in dem NEP-Lokal „Das goldene Zeitalter“, die sich am Champagner laben, die Puppen tanzen lassen oder unter Jaschkas Führung recht brutal ihre Opfer ausnehmen.

Natürlich ist von Anfang an klar, wie die Geschichte laufen wird. Denn der brave Boris, der sich beim Volksfest gleich zu Beginn wie ein Helikopter in die Höhe schraubt, lernt die rassige Rita lieben, die in dem verruchten Etablissement in aller Unschuld als Tanz-Girl ihren Dienst tut. Sie muß überzeugt werden – und sie läßt sich auch bei einigen wunderschönen Mondschein-Pas de deux (für die Grigorowitsch die Adagio-Sätze der beiden Klavierkonzerte bemüht) gerne von der Überwindung gesellschaftlicher Schranken überzeugen. Schließlich kennt man in einem Land wie der Sowjetunion keine Vorurteile mehr, keine zwischen arm und reich, Arbeiter oder Künstler.



Tatjana Golikowa und Gediminas Taranda bei der deutschen Erstaufführung des „Goldenen Zeitalters“ durch das Bolschoi-Ballett FOTO: DIE WELT

Aber wie sollte sie auch auf dumme Gedanken kommen, wenn schon das Publikum zum Abschluß des internationalen Dmitrij-Schostakowitsch-Festivals im Stadttheater Duisburg den überrumpelnden Elan dieses Balletts erlebt. Grigorowitsch zieht bei seinem Show-Stück an allen Fäden. Die Tänzer, allen voran Natalja Bessmertnowa, Irek Muchamedow, Gediminas Taranda und Tatjana Golikowa, laufen bei der deutschen Erstaufführung des „Goldenen Zeitalters“ in die Bresche. Und Juri Simonow macht sich die Ehrenrettung des Stücks so zu eigen, daß jeder Rest von Zorn oder Bitterkeit verschwindet. Der Komponist kann mit seinem Werk zufrieden sein.

HARTMUT REGITZ

Schillers „Der Parasit“ nach Picard in Stuttgart

Oma mit Ventilator

Daß „Der Parasit“ des Franzosen Picard, 1797 unter dem Direktorium in Paris uraufgeführt und in Schillers Bearbeitung 1803 in Weimar gegeben, ein Lustspiel ist, merkt man in Stuttgart zunächst nicht. Eine Volksmenge mit phrygischen Mützen pflanzt einen Freiheitsbaum und singt den Anfang der „Huldigung der Künste“. Dann ziehen sie sich auf offener Bühne um, ändern das Bühnenbild, die roten Mützen verschwinden. Es entsteht ein offener Vorraum vor einem prunkvollen Portal, das in ein vornehmes Zimmer führt. Die Revolution scheint beendet.

Auffällig ist von Anfang an eine vergoldete Vespasienne. Es zeigt sich bald, daß das Ding ein komplettes Klo ist. Und als zum ersten Mal jemand darin Platz nimmt, beginnt ein Ventilator auf der Öffnung des spitzen Dächelchens zu schwirren, und durchs Parkett schwirrt fröhliches Lachen, das sich gewaltig steigert, als die Mutter des Ministers und Großmutter der Ministertochter Gebrauch davon macht und beim Heraustreten mit ihrem Fächer beschwichtigend noch ein wenig zurückwedelt.

Ein Minister also, Herr von Narbonne, ist die Hauptperson. Er ist neu, kommt vom Land, kennt sich noch nicht aus und braucht die Hilfe des Personals. Seine Mutter, dilettantische Kunstliebhaberin, ist begeistert von Paris und vom Kabinettchef Selicour, der ein verwirrend feiner Herr ist und für ihre Enkelin Charlotte der geeignete Gatte sein könnte.

Da sind aber noch Untergebene des Kabinettchefs, der bescheidene, aber ungeheuer tüchtige alte Firmin und der soeben entlassene, racheschnaubende La Roche, der sich beim Minister über den Kabinettchef beklagen will. Und da ist der Sohn des alten Firmin, Karl Firmin, ein junger Leutnant und begabter Dichter, der Charlotte von früher her kennt und in sie verliebt ist. Und nun soll sie also an diesen Selicour verschachert werden.

Leider ist auch der Minister begeistert von dem eleganten und kenntnisreichen Kabinettchef, dessen Kenntnisse allerdings gleich Null sind. Und der gekränkte La Roche bringt seine Klagen so unbeholfen vor, daß er sich selbst ins Unrecht setzt. Doch am Ende findet er einige Tricks, die den Selicour entlarven. Die Redlichen siegen, der Intrigant Selicour hat das Nachsehen, und der Minister sagt im Epilog, zum Publikum gewendet, leider regiere der Schein die Welt, und die Gerechtigkeit siege „nur auf der Bühne“.

Der etwas larmoyanten Komödie treibt Regisseur Hansgünther Heyme die Larmoyanz kräftig aus. Zu- und Abgänge werden oft vermittels besagter Vespasienne arrangiert. Wenn eine Person benötigt wird, taucht sie auf, weil sie rasch mal aufs Klo möchte, und der Minister kann ausrufen: Ah, da sind Sie ja! Und die großen Reden des La Roche werden von Wolfgang Robert mit einem höchst künstlerischen, scheinbaren Schmierenpathos vorgetragen. Auch der alte Firmin (Waldemar Schütz) versieht seine Bescheidenheit mit dickem Pathos, und die ganze Gesellschaft bewegt sich häufig ruckartig im Marionettenstil. Der Diener (Peter Kaghanovitch) sorgt gelegentlich für akustische Schrecken bis hin zur Explosion des Ofens, den er bedient. Der Minister (Volker K. Bauer) ist in seiner naiven Offenheit für jeden Stuß ein Pendant zu dem für jedermann offenen Ventilatorhäuschen, der feurige Leutnant (Reent Reins) ähnelt dem explodierenden Ofen, während die Damen (Gisela Holzinger und Inge Andersen) in die Poesie verliebt sind. Und der Selicour des Volker Lippmann ist ein Meisterstück an schmeichelndem und frechem Clown.

Haben nun die klamottenhaften Zutaten das Ding verschärft? Eher entschärft zu einem Schillerschen Amüsement für Mußestunden.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

JOURNAL

„Revisionsfassung 84“ der Luther-Bibel erschienen

dpa, **Stuttgart**

Von der gebräuchlichsten deutschen Bibelübersetzung, der 1534 erstmals gedruckten Bibelausgabe Martin Luthers, ist jetzt die neu bearbeitete und maßgebliche „Revisionsfassung 1984“ erschienen. Das teilte die Deutsche Bibelgesellschaft in Stuttgart mit. In einem Vorwort zu der 1308seitigen neuen „Standardausgabe“ schreibt der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Eduard Lohse, die Luther-Bibel solle auch in Zukunft „ein einigendes Band“ der evangelischen Christenheit deutscher Sprache bleiben.

Deutsch-japanisches Kulturzentrum in Berlin

AFP, **Tokio**

Den Umbau der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin in ein deutsch-japanisches Kultur- und Wissenschaftszentrum haben Bonn und Tokio jetzt offiziell vereinbart. Bei einer Feier in Tokio übergaben Außenminister Shintaro Abe und der deutsche Botschafter Walter Boss die entsprechenden Schreiben. Die Arbeiten an dem Gebäude in West-Berlin sollen 1988 fertiggestellt werden. Zum Leiter des Zentrums ernannte Tokio den früheren japanischen Botschafter in Bonn, Fujio Uchida.

Internationale Buchmesse in Mexiko eröffnet

dpa, **Mexiko-Stadt**

Die sechste Internationale Buchmesse in Mexiko-Stadt ist jetzt eröffnet worden. Während der bis zum 10. März dauernden Messe werden 250 000 Bücher von Ausstellern aus 40 Ländern gezeigt. Der Messeleiter Octavio Rascon Chavez erwartet rund 1,6 Millionen Besucher. Er rechnet damit, daß 55 000 Bücher verkauft werden.

Bundesweite Initiative für „Jugend-Kultur-Tage“

Fa. **Bonn**

Aus Anlaß des Internationalen Jahres der Jugend 1985 hat die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V., Remscheid, eine umfangreiche Projektmappe „Jugend-Kultur-Tage“ herausgebracht. Die Mappe enthält eine Fülle von Aktionsbeispielen, Planungshilfen, Literaturhinweisen und Kontaktpartnern für Veranstaltungen. Sie kann bei allen Jugend- und Kulturämtern eingesehen sowie gegen Vorausüberweisung von 9,50 Mark auf das Konto 3046 bei der Stadtsparkasse Remscheid bezogen werden. Kontaktadresse: Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, Küppelstein 34, 5630 Remscheid.

50 Millionen Jahre alte Käferlarven

pro. **Frankfurt**

Im etwa 50 Millionen Jahre alten Ölschiefer der Grube Messel bei Darmstadt sind sechs Exemplare von wasserlebenden Käferlarven der Gattung Eubrianax gefunden worden, die bisher nur aus Frankreich fossil überliefert war. Diese Gattung kommt heute nur noch in Asien, Afrika und Nordamerika vor.

Schwere Krise bei der „Gaumont“

AFP, **Paris**

„Gaumont“, die größte französische Filmgesellschaft, steckt erneut in einer schweren Krise. Der Chef der erst am 5. Dezember neugegründeten Filiale „Gaumont-Studio“, Christian Fechner, sowie der stellvertretende Direktor der Gesellschaft, Daniel Toscan du Plantier, haben gekündigt. Die Gaumont-Filiale wurde aufgelöst. Toscan du Plantier wird sich jetzt ausschließlich der Schallplattenfirma ERATO widmen, deren Direktor er seit vier Jahren ist. Gaumont, bisher zu 75 Prozent am Kapital der ERATO beteiligt, zieht sich aus der Firma zurück. Die Firma Gaumont hatte 1983 Verluste in Höhe von 245 Millionen Franc verzeichnet und im Rahmen einer Umstrukturierung die Schaffung der Filiale „Gaumont-Studio“ beschlossen.

3000 Jahre alter Sarkophag entdeckt

dpa, **Kairo**

Ägyptische Archäologen haben in den letzten Tagen bei Grabungen in Sakkara, Ismailia und Alexandrien große Erfolge erzielt. Ein Team der Universität Kairo entdeckte bei Sakkara (rund 30 Kilometer südlich der Hauptstadt) einen rund 3000 Jahre alten Sarkophag aus der Zeit von Pharao Ramses II. Der 24 Tonnen schwere, aus rosafarbenem Granit bestehende Sarg gehört Nefererenit, einem hohen königlichen Minister. In Isamailia am Suez-Kanal wurden mehrere Häuser aus der gleichen Zeit gefunden und westlich von Alexandrien ein ausgedehntes Gräberfeld mit einem Verbrennungsofen aus römischer Zeit. In Alexandrien drohen unterirdische Wasservorkommen die Fundstelle zu überfluten.

„Das Boot" – Dichtung und Wirklichkeit

Als „Straßenfeger" hat sich am vergangenen Sonntag auch die letzte Folge des dreiteiligen Fernsehfilms „Das Boot" erwiesen. 24 Millionen Zuschauer – das sind 60 Prozent aller Haushalte – verfolgten die dramatische Selbstrettung der Männer, deren Boot in 280 Meter Tiefe manövrierunfähig festlag, freuten sich mit ihnen, als sich die Nadel des Tiefenmessers zitternd nach oben bewegte, waren erschüttert über das tragische Ende von U-96 und ihrer Besatzung im „sicheren Hafen". Die Romanverfilmung des Buchheim-Buchs ging unter die Haut, ließ für Stunden Filmwirklichkeit Wirklichkeit werden. Die WELT befragte ehemalige U-Boot-Fahrer des Zweiten Weltkriegs nach ihren Eindrücken.

„Ich halte den Film für sehr gut, beeindruckend vor allem für junge Leute, die den Krieg nicht erlebt haben", beurteilte Hans Meckel das dreiteilige Werk. Trotz mancher Einwände vor allem den ersten Teil der Trilogie betreffend zeige der Film „was geleistet und gelitten wurde". Meckel war als etwa 30jähriger Admiralsstabsoffizier im Stab des Befehlshabers der Unterseeboote, Admiral Dönitz. Er kannte das Leben der U-Boot-Fahrer aus eigenen Einsätzen und aus den Berichten der Kommandanten an den Admiralsstab.

Wie er ist allerdings auch der ehemalige U-Boot-Kommandant Günther Heydemann (71) der Ansicht, daß der Film manche Situationen überzeichnete, in der Darstellung der lautstark bemerkbaren Angst Konzessionen an Zuschauererwartungen machte: „Während einer Wasserbombenverfolgung war es ausgesprochen ruhig an Bord", meinte Heydemann, „die Besatzung lief auf Socken, es wurde nur geflüstert."

Wie im Film hat er erlebt, daß sein U-Boot absackte, weil ein plötzlicher Wassereinbruch durch Beschädigungen am Oberdeck das Boot mit zusätzlich einer Tonne Gewicht belastete und in die Tiefe drückte. In 220 Meter unter der Wasseroberfläche platzten vier Schrauben einer Dichtung ab, schoß Wasser ins Boot. Auch in dieser Situation behielt die Besatzung die Nerven. „Man konnte an Bord sehr viel reparieren", meint Heydemann, doch Selbstrettungen wie im Film dargestellt, waren nur sehr „bedingt möglich".

Als Kommandant des U-458 brach Kurt Diggins (72) in das Mittelmeer durch. Er fand den Film in der Gesamtheit gut, insbesondere die „Atmosphäre" im Boot „recht ordentlich" wiedergegeben. „Wer das Grauen des Kriegs erlebt hat, mit der ganzen Belastung für die U-Boot-Fahrer, der wird sich sagen, daß solche Dinge sich nicht wiederholen dürfen", resümiert er seine Erfahrungen.

Und einer, der keine Kriegssituation kennt, ein 26jähriger Leutnant der Royal Navy mit Erfahrung auf diesel- und atombetriebenen U-Booten meint, daß das alltägliche Leben der Besatzung, der Umgang der Matrosen und Offiziere miteinander sehr gut wiedergegeben ist, sieht Parallelen: „Das hat eine englische Besatzung im Zweiten Weltkrieg bestimmt genauso erlebt." MARIA GROHME

Erdbeben in Chile / Mehr als hundert Tote / Tausende verletzt

In Panik rannten Menschen aus Kirchen und Kinos

tho/DW. **Santiago de Chile**

Mehr als hundert Tote und tausende Verletzte hat Sonntag abend ein verheerendes Erdbeben in Mittelchile gefordert. Am härtesten ist offensichtlich die Hauptstadt Santiago mit viereinhalb Millionen Einwohnern betroffen. Hunderte von Häusern, Kirchen und öffentlichen Gebäuden wurden zerstört. Nach Angaben der Polizei wurden allein aus den Trümmern Santiagos 53 Leichen geborgen. 890 Verletzte seien in die Krankenhäuser der Hauptstadt eingeliefert worden. Rund 30 Tote wurden zunächst aus Valparaiso, Vina del Mar, San Antonio und Quilpue gemeldet. In dem vom Beben betroffenen Gebiet an der Pazifikküste leben mehr als die Hälfte der elf Millionen Chilenen.

Das Seismologische Institut der Universität Chile lokalisierte das Epizentrum des Bebens in einer 41,6 Kilometer vor der Küste gelegenen Meereszone südlich von Valparaiso. Ausläufer waren in den Städten Mendoza, San Juan und Tucuman und sogar noch im 1300 Kilometer entfernten Buenos Aires zu spüren. Die Stärke des Hauptbebens, das um 19.48 Uhr Ortszeit (23.48 Uhr MEZ) einsetzte, wurde mit 7,8 Punkten auf der zwölfteiligen Mercalli-Richter-Skala angegeben. Ihm folgte nach 50 Minuten ein kurzer, gleichstarker Erdstoß und danach noch eine Reihe von Nachwellen.

Schreiende Menschenmengen stürzten aus den Kirchen, in denen gerade die Abendmesse gelesen wurde, und aus den Kinos. Die meisten Menschen fanden durch einstürzende Gebäude den Tod. In Santiago waren die Straßen übersät mit Trümmern und Glassplittern. Autos wurden unter Ziegelsteinen begraben. Rettungswagen kamen nur schwer vorwärts. Sie mußten sich bei ihren Einsatzfahrten durch Trümmerfelder und und zwischen umgestürzte Laternenpfähle schlängeln.

Mindestens fünf Personen wurden während des Gottesdienstes in der Kirche San Bernardo in Santiago zerschmettert, als das Dach einstürzte. Weitere vier fanden den Tod, als die Neonreklame eines Kinos herabfiel. Der Erzbischof der Stadt, Juan Francisco Fresno, entging nur knapp dem Tode, als große Glasscherben während des Gottesdienstes neben ihm auf den Boden fielen. In Valparaiso kamen drei Gläubige in einer Methodisten-Kirche durch herabfallende Balken ums Leben. Hunderttausende irrten, von Panik ergriffen, durch die Straßen der zerstörten Städte, und Hunderte von Familien mußten die Nacht im Freien verbringen.

Die Stromversorgung war unterbrochen und konnte in Santiago erst nach drei Stunden wieder hergestellt werden. Valparaiso und Vina del Mar blieben die ganze Nacht in Dunkel getaucht. Verkehrsverbindungen brachen zusammen, als Brücken und ein Tunnel, der zum Pazifik führte, einstürzten. Tausende von Wochenendurlaubern blieben von ihren Häusern und Wohnungen in Santiago abgeschnitten. Lastwagen mit bewaffneten Soldaten patroullierten in den dunklen Straßen der Hauptstadt, um Plünderungen zu verhindern. Sämtliche Fernsprech- und Fernschreibverbindungen im ganzen Land waren stundenlang unterbrochen. Auch der internationale Flughafen von Santiago mußte für Stunden geschlossen werden.

Staatschef General Augusto Pinochet unterbrach einen Aufenthalt im südchilenischen Punta Arenas und flog noch in der Nacht in die Hauptstadt zurück, wo die Erde auch gestern morgen noch fast ununterbrochen bebte. Nach einer Sondersitzung des Kabinetts forderte Pinochet gestern morgen in einer vom Fernsehen übertragenen Rede die Bevölkerung auf, Ruhe zu bewahren. Nach der Ansprache besuchte der Staatschef die betroffenen Gebiete, um sich ein Bild vom Ausmaß des Schadens zu machen.

In den letzten Monaten hatte es in Chile mehrere Erdbeben gegeben, bei denen jedoch keine vergleichbaren Schäden angerichtet worden waren. Seit Anfang des Jahrhunderts sind in Chile fast 62 000 Menschen bei Erdbeben ums Leben gekommen. Am 24. Januar 1939 wurden bei einem Beben im Süden des Landes sechs Städte zerstört. 30 000 Menschen starben: und am 21. Mai 1960 kamen bei einem weiteren Beben 10 000 Menschen ums Leben.



Tausende Chilenen wurden Sonntag abend während des Gottesdienstes vom Erdbeben überrascht. Im Bild: eine schwer beschädigte Kirche in Santiago FOTO: DPA

Suche nach Lawinenopfern eingestellt

AP, **Zermatt**

Die Zahl der Menschen, die am vergangenen Samstag von einer zwischen den Schweizer Orten Täsch und Zermatt in der Nähe des Matterhorns niedergegangenen Lawine getötet wurden, hat sich auf elf erhöht. Wie ein Sprecher der Walliser Kantonspolizei gestern mitteilte, wurden am Sonntag abend drei weitere Deutsche geborgen. Den Angaben zufolge handelte es sich um drei Jugendliche. Zuvor waren bereits zwei weitere Deutsche tot in den Schneemassen entdeckt worden. Die übrigen Opfer waren Schweizer sowie eine noch nicht identifizierte Ausländerin. Nach Angaben des Polizeisprechers wurden die Bergungsarbeiten gestern eingestellt, da keine weiteren Opfer unter der Lawine vermutet wurden.

Vorwürfe bestritten

F. M. **Rom**

Der radikale Europa-Parlamentarier und Ex-Showmaster des italienischen Fernsehens, Enzo Tortora, hat im Camorra-Prozeß von Neapel die gegen ihn erhobenen Anklagen des Rauschgifthandels und der Zugehörigkeit zu der neapolitanischen Verbrecherorganisation zurückgewiesen. Nach der zwei Stunden währenden Verlesung der in der Voruntersuchung gemachten, ihn schwer belastenden Aussagen „reumütiger" Camorra-Mitglieder bestritt er entschieden, den Boß der „Neuen Organisierten Camorra", Rafaele Cutolo, jemals kennengelernt zu haben.

Keine Haftung

rtr, **Karlsruhe**

Der Käufer eines Gebrauchtwagens kann nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofs nicht darauf vertrauen, daß der Motor des gekauften Fahrzeugs den ursprünglichen Angaben im Kraftfahrzeugschein noch entspricht. Der Käufer hat insbesondere keinen Anspruch darauf, einen Kaufvertrag rückgängig zu machen, wenn in den Gebrauchtwagen ein leistungsschwächerer Motor eingebaut worden ist (AZ VIII ZR 54/84).

Sprung in den Tod

dpa, **Bad Neuenahr**

Mit ihrem Kleinkind im Brusttuch ist eine 33jährige Frau aus Köln gestern von einer Autobahnbrücke bei Bad Neuenahr in die Tiefe gesprungen. Mutter und Kind waren nach Mitteilung der Polizei sofort tot. Über das Motiv ist bisher nichts bekannt.

Drogenhändler verhaftet

AFP, **Marseille**

Ein bedeutender Rauschgiftschmuggelring ist in Frankreich ausgehoben worden. Wie gestern aus unterrichteten Kreisen verlautete, wurden in Paris und in Marseille sechs Drogenhändler zumeist tunesischer Abstammung verhaftet. In der Pariser Wohnung eines der Festgenommenen wurden fünf Kilogramm Heroin beschlagnahmt.

„Rotes Tuch" für Hunde

dpa, **Regensburg**

Deutschlands Hunde haben sich noch immer nicht an die Postboten gewöhnt. Wie aus gestern von der Oberpostdirektion Regensburg veröffentlichten Zahlen ersichtlich wird, bleiben die Postzusteller trotz ihrer 1979 eingeführten unauffälligeren Uniformierung beliebte Angriffsziele für Vierbeiner. Innerhalb von nur sechs Monaten wurden in der Bundesrepublik 1373 Postboten angefallen und verletzt.

„Es mußte zwangsläufig mit dem Tod enden"

Fredi Rudnik (24) wegen dreifachen Mordes vor Gericht

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Der Berliner Strafrichter Hans-Joachim Heinze (50) gilt im Kriminalgericht zu Berlin-Moabit als fairer und gütiger Mann. Während des ersten Verhandlungstages gegen den geständigen Angeklagten Fredi Rudnik (24), den mutmaßlichen Mörder von zwei Schülerinnen aus Norwegen und einer dritten bis heute unbekannten Berlinerin, erdrückt jedoch die Kaltblütigkeit des Angeklagten jeden Versuch des Gerichts, wenigstens eine Spur des Verständnisses zu finden.

Keine menschliche Regung zeigte der hagere Mann mit dem Oberlippenbärtchen, der in seinem blauen Anzug wie ein Konfirmand wirkt. Ansonsten ähneln die Fragen des Gerichts an den Angeklagten, der auf Anraten seines Anwaltes Rolf Bossi bereitwillig aussagt, dem Versuch, aus einem Granitblock mit der Hand einige Tropfen Wasser zu pressen.

Im März 1982 tötete er erst eine bis heute unbekannte Frau im Alter zwischen 20 und 24 Jahren, die er in einem Lokal ansprach, zu sich nach Hause einlud, dort peinigte und schließlich erstach. Die Leiche warf er in einen Müllcontainer, sie wurde nicht mehr gefunden.

Eine Woche später fielen ihm die beiden norwegischen Schülerinnen Carmen Puertas (damals 19) und Elin Mosvold zum Opfer. Sie hatten gutgläubig das Angebot des Mannes angenommen, sie in der Nacht zu einer Pizzeria zu fahren. Wie sich die Fahrt in den Tod dann im einzelnen abspielte und was die Mädchen an Qualen erleiden mußten, verschlägt jedem im Zuhörerraum den Atem.

Die Frauen wurden mit der Pistole bedroht, gefesselt, vergewaltigt, mit glühenden Zigaretten gepeinigt. Das eine Mädchen starb schließlich, als Rudnik sie mit dem Auto mehrfach überfuhr, das andere durch Beilhiebe gegen die Kehle. Verübt von einem Mann, der vor Gericht keine Reue, kein Bedauern zeigt und nur die Erklärung findet: „Da habe ich mich eben hochgeschaukelt."

Was er damit meint, wird an der Aussage klar, er habe schon als



Unter Mordanklage: Fredi Rudnik

13jähriger sadistische Praktiken zur sexuellen Stimulanz benötigt. Einen Menschen zu quälen, ihn gar zu töten, habe schließlich sein Denken beherrscht. Dann kam der Tag, als seine sadistischen Wunschträume Realität wurden. Nach der ersten Tat fehlte die Schwelle, die ihn bisher vom Töten abgehalten hatte, „es mußte jetzt zwangsläufig mit dem Tod enden", sagt er über sich selbst. Fünf Verhandlungstage sind angesetzt.

Englands Schüler bangen um ihre Abschlußprüfung

Gewerkschaft der Lehrer streikt für höheres Gehalt

REINER GATERMANN, **London**

Wenn heute nach einjährigem Streik die Bergarbeiter „in geordneter Form" in die Gruben zurückkehren und damit Großbritanniens längster und bitterster Arbeitskampf zu Ende geht, wird in den Schulen eine neue Kampffront eröffnet. Für drei Tage werden 4800 Lehrer der größten Lehrergewerkschaft NUT in 255 Schulen dem Unterricht fernbleiben. Dies ist bereits die zweite Woche mit einem Dreitagesstreik, und die Gewerkschaft ist darauf eingestellt, ihn von Woche zu Woche auszuweiten, bis die Schulträger ihnen 12,5 Prozent mehr Gehalt zahlen. Diese haben bisher vier Prozent angeboten.

Die Lehrer behaupten, finanziell in einer hoffnungslosen Situation zu sein; Berufsgruppen, mit denen sie 1974 auf einem Einkommensniveau lagen, hätten weitaus höhere Gehaltssteigerungen erhalten als sie. Der Arbeitskampf kommt für die Schüler der oberen Klassen zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, denn sie stehen in ein paar Monaten vor ihren Abschlußprüfungen. In NUT-Kreisen heißt es, sei der Streik bis dahin nicht beendet, gebe es keine Zensuren.

Vor einer Woche hatten die 127 000 Angehörigen der zweitgrößten Lehrergewerkschaft NAS/UTW für einen halben Tag die Arbeit niedergelegt, was die totale Schließung von ungefähr 2000 Schulen zur Folge hatte. Der Gewerkschaftssekretär Fred Smithies erklärte: „Die Ablehnung unserer Gehaltsforderung wird zu weiteren Kampfmaßnahmen einschließlich Streik führen, und zwar in diesem Jahr, im nächsten und wahrscheinlich bis ins Jahr 1987 hinein. Wir hoffen, daß wir dann, wenn die Regierung an die Wahlen denken muß, schneller vorankommen." Die NAS/UTW hat gestern erneut Punktstreiks begonnen.

Die zweifelsohne prominenteste Streikerin ist Glenys Kinnock, die Frau des Vorsitzenden der Labour Party. Sie meinte: „Die Kompromißlosigkeit der Schulträger und der Regierung haben uns in diesen Kampf gezwungen. Ich bedauere die Eltern. Wir streiken nicht nur wegen der Gehälter, sondern wegen der Unterminierung und Unterbewertung des gesamten Erziehungswesens."

Zwei Ereignisse haben den Zorn der Lehrer besonders geschürt: Einmal vertreten einige Schulträger, die Gemeinden, den Standpunkt, Aufsicht in den Pausen, das Einspringen für erkrankte Lehrer sowie Arbeitsgemeinschaften außerhalb des Lehrplanes seien Bestandteil des Anstellungsvertrages, während die Gewerkschaft dies als freiwillige Leistung sieht. Und zum anderen vermittelte die Arbeitgeberseite den Eindruck, es könne noch in diesem Jahr mehr Geld geben, falls die Lehrer auf eine neue Arbeitsstruktur (unter anderem Lohn nach Leistung) einwilligten.

Da lag aber bereits die Mitteilung des Erziehungsministers vor, daß der Staat 1985 keine weiteren Zuschüsse leisten werde, um die gebilligte Gehaltszulage von vier Prozent aufzustocken. Nunmehr verweigern die Lehrer auch die Pausenaufsicht, und die NUT lehnte Schlichtungsverhandlungen ab. In einer Schule protestierten Schüler auf ihre Weise gegen den auf ihren Schultern ausgetragenen Arbeitskampf. Sie schlossen vorübergehend einen Lehrer im Klassenzimmer ein.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs nördlich von Schottland beeinflußt anfangs noch den Osten und Südosten Deutschlands mit seinem Schlechtwettergebiet.



Vorhersage für Dienstag:
Anfangs im Osten und Südosten noch bedeckt und Regen. In den übrigen Gebieten wechselnd wolkig mit sonnigen Abschnitten, dabei vor allem in Norddeutschland noch einzelne Schauer, Tageshöchsttemperaturen zwischen 7 und 11 Grad, nachts verbreitet klar und Abkühlung auf plus 2 bis minus 2 Grad. Meist schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Freundlich, niederschlagsfrei, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	18°
Bonn	9°	Kopenh.	0°
Dresden	3°	Las Palmas	18°
Essen	9°	London	8°
Frankfurt	7°	Madrid	7°
Hamburg	7°	Mailand	8°
List/Sylt	2°	Mallorca	17°
München	4°	Moskau	–6°
Stuttgart	6°	Nizza	13°
Algier	17°	Oslo	–4°
Amsterdam	8°	Paris	7°
Athen	11°	Prag	1°
Barcelona	14°	Rom	12°
Brüssel	8°	Stockholm	–6°
Budapest	0°	Tel Aviv	17°
Bukarest	2°	Tunis	15°
Helsinki	–5°	Wien	1°
Istanbul	8°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 6.57 Uhr. Untergang: 18.11 Uhr; **Mondaufgang:** 17.18 Uhr, Untergang: 7.12 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„Ich hoffe, mir einmal selbst ein Bild über die von vielen sehr gelobten Bonner Verkehrsbetriebe machen zu können." Helmut Schmidt, Bundeskanzler a. D. und Ehrenbürger der Stadt Bonn, nach Zusendung der den Ehrenbürgern zustehenden Freifahrtkarte der Bonner Verkehrsbetriebe.